

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Zur Innenpolitik von Rot-Grün:

Sie dachten, sie wären an der Macht, aber sie sind nur an der Regierung...

Außerdem: ■ Zu den Steuerreform-Plänen ■ Nach den Wahlen – Ist der Osten undankbar? ■ Kommunalwahlen in NRW ■ Walser-Rede: Entsorgung der deutschen Vergangenheit ■ Auschwitz-Überlebende wehren sich gegen Bundesregierung ■ Reisebericht: Überlebenskampf im Zastawa-Werk ■ Dokument: Massaker-Untersuchung im Kosovo ■ Zum Krieg in Tschetschenien ■ *Korrespondenzen:* ■ Alcatel-Werksbesetzung ■ Streik bei Hoesch-Spundwand-Dortmund ■ Betriebsversammlung Stahlwerke Bremen ■ Binding-Brauerei Kassel ■ Aktionswoche der ITF ■ Renault-Werk Vilvorde, Belgien ■

Rot-Grüne Innenpolitik: Der Sozialabbau geht weiter...

Nur wenige Monate nach der Bundestagswahl scheinen die Verhältnisse auf den Kopf gestellt zu sein: Lob und Anerkennung der Regierungspläne durch die Vertreter der Banken, der Industrie, des Mittelstandes. Die deutschen Unternehmer im Schulteranschluß mit der sozialdemokratisch-grünen Regierung warnen die Unionsparteien vor sozialem Populismus und fordern sie auf, den Sparhaushalt von Eichel und die Rentenpläne Riesters zu unterstützen. In den Gewerkschaften ist die verbale Kritik an der Regierung gewachsen, diejenigen, die sich noch 1998 vor der Bundestagswahl vehement für »Rot-Grün« engagiert haben, gehen auf Distanz.

Besser als jedes Lehrbuch des Marxismus es vermag, haben die Ereignisse der letzten Monate die wirklichen Machtverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft aufgezeigt.

Noch im Frühjahr waren die Vertreter der Wirtschaft in einer bislang nicht gekannten Art und Weise gegen die Regierung, die ihnen doch eigentlich wohlgesonnen war, ins Feld gezogen. Sie bezeichneten die Steuerpläne als total verfehlt. Die zusätzliche Belastungen würden Investitionen verhindern und Arbeitsplätze vernichten. Vom drohenden Exodus aus dem Standort Deutschland wurde gesprochen. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans Peter Stahl, erklärte, die Politik der Bundesregierung führe zwar zu mehr Investitionen, »aber nur zu solchen der Rationalisierung und der Freisetzung von Arbeitsplätzen«.

Besonderen Protest meldeten die Versicherungskonzerne an. Nicht mit 12 sondern mit 16 Mrd. DM (Abzinsungsgebot für Schadensrückstellungen) würden sie belastet werden. Deshalb drohen sie massiv mit dem Rückzug bei der Anlage deutscher Staatspapiere. »Die Branche wird zum Hauptfinanzier der Steuerreform!«

Auch die Elektrizitätskonzerne liefen Sturm. Es geht dabei auch um ihre Rücklagen in Höhe von rund 55 Mrd. DM. Diese waren ursprünglich für die Entsorgung der Atomkraftwerke und den Bau von umweltfreundlichen Kraftwerken sowie der Rekultivierung (Braunkohlentagebau) gedacht und daher steuerfrei. Das Geld wurde aber in das lukrative Geschäft zum Aufbau von eigenen Telekommunikations-Gesellschaften gesteckt. Nun sollen diese Rücklagen versteuert und somit zur Gegenfinanzierung benutzt werden.

»Wenn die gewinnbringend aufgelöst werden, wird uns Liquidität entzogen«, stöhnten die Konzernvertreter, der »abrupte Bruch mit jahrzehntelanger steuerlicher Praxis widerspricht dem Vertrauensschutzgedanken«. Sie drohten, da sie mit 20 Mrd. DM mehrbelastet würden, als Konsequenz mit der Abwanderung ins Ausland, die RWE mit Rückzug aus dem Projekt Garzweiler II. Die Energiekonzerne drohten an, daß die Angleichung der teuren Strom-Osttarife an die billigen Westtarife nun zurückgestellt werden. Wirtschaftslobbyist und Lafontaine-Gegner Wolfgang Clement (SPD), hauptberuflich Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, mahnte zusätzliche Nachbesserungen für die Stromkonzerne an.

Der Präsident des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft, Mario Ohoeven, malte den Verlust von 500.000 Arbeitsplätzen an die Wand.

Das »Handelsblatt« sprach im Zusammenhang mit dem Vorgehen der Wirtschaftsverbände gegenüber der Bundesregierung von einer »Revolution des Kapitals«. »Wenn Schröder jetzt klein beigibt, kann er die Regierungsgeschäfte gleich den Konzernbossen übergeben«, war als Befürchtung aus

INHALT

| | |
|---|----------|
| Zur Rot-Grünen Innenpolitik: Sozialabbau geht weiter | .. 2 |
| Der Osten ist undankbar | 6 |
| Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen | 9 |
| Zur geplanten Steuerreform: Nicht von den Reichen nehmen, um den Armen zu geben | 10 |
| Die Entsorgung der deutschen Vergangenheit | |
| Zur Friedenspreis-Rede Martin Walsers | 12 |
| Dokument: Auschwitz-Überlebende verurteilen | |
| Äußerungen der Bundesregierung | 14 |
| Reisebericht: Überlebenskampf im Zastava-Werk | 17 |
| Zum Krieg in Tschetschenien – Hintergründe dazu | 18 |
| Dokument: Experten widersprechen der NATO: | |
| Serben nicht schuldig | 20 |
| Korrespondenzen: | |
| Berlin: Anti-Kriegs-Veranstaltung | 23 |
| Berlin: Alcatel-Kabelwerk: | |
| Besetzung endete mit Kompromiß | 24 |
| Dortmund: Hoesch Spundwand | |
| will Arbeitsplätze vernichten | 27 |
| Bremen: Betriebsversammlung Stahlwerke | 29 |
| Kassel: Zapfenstreich bei der Binding-Brauerei | 31 |
| Berlin: Sommertreffen des DGB-Ortskartells | 32 |
| Aktionswoche der ITF gegen Billigflaggen | 33 |
| Dokument: Es war einmal Vilvoorde/Belgien | 35 |

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahnenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestoche scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postbox 106426 · D - 20043 Hamburg«

SPD-Kreisen zu hören. »*Halb zog sie ihn, halb sank er hin*« – die Befürchtungen wurden Realität.

Nicht nur die Versprechungen vor der Wahl, auch die gerade beschlossenen Koalitionsvereinbarungen der rot-grünen Partner fielen der Intervention der Wirtschaftsverbände und ihrer Lobby zum Opfer. Zum Auslaufmodell wurden nicht die Atomkraftwerke, sondern die Ausstiegspläne der Regierung. Und ein Anruf von VW-Chef Piëch bei Schröder und Umweltminister Trittin brachte die von der EG beschlossenen Altkraftverordnung nachträglich wieder zu Fall – ein klassischer Fall von reformistischer Selbstverleugnung bis zur politischen Selbstaufgabe im Dienste der Atom- und Autoindustrie.

Der Bundeskanzler hatte sich von Anfang an als Garant für die Wahrung der Unternehmerinteressen im Regierungslager angeboten und bestätigt: »*Mit mir wird es keine Politik gegen die Wirtschaft geben*«. Folgerichtig der Beschluß von Rot-Grün ihre Pläne nicht per Gesetz oder Verordnung, sondern nur im Konsens mit der Wirtschaft, d.h. zu deren Bedingungen, durchzuführen.

Unter publizistischem Dauerfeuer und den ständigen Anfeindungen der Unternehmerverbände war Oskar Lafontaine im Frühjahr als Finanzminister und als Parteivorsitzender zurückgetreten. Er hatte für seine Vorstellungen keine Unterstützung im Kabinett gefunden. Seine Anhänger in der SPD konnte und wollte er gegen die eigene Regierung nicht mobilisieren – so blieb nur der Rückzug ohne jegliche politische Erklärung. Damit endete nicht die »Männerfreundschaft«, sondern die Arbeitsteilung während des Wahlkampfes. Schröder sollte die Vertreter des Kapitals beruhigen und die Wähler der »neuen Mitte« gewinnen (»*Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen*«). Lafontaine war für die Mobilisierung der traditionellen sozialdemokratischen WählerInnen aus den Gewerkschaften zuständig. Durch seinen Rücktritt ist deutlich geworden:

1. wie eng der finanzielle Spielraum der Regierung tatsächlich ist,
2. welchen massiven Druck die Unternehmerverbände ausüben, um zusätzliche finanzielle Entlastungen, d.h. eine weitere Umverteilung von unten nach oben zu erzwingen, und
3. wie machtlos die Sozialpolitiker und die »Linken« in der SPD angesichts einer solchen Konstellation sind.

Von Friedrich Engels stammt die Formulierung, daß »*die Regierungen in den kapitalistischen Staaten nichts anderes sind als die geschäftsführenden Ausschüsse der jeweils herrschenden Klasse des Landes*«. Die SPD muß zwar Rücksicht nehmen auf die Facharbeiterschichten als ihr Wählerpotential, aber in der Regierungsverantwortung muß sie den »geschäftsführenden Ausschuß« darstellen, ob sie nun will oder nicht.

Die aktuelle Aufgabe: Haushaltsanierung und Entlastung von Familien

Um die wirtschaftliche Vormachtstellung der BRD in Europa zu behaupten, muß sich die SPD bemühen, den Haushalt zu sanieren und die Staatsverschuldung abzubauen. Die Übernahme der DDR hat dem Staat über eine Billion DM gekostet. Die Politik der Neuverschuldung in den 16 Jahren der Regierungszeit von CDU/CSU und FDP hat zusätzlich dazu geführt, daß dieser Staat pro Tag 150 Mio. DM an Zinsen zahlen muß – eine Form der Umverteilung von unten nach oben.

Zusätzlich unter Druck geriet die SPD durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nach Gleichstellung von Alleinerziehenden und Familien. Um diesem Urteil zu entsprechen – denn auch die Entlastung von Familien war ein Wahlversprechen – würde nach erster Schätzung eine Haushaltslücke von 20 Mrd. DM entstehen, nach späteren Berechnungen sogar von 40 Mrd. DM.

Deshalb sind nach Überzeugung des SPD-Finanzexperten Poß »*keine großen Entlastungssprünge*« bei der Reform der Unternehmenssteuern zu erwarten. Die Wirtschaft erwartet jedoch enorme Entlastungen. Dem wollten gerade der Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) und die Grünen mit ihrer Forderung nach einer deutlichen Absenkung des Körperschaftsteuersatzes von 40 auf 25 bis 23 Prozent nachkommen. Aber andere Finanzpolitiker der SPD wiesen die Forderung nach Entlastung der Wirtschaft kategorisch zurück. Es gebe »*keinen weiteren Spielraum*« für staatliche Wohltaten, antwortete der SPD-Finanzexperte Joachim Poß. Um die Finanzen nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, müsse das noch von Lafontaine geschnürte Steuerpaket schnellstens verabschiedet werden. Der Haushaltsverschuldung einerseits und dem Familienausgleich andererseits wollte die SPD gerecht werden und trotzdem den Unternehmen weitere Entlastungen anbieten.

Noch 'ne Steuerreform

Seit über 100 Jahren verkünden deutsche Finanzminister »*mehr Steuergerechtigkeit*«. Sie wurde stets als Leitlinie ihrer Reformen verkündet. Schon der Urvater aller Steuerreformer hierzulande, Preußens Finanzminister Johannes von Miquel, lobte 1890 sein Projekt als »*Werk ausgleichender Gerechtigkeit*«. Seither stand das Motto über allen Gesetzesvorhaben, unabhängig von der Parteifarbe der Autoren. Auch das Schröder-Blair-Papier nennt, modischer formuliert, die »*Fairneß des Steuersystems*« als Ziel. Dabei geht es trotz aller Vernebelung durch sogenannte Ideale letztendlich nur darum, einen Rahmen für den Umverteilungsprozeß abzustechen.

Die CDU, der parlamentarische Gewinner der Regierungspolitik

Nach der verlorenen Bundestagswahl prophezeiten fast alle Beobachter und Kommentatoren der CDU eine lange Phase der inneren Zerrissenheit und Resignation. Sie wäre derart auf die Person Kohls zugeschnitten und brauche daher Jahre, um sich in der Opposition inhaltlich und personell zu regenerieren. Die Sozialdemokraten glaubten mit der Euphorie und dem Schwund des gewonnenen Wahlkampfes ihre politische Stellung in den Bundesländern ausbauen zu können.

Aber auch auf parlamentarischer Ebene zeigt sich die völlige Umkehr der im September '98 sichtbar gewordenen Stimmung. Schneller und gründlicher als erwartet ist die Täuschung der Wähler in Enttäuschung umgeschlagen.

Im Frühjahr siegte die CDU bei der Landtagswahl in Hessen mit Hilfe einer Stammtischkampagne und der Unterschriftensammlung gegen die geplante doppelte Staatsbürgerschaft. Es gelang ihr, die Reform der Regierungskoalition zu Fall zu bringen, denn SPD und Grüne setzten sich nicht gegen die parlamentarischen und außerparlamentarischen Angriffe zur Wehr, sondern suchten ihr Heil in einem Kompromiß aller Parteien. Der ursprüngliche Gesetzentwurf

wurde derart verwässert, daß von seinem Inhalt nichts übrigblieb.

Im Sommer folgte dann das schlimmste Wahldebakel, das die SPD in der Geschichte der BRD erlebt hat. Trotz der Absetzversuche des Ministerpräsidenten Klimmt vom Kurs der Bundesregierung gewinnt die CDU die absolute Mehrheit im saarländischen Parlament. In Brandenburg büßt Stolpe die absolute Mehrheit ein, fast 15 Prozent verliert die SPD. In Sachsen und Thüringen wird die Sozialdemokratie von der PDS überflügelt und landet auf dem dritten Platz. (Siehe auch Korrespondenz zu den Wahlen in den neuen Ländern.) In NRW, der Hochburg der SPD, »dem Herz der Partei«, wird die CDU erstmals bei Kommunalwahlen die stärkste Partei. (Siehe Korrespondenz aus NRW) In NRW leben mit 16 Mio. Einwohnern genauso viele Menschen wie in allen fünf neuen Bundesländern zusammen.

Den Parteien laufen die Wähler davon

Noch deutlicher werden die Verluste der SPD, sieht man sich nicht die Prozentangaben, sondern die Zahl der absoluten Stimmen an. Die Beteiligung ist bei allen Wahlen des Jahres 1999 (Ausnahme Sachsen) auf einen neuen Tiefstand gesunken. Die Wähler der Sozialdemokratie sind einfach zu Hause geblieben oder in den neuen Ländern teilweise zur PDS gegangen.

Die Kommunalwahlen in NRW belegen dies in eindrucksvoller Weise. So lag z.B. die Wahlbeteiligung im Essener Süden, in den Villenvierteln der Reichen und Erfolgreichen, noch bei fast 70 Prozent während in den traditionellen Arbeiterbezirken noch nicht einmal 30 Prozent seine Stimme abgegeben hat. Die SPD verlor tatsächlich mehr als die Hälfte ihrer Wähler. Alle Kommentatoren waren sich am Wahlabend einig: »Die Sozialdemokratie hat ihre soziale Kompetenz eingebüßt.«

Dabei geht die Verunsicherung des SPD-Anhangs weit über den Kreis der unmittelbar von den Kürzungen und Streichungen Betroffenen hinaus. Zwar hatten sich die Wähler im September '98 keine Goldenen Zeiten versprochen und auch die »Notwendigkeit zum Sparen« nicht grundsätzlich angezweifelt. Sie glaubten allerdings die Grundfesten der sozialen Sicherung bei der Sozialdemokratie in besseren Händen und hofften auf eine gerechtere Verteilung der Lasten. Dieser Glaube ist erschüttert worden, vor allem durch die Rentenpläne und -vorschläge Riesters und die kategorische Ablehnung einer Vermögenssteuer. Gegen deren Abschaffung durch die Regierung Kohl hatte die SPD noch heftig polemisiert.

Die CDU konnte zwar an Prozentpunkten zulegen, jedoch keine neuen Wähler hinzugewinnen. Die FDP kämpft um ihr parlamentarisches Überleben und konnte in keiner Landtagswahl den Sprung ins Parlament schaffen. Auch die Grünen müssen sich mittlerweile Gedanken um ihre parlamentarische Existenz machen. In den neuen Bundesländern sind sie bedeutungslos und in den alten haben sie bei den diesjährigen Wahlen ein Viertel ihrer Stimmen eingebüßt.

Schon seit Jahren – die Wahlbeteiligung sinkt

Die sinkende Wahlbeteiligung ist keine neue Erscheinung, sondern seit Beginn der 80er Jahre zu beobachten. Die Zahl der Nichtwähler ist seither beständig gestiegen, auch wenn dieser Trend bei der Bundestagswahl durchbrochen wurde. Begleitet wurde die sinkende Akzeptanz der etablierten Par-

»Die parteipolitische Tradition der SPD ist nicht mehr glaubwürdig«

Unter diesem Titel kommentiert Hans Mundorf im »Handelsblatt« vom 8.6.99 u.a.:

»...Ausgerechnet die SPD jedoch vertritt im Jahre 1999 den Standpunkt, daß hinsichtlich der Besteuerung die Gewinne der Unternehmen, also die Früchte des »Kapitals« gegenüber »privaten« Einkommen, und das sind auch die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer, begünstigt werden müßten. Denn das Kapital sei sehr viel nützlicher als die Arbeit, und man dürfe den kleinen Verbraucher/Arbeitnehmer durchaus mit Öko- und Umsatzsteuern oder Sozialabgaben (630-DM-Gesetz) belasten, um das Kapital zu entlasten. ... Doch sollte daran erinnert werden, wie sehr die Sozialdemokraten mit solchen steuerpolitischen Reformideen ihre eigene Tradition verraten, mit der sie allerdings immer noch werben.

...Nun ist es ja sicherlich ein Indiz für den Reifeprozess einer Partei, wenn sie sich aus den Verstrickungen ihrer eigenen antikapitalistischen Ideologie befreit und jetzt die einzelnen Einkunftsarten ohne Voreingenommenheit betrachtet. Doch sollte die SPD bei diesem Besserungsversuch nicht in das andere Extrem verfallen: Sie sollte die Unternehmen nicht zu einer Herde heiliger Kühe erklären, die niemals gemolken werden dürften; sie sollte die Arbeitnehmer- und Haushaltseinkommen nicht als den Fonds betrachten, aus dem beliebig geschröpft werden dürfte; die SPD sollte nicht die CDU rechts überholen wollen, so daß selbst der BDI nicht mehr weiß, auf welches parteipolitische Pferd er eigentlich setzen soll.

... Und es ist vor allem die SPD, die sich endlich erklären sollte, ob sie noch eine politische Partei oder aber eine Konkurrenzorganisation zu ADAC und Verbraucherverbänden ist.«

teien und die Abnahme der Wahlbeteiligung von den zeitweiligen Erfolgen rechtspopulistischer Parteien. So unerwartet wie sie in die Landtage gewählt wurden, so rasch verschwanden sie auch wieder von der Parlamentsbühne.

Wahlen können zwar die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht verändern, sie sind allerdings ein Stimmungsbarometer. So zeigt die langfristige Entwicklung der Wahlbeteiligung als auch die Gewinne für Reps, DVU etc., daß die Bindung der Wähler an die bisherigen Volksparteien sich gelockert hat und ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung sich nicht mehr durch die parlamentarischen Parteien vertreten fühlt.

Einen besonders tiefen Einschnitt brachte der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers. Bis 1989 saß bei Tarifverhandlungen aber auch bei den Beschlüssen der Bundesregierung die DDR unsichtbar mit am Tisch. Die herrschende Klasse mußte auch gegenüber der eigenen Bevölkerung die materielle Überlegenheit der »sozialen Marktwirtschaft« unter Beweis stellen. Die SPD hat sich bis dahin vor allem für die arbeitende Bevölkerung immer auch als Reformalternative innerhalb der BRD-Gesellschaft angeboten. Auf parlamentarischer Ebene drückte sich die gesellschaftliche Polarisierung als Richtungsentscheidung zwischen »Schwarz-Gelb« und »Rot-Grün« aus.

Mit dem »Anschluß der DDR« verschwand eine wesentliche Voraussetzung, die auch die innenpolitische Entwicklung der BRD bestimmt hatte. Für die herrschende Klasse in Deutschland waren nicht nur außenpolitische Schranken gefallen, sie brauchte auch innenpolitisch immer weniger Rücksicht mehr zu nehmen. Das hat, nach einer kurzen Phase der »Wiedervereinigungseuphorie«, bewirkt, daß sich die in der Regierungsverantwortung befindlichen Parteien bei der Durchsetzung der Unternehmerinteressen immer schneller politisch verschleifen. Zugleich haben sich die etablierten Parteien in ihren Positionen immer stärker angenähert. Die soziale Polarisierung spiegelt sich auf der parlamentarischen Ebene in den alten Bundesländern kaum noch wider. In den neuen Bundesländern und auf gesamtdeutscher Ebene zeigen die parlamentarischen Erfolge der PDS die wachsende Unzufriedenheit mit der sozialen und politischen Entwicklung seit der Vereinigung.

Sozialabbau und Sozialdemokratie – die SPD bleibt ihrer historischen Funktion treu

Daß sich die Sozialdemokratie am Abbau von Löhnen und sozialen Leistungen beteiligt, ist historisch keine neue Erfahrung. Zur Erinnerung – in der BRD war es nicht Helmut Kohl, sondern sein Vorgänger Helmut Schmidt der 1980 mit dem Abbau des sozialen Polsters begann. Er scheiterte 1982 allerdings noch am Widerstand von Teilen der SPD und der Gewerkschaften. Die CDU als Regierungspartei bot für die deutschen Unternehmer die bessere Gewähr für die reibungslose Durchsetzung ihrer Interessen, und auch bei der Mehrheit der Wähler fand sie wegen ihres »größeren wirtschaftlichen Sachverständes« bei den als »unvermeidlich« geltenden Einschnitten Zustimmung.

Seit 1982 hatte die SPD in der Opposition die wesentlichen Einschnitte der Kohl-Regierung im Bundesrat mitgetragen. In den Städten und Ländern, in denen die Sozialdemokraten die Regierung stellten oder an ihr beteiligt waren, unterschied sich ihre Praxis kaum von der CDU. Insbesondere die Privatisierungen im öffentlichen Dienst und der damit verbundene Abbau von Arbeitsplätzen hat die Anhängerschaft der SPD getroffen. In den sozialdemokratisch regierten Städten waren die Kernbereiche des öffentlichen Dienstes zugleich auch Hochburgen des SPD-Anhanges und der gewerkschaftlichen Organisation. Direktoren und Personalräte in den kommunalen Betrieben hatten oft das gleiche Parteibuch in der Tasche. Konflikte, wenn es sie gab, wurden »sozialpartnerschaftlich« geregelt, die Arbeitsplätze galten als sicher, die Arbeitsbedingungen als gut. Privatisierungen und Einsparungen haben dem die Grundlagen entzogen. Nicht nur durch den Wegfall industrieller Arbeitsplätze, sondern durch das eigene Verhalten gegenüber dem öffentlichen Dienst hat die SPD potentielle Wähler verloren.

Die SPD auf dem Weg in die »Neue Mitte«

16 Jahre nach dem Scheitern der Regierung Schmidt gibt es in der SPD keinen nennenswerten Widerstand gegen den Kurs von Kanzler Schröder. Die Sozialpolitiker sind an den Rand gedrängt, ihre Forderung, »die SPD müsse ihr soziales Gesicht wahren«, wird ein frommer Wunsch bleiben, auch wenn sich diesem die bei den Wahlen gebeutelten Landespolitiker anschließen, weil sie um Einfluß und Ämter fürchten. Die sozialdemokratische Linke ist zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschmolzen. Sie verfügt weder über eine politi-

sche Strategie noch wagt sie es, ihre Kritik am Regierungskurs in die Praxis umzusetzen. Bei den entscheidenden Abstimmungen beugt sie sich der Parteiräson. Allein die Forderung, sozialdemokratische Grundsätze nicht preiszugeben, hilft nicht weiter. Heute wird ausgerechnet Oskar Lafontaine zum prominenten Vertreter der sozialdemokratischen Linken hochgejubelt. Er hatte Mitte der 80er Jahre mit der Losung vom »Teilen in der Klasse« und der stärkeren Abgrenzung von den Gewerkschaften die »Modernisierung« der SPD mit eingeleitet. Von ihm stammte der Vorschlag einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Lafontaine setzte sich schon damals vehement für eine Senkung der »Lohnnebenkosten« ein. Das brachte ihm damals noch heftige Kritik aus den Gewerkschaften ein.

Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers als Alternative zum Kapitalismus in Europa mußte sich zwangsläufig auch die Bedeutung und die Rolle der SPD verändern. Was in den 60er und 70er Jahren noch als selbstverständliches Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik galt, wird heute als sozialistisches Marterwerkzeug gebrandmarkt. Wo die herrschende Klasse offener und rücksichtsloser auftreten kann, da ist die politische und ideologische Vernebelung in der alten Form nicht mehr nötig. Nach dem Fall der Mauer konnte die Modernisierung der SPD in rasantem Tempo vorangetrieben werden. Sozialdemokratische Vorstellungen und Forderungen wurden nach und nach über Bord geworfen, praktisch alles, was bei der Anpassung an die kapitalistischen Notwendigkeiten im Wege stand. Der Markt und die Herstellung der bestmöglichen Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft wurden zur heiligen Kuh erklärt, der sich alle staatlichen Handlungen unterzuordnen haben. (Siehe auch Kasten auf Seite??.) Der Verkauf von staatlichem und städtischem Eigentum sowie die Privatisierung öffentlicher Dienste sollte zum Allheilmittel werden und kann doch nicht die finanziellen Löcher der Städte und Gemeinden stopfen.

Die SPD hat sich politisch den Ideologen des »Neoliberalismus« in der Union soweit angenähert, daß die Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien kaum noch auszumachen sind. Ihre Wähler sucht sie zunehmend in der »Neuen Mitte«, ohne die eine regierungsfähige Mehrheit in der BRD nicht zu gewinnen wäre. Der Prozeß der Hinwendung zur »rechten Mitte« – wie er besonders im Schröder-Blair-Papier zum Ausdruck kommt – bleibt natürlich auch innerhalb der SPD nicht ohne Folgen. Die wenigen Vertreter, die nach wie vor an der sozialen Frage festhalten und immer noch an die Möglichkeit der Umverteilung von oben nach unten glauben, sollen über die Debatte um die Steuerreform auf Linie gebracht werden.

Die Bundestagswahl '98: Kohl muß weg

Als die SPD im Oktober '98 ihren unerwartet klaren Wahlsieg einfahren konnte, hatte sie das weder ihren praktischen Aktivitäten noch der Überzeugungskraft ihrer politischen Argumente zu verdanken. Die CDU-FDP-Koalition hatte nach 16 Jahren schlichtweg abgewirtschaftet. Mit der Parole »Kohl muß weg« brachten die Betroffenen ihr Verlangen nach einem Ende des sozialen Abbaus zum Ausdruck. Bereits vorher hatte sich diese Stimmung entladen:

◆ in der Teilnahme Hunderttausender an den Demonstrationen des DGB,

Ist der Osten undankbar?

Im Verlauf von fünf Wochen wurden in vier von sechs ostdeutschen Ländern die Landtage neu gewählt. Die Ergebnisse zeigen, daß sich zehn Jahre nach dem Untergang der DDR im Osten Deutschlands eine spezifische Parteienlandschaft herausbildet und stabilisiert. Es zeichnet sich das Bild einer Dreiparteienlandschaft ab, ergänzt durch temporäre Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien und Gruppierungen, die sich in ihrem Ausmaß nicht von denen im Westen unterscheiden. Die FDP ist im Osten faktisch als politische Kraft nicht mehr vorhanden. Die Grünen existieren nur noch in Berlin, wo sie in einigen Innenstadtbezirken ihren kulturellen Hintergrund haben.

Die Ergebnisse lassen sich zusammenfassen als Niedergang der SPD und Aufstieg der PDS. In Brandenburg hat die SPD, trotz des persönlichen Ansehens des Ministerpräsidenten Stolpe, fast 15% und damit die absolute Mehrheit verloren. In Thüringen verlor sie bei den Zweitstimmen fast die Hälfte ihrer Wähler und wurde von der PDS auf den dritten Platz verdrängt, die hier als einzige Partei, trotz erheblich niedrigerer Wahlbeteiligung (1994 – 74,8%, 1999 – 59,9%) einen absoluten Stimmenzuwachs erreichen konnte. In Sachsen verlor die SPD gegenüber 1994 ein Drittel der Zweitstimmen und erreichte nur knapp ein zweistelliges Resultat. Auch hier liegt sie deutlich hinter der PDS, die doppelt so viele Wähler gewann.

Das Berliner Wahlergebnis ist von besonderem Interesse, weil es sich um das einzige Bundesland handelt, in dem Ost- und Westberliner gemeinsam wählen. Das Resultat zeigt eine deutliche Spaltung. Westberlin ging eindeutig an die CDU, der Osten der Stadt an die PDS, die hier über 40% der Zweitstimmen errang. Die SPD hat, im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern, in Berlin nur geringfügig verloren, aber kein einziges Direktmandat gewonnen und ihren historischen Tiefstand erreicht. Die Direktmandate gingen, mit Ausnahme von zwei, die die Grünen in ihrer Hochburg Kreuzberg klar gewannen, ausschließlich an CDU und PDS. In Westberlin hat die PDS fast 5% erreicht und schickt erstmals Vertreter in Bezirksverordnetenversammlungen. Trotz geringerer Wahlbeteiligung hat die PDS in Berlin absolut mehr Wählerstimmen erreicht als bei der Wahl 1995.

Die PDS ist der Gewinner der diesjährigen Landtagswahlen in Ostdeutschland. Ihre Siege bringen sie aber in eine unangenehme Situation: Sie entfernen sie mehr denn je von dem Ziel der Regierungsbeteiligung. In Brandenburg durfte die SPD nicht mit der PDS koalieren, um nicht den Eindruck zu erwecken, die SPD würde im Osten grundsätzlich auf ein Bündnis mit der PDS setzen. Die Berliner SPD ist traditionell in einem solchen Ausmaß antikommunistisch geprägt, daß eine Zusammenarbeit mit der PDS undenkbar ist. In Sachsen und Thüringen hat die PDS ihre Stimmengewinne vor allem auf Kosten der SPD erreicht. Die SPD ist hier so schwach, daß eine PDS-SPD-Koalition zahlenmäßig nicht möglich ist. Und schon beginnen in der PDS einige Leute über eine Zusammenarbeit mit der CDU nachzudenken, auch wenn das offiziell noch dementiert wird. Die ostdeutsche CDU sendet ihrerseits deutliche Signale. Der Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Bergner, erklärt die PDS zu der Volkspartei, mit der die CDU sich auseinandersetzen und die sie endlich als normale politische Kraft ernst zu nehmen habe. Insgesamt zeigen die Wahlen ein Wahlverhalten der Ostdeutschen, das den

Herrschenden Anlaß zur Sorge gibt. In Brandenburg und Thüringen haben rund zwei Drittel und in Sachsen fast 60% der Wahlberechtigten nicht oder keine der etablierten westdeutschen Parteien gewählt. Sie verhalten sich zehn Jahre nach der Vereinigung noch immer und mit steigender Tendenz nicht systemkonform. Sie haben immer noch nicht »Demokratie« gelernt und sind nicht dankbar für die ihnen geschenkte »Freiheit«.

Der Niedergang der SPD bei den diesjährigen Landtagswahlen in Ostdeutschland geht zweifellos auf das Konto der Schröder-Regierung. Wer soziale Sicherheit erwartet, weiß nun, daß sie mit der SPD nicht zu haben ist – von »Gerechtigkeit« ganz zu schweigen. Im öffentlichen Dienst wird im Osten noch immer nur 86% vom Westtarif gezahlt, in der »freien« Wirtschaft durchschnittlich 73%, und das bei längerer Arbeitszeit. Die SPD hat den Nimbus der Partei der kleinen Leute weitgehend verloren. Immer wieder hört man: Es stimmt also, was wir früher über die SPD gelernt haben. Mit der PDS ist ein Symbol gewählt worden, daß der Sehnsucht nach sozialer Geborgenheit entspricht und die noch am wenigsten in Filz und Korruption verwickelt ist. Außerdem wissen die »Ossis« jetzt, daß man die da oben am meisten ärgert, wenn man PDS wählt. Außerdem hat die SPD in Ostdeutschland keine Verankerung. Die ehemaligen SED-Mitglieder, die ihr 1990/91 zulaufen wollten, hat sie aus Angst, der Volksfrontpolitik bezichtigt zu werden, schnöde zurückgestoßen. Andere Mitglieder konnte sie kaum gewinnen, und Posten hat sie immer weniger zu vergeben. So hat sie auch kaum akzeptable Persönlichkeiten zu bieten. Wo sie solche hat, wie z. B. den angesehenen Leipziger Oberbürgermeister, konnte sie trotz des allgemeinen Niedergangs sogar zulegen.

In Ostberlin kommt dazu, daß die dortige SPD mit ihrer Finanzsenatorin Fugmann-Heesing für rigide Sparpolitik steht, während Diepgen als Regierender Bürgermeister von der CDU der einzige ostdeutsche Regierungschef ist, der in seinem Verantwortungsbereich das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« durchgesetzt hat. Und so ist die CDU Berlins die einzige, die als Regierungspartei bei den Ostdeutschen zugelegt hat.

Von den rechtsradikalen Parteien zieht die DVU in den Brandenburger Landtag ein. In Berlin haben in Ost und West gleichermaßen 2,8% der Wähler die »Republikaner« gewählt. Sie ziehen in drei West- und drei Ostberliner Bezirksverordnetenversammlungen ein (hier gilt die 3%-Klausel). Die geringsten Stimmenanteile erreichten die Rechtsradikalen in den Bezirken, in denen die CDU am stärksten war. Gefährlicher als die partiellen Wahlerfolge der Rechtsradikalen ist die Tatsache, daß sich die Öffentlichkeit mit deren Wirken offenbar abgefunden hat. Die Schändung des jüdischen Friedhofs erregte ebensowenig die Öffentlichkeit und die politische Klasse wie Hakenkreuze auf dem Brecht-Denkmal im Zentrum Berlins.

Die Ergebnisse der diesjährigen Landtagswahlen in Ostdeutschland werden dazu führen, daß die PDS in größerem Maße als bisher zu einer »normalen Partei« wird. Sie wird weiter in das parlamentarische System eingegliedert werden, was ihren eigenen Forderungen entspricht. Es hängt von ihren Wählern ab, ob sie es verstehen, einen solchen außerparlamentarischen Druck auf die PDS und deren Abgeordnete zu entwickeln, daß diese die in sie gesetzten Hoffnungen zumindest teilweise erfüllen, oder ob sie bewußt weiter den Weg zu einer »normalen Partei« gehen. ■

16. 10. 1999 ■

◆ in der Belagerung der Bundeshauptstadt Bonn durch protestierende Bergarbeiter,

◆ in den spontanen Streiks in der Metallindustrie gegen den Wegfall der Lohnfortzahlung.

Die SPD und die Vorstände der Gewerkschaften haben alles getan, um die Proteste zu kanalisieren und die KollegInnen auf die bevorstehenden Bundestagswahlen zu orientieren. Sie müssen der Auseinandersetzung mit den Unternehmern aus dem Wege gehen, denn ohne die politische Mobilisierung der Mitglieder können sie in dieser Auseinandersetzung nicht bestehen. Welche Gefahr darin für sie steckt, hat der Protest der Bergarbeiter und die Streiks der Metaller gezeigt. Die Vorstände der Gewerkschaften hatten zeitweise die Kontrolle über die Aktivitäten der KollegInnen verloren.

Im Wahlkampf hat der DGB acht Mio. DM ausgegeben, um den KollegInnen und Kollegen weiszumachen, durch die Abgabe ihrer Stimme für einen Politikwechsel sorgen zu können. Parteien und Personen wurden ausgewechselt, zur Durchsetzung eines Politikwechsel reicht die Abgabe der Stimme – egal für welche Partei – nicht aus.

Daß sich aber ausgerechnet eine rot-grüne Regierung schon ein halbes Jahr nach ihrem Amtsantritt zum ersten mal in der Geschichte der BRD an einem Angriffskrieg beteiligt und bisher sicher geglaubte Grundpfeiler der sozialen Sicherung in Frage stellte, daß hatte offenbar in der bundesrepublikanischen Linken kaum jemand erwartet – trotz der Erfahrungen seit 1914.

Wohin marschieren die Nichtwähler?

Die Unternehmer geben sich mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden. Noch am Abend der Wahlen in Sachsen fordern die Verbände der Deutschen Industrie, des Mittelstandes und des Handwerks SPD und CDU auf, gemeinsam eine einschneidende Steuerreform einzuleiten und die verabschiedete Ökosteuer rückgängig zu machen. In welche Richtung die Diskussionen in der SPD gehen, zeigt der Vorschlag ihres Fraktionsvorsitzenden Struck. Er hat die Steuerpläne der FDP praktisch übernommen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Beck (Rheinland-Pfalz) schlägt für die kommenden Tarifverhandlungen zwei Nullrunden vor, und Finanzminister Eichel verkündet für die kommenden Jahre noch größere Einsparungen im Haushalt an.

Die rot-grüne Regierung versucht, wie schon beim Staatsbürgerschaftsrecht, auch in der Wirtschafts- und Sozialpoli-

LEITARTIKEL

Bluthund Schily?

VON THOMAS SCHMID

...schland haben: Interessen roten zu e, beim mung mkeiten objekt je- sondern velle Be- Gutge- zu ma- id seinen Es sieht nminister den Grü- talter und Präzision dem Asyl nehmen, r die klei- ritt. Wie- Atom, Alt- disposition, a zu ihrer ein Mö- artykeller olte die (was sie and, das mit der itiativen der wer- ß protes- it Schily ung keine Regierung des linksliberalen Establishments mehr sein. Hat Schily die Fronten gewechselt? Will er – wie einst ein sozialdemokratischer Innenminister des Deutschen Reiches für sich formulierte – der eine sein, der den Bluthund spielen muss? Auch wenn ihm, der doch von den Anthroposophen herkommt, neuerdings eine mehr als klammheimliche Freude an scharfer, preußisch-deutscher Staatlichkeit anzumerken ist, weiß er doch gute Gründe anzuführen. Die Wirklichkeit habe ihn zu neuen Einsichten gebracht. Zu der Einsicht, muss man hinzufügen, dass richtig gewesen war, was die vorige Bundesregierung in der Asyl-Frage im Sinn hatte. Also: Es braucht eine europäische Lösung, die die für Deutschland höchst ungerechte Verteilung der Asylbewerber regelt; und die lange Dauer der Asylverfahren muss drastisch reduziert werden, damit das Asyl nicht faktisch zum Tor für Einwanderung wird. Die Streiter für ein möglichst offenes Asylrecht folgten in der Vergangenheit einer unseligen Logik. Sie leugneten die offensichtliche Liberalität der deutschen Asylpraxis, unterstellten den staatlichen Institutionen eine fremdenfeindliche Abwehrhaltung und die alte deutsche Verderbtheit. Diese Logik konnte nur eine Konsequenz haben: Je mehr Asylbewerber Deutschland aufnimmt, desto eher kann es ins Vorzimmer der Zivilität aufgenommen werden. Diesem törichten Denken hat nun der Innenminister spät, aber immerhin den Kampf angesagt.

Verrät wie liber herzig vor, da Verfol Mit d schein zu öff den Be Asyl ge litiker Parlan gewäh rosität denakt unterb wohl e qua def antwort aufnim gen, da gehalten. Als l Otto S tät D dauer die S der S er nie lung Reput muss dass G nicht Ausge nicht überge

Das muß sich ein sozialdemokratischer Minister von der springerschen »WELT« sagen lassen... (2.11.1999)

Verhältnisse sie zwingen, einen Ausweg zu suchen? Lassen sie sich von der antiparlamentarischen Demagogie, die sich auch antikapitalistisch gibt, nach rechts ziehen?

Die Genugtuung der Parteien darüber, daß die DVU oder die Reps nicht in die Landtage einziehen konnten (Ausnahme Brandenburg), sollte nicht täuschen. Den Gewerkschaften, d.h. den klassenbewußten Kräften in ihnen, fällt eine wichtige Aufgabe zu, sollen Orientierungslosigkeit und Ohnmacht überwunden werden.

Die Gewerkschaften als Co-Manager

Während die herrschende Klasse und ihre politischen und publizistischen Vertreter, wie schon unter der Kohl-Regierung, offensiv in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingreifen und sie bestimmen, stehen die Gewerkschaften außerhalb des Gefechts. Die Vorstände und der überwiegende Teil der Apparate halten am Bündnis für Arbeit fest, auch wenn das die völlige Unterordnung unter die Interessen der Unternehmer zur Folge hat. Der DGB-Chef Schulte, die Vorsitzenden der IG Chemie, Bergbau und Energie und der ÖTV setzen sich bedingungslos für eine Fortsetzung dieses Kurses ein. Im IGM-Vorstand wächst die verbale Kritik, wer-

tik den Konsens mit den Unionsparteien und der FDP herzustellen. In den kommenden Jahren werden die wesentlichen Entscheidungen in einer unausgesprochenen, großen Koalition fallen, in der nur die PDS noch keinen Platz hat. Die SPD hat die Aufgabe übernommen, an der die CDU-FDP-Koalition zuletzt gescheitert war: die Einbindung der Gewerkschaften und der arbeitenden Bevölkerung durch das »Bündnis für Arbeit« in die große Koalition der staatstragenden Parteien und der Unternehmerverbände.

Auf parlamentarischer Ebene werden die konservativen und reaktionären Kräfte die Nutznießer sein, während die SPD weiter nach rechts marschiert. Gleichzeitig wächst die Zahl der Nichtwähler. Die politische Orientierungslosigkeit nimmt ebenso zu wie das Gefühl der Ohnmacht. Zwar können die Parteien auch bei einer Wahlbeteiligung von nur noch 50 Prozent ihre Regierungsgeschäfte reibungslos erledigen. Voraussetzung ist allerdings, daß diese Masse weiterhin politisch abstinent in Passivität verharret. Aber dafür gibt es keine Garantie, zumal gegen ihre materiellen Interessen auch weiterhin Politik betrieben wird. Die entscheidende Frage ist: Wohin geht diese Masse, wenn die sozialen

den die politischen Töne gegenüber der Bundesregierung schärfer; aber es werden keine praktischen Konsequenzen daraus gezogen. In den Gewerkschaften finden die von den parlamentarischen Parteien Enttäuschten zur Zeit weder einen politischen Fürsprecher noch praktische Unterstützung. Mit jedem freiwilligen Zugeständnis wecken die Gewerkschaften neue Begehrlichkeiten bei ihren Tarifpartnern, während sie die Resignation und Ratlosigkeit in den eigenen Reihen verstärken. Mit der Zustimmung zu untertariflichen Einstiegsgehältern für Arbeitslose, mit jeder Ausnahmeregelung in Tarifverträgen leisten die Gewerkschaften der weiteren Zersplitterung und der Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten Vorschub.

Allerdings, auch in und zwischen den Gewerkschaften wachsen die Widersprüche, werden die Fronten klarer. Viele, die trotz aller Kritik noch den politischen Vertreter der Gewerkschaften in der SPD gesehen haben, sind maßlos enttäuscht und desillusioniert. Innerhalb der zersplitterten Gewerkschaftslinken haben auf örtlicher und bundesweiter Ebene die ersten Treffen stattgefunden, auf denen über eine gemeinsame politische Grundlage gegen den Anpassungskurs diskutiert wurde. Die Frage, wollen wir zulassen, daß die Gewerkschaften auch in Zukunft als Anhängsel der Regierungspolitik sich den Interessen der Unternehmer beugen und wie die Lemminge der Sozialdemokratie in die Selbstaufgabe folgen oder nehmen wir die politische Auseinandersetzung in und außerhalb der Gewerkschaften auf?, wurde durch die Ereignisse der letzten Monate auf die Tagesordnung gestellt. Die ersten, zaghaften Schritte, sich dem verhängnisvollen Kurs der Vorstände zu widersetzen, sind gemacht. Sie dürfen allerdings nicht darauf beschränkt bleiben, die gewerkschaftlichen oder sozialdemokratischen »Grundsätze« von »sozialer Gerechtigkeit« hochzuhalten. Damit allein können weder die Angriffe von Unternehmern und Regierung abgewehrt werden, noch weisen sie eine politische Perspektive auf. Reformen, der Ausbau sozialer Leistungen und materielle Sicherheit stoßen an die Grenzen der Grundlagen der bürgerlichen, kapitalistischen Ordnung in Zeiten des verschärften internationalen Konkurrenzkampfes und der Krisen. Selbst die Verteidigung noch bestehender Rechte und Leistungen gegen die Angriffe von Unternehmern und Regierung erfordert deshalb die politische und außerparlamentarische Mobilisierung der abhängig Beschäftigten.

Der in den Nachkriegsjahren bei den meisten Wählern vorhandene bzw. erzeugte Glaube an die Macht des Stimmzettels, der ihre Wünsche an die jeweiligen Parteien dele-

■ KOMMUNALWAHL IN NRW

Die Arbeiterschaft kehrt der SPD enttäuscht den Rücken

Die SPD hat sich bei den Kommunalwahlen in NRW mit durchschnittlich 8,4 Prozent weniger und einem Stimmenanteil von nur noch 33,9 Prozent von ihrer Vorherrschaft verabschiedet. Die CDU kam mit einem Zuwachs von 10 Prozent auf einen Gesamtstimmenanteil von 50,3 Prozent.

Noch deutlicher war der Einbruch in den ehemaligen SPD-Hochburgen im Ruhrgebiet. Nur in Duisburg, Oberhausen und Kamen konnten sich die Oberbürgermeister-Kandi-

Immer mehr Zwangsräumungen bei Hamburger Mietern

Schulden und keine Wohnung

Von HEIKE MÜLLER und JENS MEYER-WELLMANN

Hamburg - Immer mehr Menschen in Hamburg verlieren ihre Wohnung durch Zwangsäumung. Von 1994 bis 1998 stieg die Zahl der jährlichen Räumungen von 1290 auf 2138. Das ist eine Zunahme um mehr als 65 Prozent. Von 1994 bis 1998 wurden insgesamt 8636 Haushalte per Gerichtsbeschluss geräumt.

Als Vermieter ist besonders die SAG betroffen. Im ersten Halbjahr 1999 lief die städtische Wohnungsgesellschaft bereits 436 Mieter aus ihren Wohnungen entfernen. Viele sind Sozialhilfeempfänger, die die Miete nicht vom Konto überwiesen hatten.

Die Hamburger Sozialbehörde macht die hohe Arbeitslosigkeit und ein verändertes Konsumverhalten für die vermehrten Zwangsäumungen verantwortlich. Die Menschen verschulden sich heute schnell mit Ratenkrediten. Statt ihre Miete bezahlen sie eher ihr Auto ab, so Petra Baurle, Sprecherin der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS). Außerdem bleibe nach einer Trennung oft ein Partner allein in der Wohnung, der die Miete nicht aufbringen kann.

Der wohnungspolitische Sprecher der CDU, Klaus-Peter Hesse, fordert, dass die Sozialämter die Miete fortan direkt an den Vermieter überweisen und nicht auf das Konto der Hilfeempfänger. Viele Vermieter schließen sich dieser Forderung an. Die Sozialbehörde dagegen lehnt eine solche Regelung ab. »Wir wollen die Menschen nicht entmündigen, auch wenn sie Staatsgeld bekommen«, so Sprecherin Petra Baurle. Weil Sozialämter

wolle die Behörde nicht zu weit in das Leben der Anspruchsberechtigten eingreifen. Auch wer in wirtschaftliche Not geraten sei, müsse seine Selbstständigkeit bewahren. Eva Raatschen, Juristin bei »Mieter helfen Mietern«, sieht die Ursache für die Zunahme der Zwangsäumungen in dem Missverhältnis von sinkenden Einkommen und steigenden Mietkosten.

Die Forderung, dass die Sozialämter die Miete generell direkt an die Vermieter überweisen sollen, lehnt auch Raatschen ab. Damit würden auch die Rechte der Mieter eingeschränkt. Die Leute können zum Beispiel bei Wohnungsmangel die Miete nicht mehr mindern. Man solle stattdessen die Bezirkesstellen zur Wohnungsicherung ausbauen.

Die Bezirkesstellen entstanden 1991 als Pilotprojekt zunächst in zwei Hamburger Bezirken. Im Moment arbeiten 45 Angestellte in den jetzt sieben Bezirken in ganz Hamburg. Die Sozialämter sind. Wenn ein Mieter vorliegt, sind die Sozialämter

Hamburger Abendblatt, 30.10.99

gierte, verschwindet allmählich und hinterläßt ein Vakuum. Außerhalb der Parlamente müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die werktätige Bevölkerung den Kampf für ihre unmittelbaren Interessen und letzten Endes gegen die hier herrschenden Verhältnisse zu ihrem Anliegen macht. Die Verteidigung der sozialen Errungenschaften auch gegen eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ist der erste notwendige Schritt auf dem langen Weg dort hin. Wenn allerdings die Vorstände der Gewerkschaften ihre friedliche Zusammenarbeit mit Regierung und Kapital ungestört fortsetzen können, so werden die rechten Demagogen im parlamentarischen und im antiparlamentarischen Gewand die Nutznießer sein.

daten, die erstmals direkt gewählt werden konnten, durchsetzen. In allen anderen Städten müssen die Bewerber nun eine Stichwahl durchführen. In der ehemaligen SPD-Hochburg Essen verlor der SPD-Bürgermeister sein Mandat an die CDU sogar mit 15,3 Prozent Unterschied.

Auch in Dortmund, das Herbert Wehner immer als »Herzkammer der Sozialdemokratie« bezeichnete, lag der Einbruch bei 10 Prozent. Ebenfalls in den Dortmunder Stadtteilen wie Eving, die bislang immer für über 60- bis 70prozentige Wahlsiege der SPD bekannt waren, gab es einen deutlichen Rückgang, in Eving allein 12 Prozent.

Warum hat sich nun der in der Vergangenheit eigentlich immer stabile Kern der SPD-Wählerschaft abgewendet?

Die Politik der Bundes-SPD hat sicherlich großen Einfluß genommen. Gerade hier aus dem Ruhrgebiet bekam die SPD große Unterstützung für einen Regierungswechsel. Standen doch die Bergleute im Frühjahr 1997 mit ihrer Forderung bei den Verhandlungen um die Zukunft der Kohle: »Der Dicke muß weg!«, an vorderster Front.

Doch viele mußten ihre Illusionen über soziale Absicherung durch die ihrer Meinung nach nun endlich mögliche gewordene Umverteilung von oben nach unten begraben. Im Gegenteil: Bei der SPD war durch ihre Hinwendung zur Mitte-Rechts und ihre Modernisierung kein großer Unterschied zur früheren CDU-Politik zu erkennen.

Aber das allein konnte bei einer Kommunalwahl nicht entscheidend sein. Der Bevölkerung wurde besonders in den letzten Jahren bei sinkenden Mitteln für die kommunalen Haushalte deutlich, daß ihre Interessen immer weniger Berücksichtigung fanden. Die führenden Sozialdemokraten unterstützten durch Großprojekte, wie beispielsweise ein riesiges Einkaufs- und Vergnügungszentrum in Oberhausen, oder den Plan eines auf dem Hauptbahnhof aufgesetzten Einkaufs- und Vergnügungszentrums – das sogenannte UFO – in Dortmund, die Finanzierungsgesellschaften und die Bauunternehmer. Profitieren davon konnten aber nur die Kaufleute und bestimmte Bevölkerungsschichten, die noch genügend Geld zum Konsumieren haben.

So wurde über die Bedürfnisse und Köpfe der Menschen hinweg geplant und gebaut und gleichzeitig wurden – weil kein Geld mehr vorhanden war – z.B. die Bücherei-Busse für die Stadtvororte eingestellt. Verteuerungen des öffentlichen Nahverkehrs bei gleichzeitiger Ausdünnung des Bus- und Bahnnetzes und der millionenschwere Bau von U-Bahnen, die nur den Autoströmen in die Innenstädte Platz verschaffen sollen, haben ebenfalls keine Begeisterung ausgelöst.

Vielfach wurde von der Arroganz der Macht gesprochen, von fehlender »Bürgernähe« oder davon, daß die SPD-Alleinherrschaft seit dem Kriegsende genug sei. Darin drückt sich aus, daß, von Ausnahmen abgesehen, viele Sozialdemokraten vor Ort sich nicht mehr um die Interessen der »kleinen Leute« kümmern, sondern entweder nur noch auf ihrem Posten ausharren oder aufgrund von »Systemzwang oder leeren Kassen« Beschlüsse gegen die Bevölkerung fassen und vertreten.

Ein wichtiger Punkt ist auch der Strukturwandel und damit die Sicherung der Arbeitsplätze im Ruhrgebiet. Es ist zwar gelungen diesen Wandel von der einstmaligen Montanregion der Kohle und des Stahl unter enormen Finanzaufwendungen – zum Teil mit Unterstützung der EU – zu vollziehen. Aber erstens konnte die Anzahl der vernichteten Arbeitsplätze nicht wieder hergestellt werden und zweitens

hat sich auch die Struktur der Qualifikation für die neuen Arbeitsplätze vorwiegend in der Dienstleistungs- und Telekommunikations-Branche geändert. Wenn z.B. in der Vergangenheit besonders im Bergbau ein junger Mensch mit Sonderschul- oder schlechtem Hauptschulabschluß noch eine Sonderausbildung als Jungbergmann erhalten konnte, ist für ihn in der heutigen Industrielwelt kein Platz mehr, und er lungert arbeitslos auf der Straße herum.

In Dortmund sind in den letzten 20 Jahren über 80.000 Arbeitsplätze bei Kohle, Stahl und Bier vernichtet worden. Ersatzarbeitsplätze gibt es nur spärlich bis gar nicht. Da helfen auch keine markigen Sprüche des scheidenden SPD-Oberbürgermeisters Samtlebe: »Doch wir hier im Revier sind keine Jammerlappen und haben nicht nur starke Hände, sondern auch kluge Köpfe.« Mit Sprüchen allein ist der Arbeitslosigkeit nicht beizukommen.

Willy Brandt hatte der Bevölkerung im Ruhrgebiet einmal »blauen Himmel über der Ruhr« versprochen. Den gibt es zwar – mit wenigen Ausnahmen z.B. in Duisburg – inzwischen, doch die Arbeitslosigkeit drückt stattdessen auf den Geldbeutel mancher Familie. Gleichzeitig hat dieser Strukturwandel weg von den traditionellen Arbeitsplätzen bei Kohle und Stahl auch die Bindung der Beschäftigten zu den traditionellen Denk- und Verhaltensweisen der Sozialdemokratie aufgelöst.

Die Selbstsicherheit vieler Sozialdemokraten in Spitzenpositionen, ihr persönliches Gebahren und zum Teil ihre persönliche Bereicherung haben ihnen darüber hinaus vielfach den Ruf der Korruption und Vetternwirtschaft eingebracht und sind auch ein Grund für die Abwendung der sozialdemokratischen Wähler. So ist der ehemalige Landeskassierer der NRW-SPD, der frühere Arbeitsdirektor der Ruhrkohle AG und jetzige Vorstandsvorsitzende der VEW, Fritz Ziegler, einem Prozeß wegen Steuerhinterziehung ausgesetzt. Die Spekulationsaffäre des Kölner Oberbürgermeisters Heugel geisterte durch alle Zeitungen und der ehemalige Kanzleramtsminister Bodo Hombach wurde ja wegen seiner Verstrickungen in Immobiliengeschäfte zum Balkanbeauftragten gemacht und aus dem Verkehr gezogen. In Dortmund ist der Oberbürgermeisterkandidat Franz-Josef Drabig als Nachfolger für den OB Günter Samtlebe ebenfalls schon im Vorfeld der Wahl gescheitert. Eine Rotlicht- und eine Steueraffäre wurden ihm zum Verhängnis. Auch er stand besonders für die Modernisierung, für Großprojekte und nahm die innerparteiliche Demokratie nicht so ernst. So mußte er als OB-Kandidat und als Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt zurücktreten. Seinen Wahlkreis in Dortmund-Scharnhorst gewann er jedoch trotzdem mit über 50 Prozent.

Dabei geht es bei allen nicht allein um ihre mehr oder minder schweren Strafdelikte, sondern wie sie öffentlich damit umgehen, wie sie weiter an ihren Sesseln kleben, als wäre nichts passiert, und wie sie sich gegenseitig unterstützen, decken und die Dinge herunterspielen.

Darüber hinaus mußte für den Dortmunder OB Samtlebe ganz persönlich, der nun mit 73 Jahren nach 26 Jahren OB-Tätigkeit abtritt, der SPD-Unterbezirk allein zweimal die Beschlüsse ändern. Denn diese sahen vor, daß keiner nach 65 Jahren noch für ein öffentliches Amt kandidieren durfte.

Alle diese Elemente zusammen haben dazu geführt, daß die SPD besonders hier im Ruhrgebiet ihren Rückhalt in der Arbeiterschaft verliert. Viele sind daher auch gar nicht erst zur Wahl gegangen, so nach dem Motto: »Wir können ja



sowieso nichts ändern, die machen ja doch, was sie wollen!«, oder: »Da gibt es keinen Unterschied mehr zwischen SPD und CDU!«. Die Wahlbeteiligung sank gegenüber 1994 um 26,7 Prozent auf 55 Prozent, in Duisburg sogar auf 44 Prozent. In Dortmund gingen 100.000 weniger zur Wahl, und die SPD erhielt jetzt nur noch 99.800 Stimmen, das sind 78.000 Stimmen weniger. Besonders in den traditionellen Arbeiterbezirken war eine niedrige Wahlbeteiligung festzustellen, so im Essener Norden nur um die 20 Prozent. Mit der Wahlenthaltung in NRW (von den rund 7,5 Mio. Stimmen waren auch noch rund 120.000 ungültig) drückten viele ihren Protest aus gegen die derzeitig vorherrschende Politik.

Auch die Grünen bekamen das durch Stimmverluste zu spüren. Viele junge Menschen (Wahlalter erstmals ab 16 Jahren) haben sich der CDU zugewandt, weil sie bei ihnen eine höhere Kompetenz zur Sicherung der Arbeitsplätze sehen.

Der Protest kanalisierte sich aber nicht in einer bewußten Wahl einer Rechtspartei. Diese sind nun zwar durch ein Urteil zum Wahlrecht (Heruntersetzung der 5-Prozent-

Hürde) in dem einen oder anderen Rathaus vertreten, stellen aber derzeit keine Alternative für die Wähler dar.

Nachtrag:

14 Tage später – nach der notwendig gewordenen Stichwahl – hat sich dieser Trend kaum geändert. Die Wahlbeteiligung lag mit gut 50 Prozent noch niedriger und z.B. im Dortmund-Norden bei 38 Prozent. Zwar hat sich die SPD bei dem einen oder anderen Bürgermeister wie z.B. auch in Dortmund dann doch noch durchgesetzt. Aber es scheint keine Trendwende zu geben, wie es der neue SPD-Generalsekretär, Münte fering, weismachen will.

So stellt die SPD nur noch 9 der 23 Oberbürgermeister, das ist nur noch die Hälfte gegenüber vor 5 Jahren. Die CDU konnte ihre OB-Posten von 3 auf 14 steigern. Bei den Bürgermeistern hält die SPD nur noch 69 Mandate (minus 67) und die CDU 250 (plus 32). Bei den Landräten steigerte sich die CDU auf 28 (plus 11) und die SPD stellt hier nur noch 2 (minus 12).

29.9.1999 ■

■ DER EIERTANZ DER SPD UM DIE STEUERREFORM:

»Nicht von den Reichen nehmen, um den Armen zu geben«

Bei den letzten Wahlen haben sich viele Stammwähler von der SPD abgewendet, weil sie sich als »kleine Leute« nicht mehr vertreten fühlen. Ein inhaltlicher Punkt war dabei auch die Steuerreform. Auch hierbei wurde deutlich, daß die SPD

den Umverteilungsprozeß von unten nach oben nicht stoppen wollte und konnte. Im Gegenteil: Wenn auch vordergründig so getan wird, als wenn die unteren Einkommensgruppen entlastet werden sollen, letztendlich sollen den Unternehmern weitere Vorteile verschafft werden. Damit verknüpften die SPD-Finanzexperten die Hoffnung, daß wieder mehr Arbeitsplätze geschaffen würden. Aber bislang haben sich auf dem Arbeitsmarkt noch keine erkennbaren Änderungen ergeben.

Steuerreform Stufe 1:

- ◆ Kindergelderhöhung von 230 auf 250 DM (Sozialhilfempfänger sollten zuerst davon ausgenommen werden, aber aufgrund des öffentlichen Drucks wurden sie später doch mit einbezogen), ab 1.1.2000 auf 270 DM.
- ◆ Steuereinnahmen bei geringfügiger Beschäftigung (630/520-DM-Gesetz).
- ◆ Gesetz gegen Scheinselbständigkeit (wobei der gesamte künstlerische und journalistische Bereich vergessen wurde).
- ◆ Anhebung Grundsteuerfreibetrag von 13.067 auf 14.000 DM im Jahr 2002.
- ◆ Halbierung des Freibetrages für Zinsen aus Kapitalerträgen von 12.200/6100 auf 6200/3100 DM.
- ◆ Senkung des Eingangsteuersatzes von 25 Prozent auf 23,9 und im Jahr 2000 auf 19,9 Prozent.
- ◆ Reduzierung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 48,5 Prozent (in 2 Schritten 2000 + 2002) (ab 1.1.2000 zunächst von 53 auf 51 Prozent = 15 Mrd. DM weniger Steuereinnahmen).
- ◆ Senkung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte von 47 auf 43 Prozent.
- ◆ Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne von 45 auf 40 Prozent herunter, für Kapitalgesellschaften von derzeit 40 Prozent für einbehaltene Gewinne und 30 Prozent für ausgeschüttete Gewinne ab 2001 auf einheitlich 25 Prozent.
- ◆ Einschränkung von Abschreibemöglichkeiten für rund 36 Mrd. DM.

Nachbesserungen

- Den Unternehmen reichte das nicht aus, und sie liefen gegen dieses Regierungskonzept Sturm. Führend dabei die Elektrizitätskonzerne und die Banken und Versicherungen. Und sie hatten Erfolg: Die Unternehmer erhielten gegenüber dem ersten Entwurf Verbesserungen von 6,6 Mrd. DM:
- ◆ Teilwertabschreibung bleibt erhalten.
 - ◆ Steuerliche Berücksichtigung der Wertminderung von Lagerware (Handel) (dagegen waren die Banken und Verlage Sturm gelaufen).
 - ◆ Einschränkung des Verlustrücktrags, aber mittelstandsfreundlich (der Staat nimmt deshalb in 2000 statt 843 Mio. DM nur noch 270 Mio. DM ein).
 - ◆ Freibetrag für Veräußerungsgewinne bis zu 60.000 DM.
 - ◆ Dazu: zahlreiche Änderungen im Steuerrecht, z.B. verschärfte Kontrolle der Zinsbesteuerung. (Und als kleines Zubrot fürs Volk:)
 - ◆ Abfindung: Arbeitnehmer und Soldaten bleiben bis zu 24.000 DM steuerfrei. Gegenüber dem ersten Entwurf wurde der Mittelstand besser gestellt (rund 5 Mrd. DM / Nord LB errechnet sogar 6 Mrd. DM) und soll darüber hinaus von Subventionsstreichungen weitgehend ausgenommen werden.

Die Ökosteuer

- ◆ ab 1.4.99 Erhöhung der Mineralölsteuer um 6 Pf je Liter Kraftstoff, Heizöl um 4 Pf pro Liter, Gas 0,32 Pf pro Kilowattstunde und Stromsteuer von 2 Pf pro Kilowattstunde. Ausgenommen: schweres Heizöl und Kohle.
- ◆ Unternehmen des produzierenden Gewerbes zahlen nur noch 20 Prozent, wobei keine Unterscheidung mehr nach energieintensiven Unternehmen – wie ursprünglich geplant – gemacht wird.
- ◆ Steuerbefreiung für kleine Blockheizkraftwerke (unter 700 MW), wenn sie einen Wirkungsgrad von über 70 Prozent (Nutzung der Abwärme) erreichen.
- ◆ Größere Unternehmen können sich 80 Prozent der Zahlung wiederholen, wenn ihre Stromrechnung höher als 1000 DM ist und die Energiesteuern größer sind als Einsparungen durch Senkung bei »Lohnnebenkosten«.
(Sie müssen dazu die Energiesteuererklärung bei den zuständigen Hauptzollämtern abgeben: von 270.000 gewerblichen Betrieben kämen potentiell 210.000 in den Genuß – Vorteil: bei den Zollämtern werden 500 neue Arbeitsplätze geschaffen)
- ◆ Landwirte zahlen nur 20 Prozent ohne Rückerstattungsmöglichkeit.
- ◆ Der Schienenverkehr und die Besitzer von Nachtspeicherheizungen zahlen nur 50 Prozent.

Mehr soziale Gerechtigkeit nach 16 Jahren Umverteilung von unten nach oben – mit diesem Versprechen haben SPD und Grüne die Bundestagswahl gewonnen. Schließlich ist die Besteuerung der Unternehmensgewinne von 38 Prozent zu Beginn der achtziger Jahre auf 24 Prozent (1998) zurückgeschraubt worden. Doch die Steuerreform ändert nichts an dieser Tendenz. So sind viele Hoffnungen und damit Illusionen geplatzt.

Die Steuerreform, Stufe eins

Hintergrund der Steuerreform war die notwendige Haushaltssanierung und das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nach Gleichbehandlung von Familien mit Alleinerziehenden. Im Februar des Jahres billigt die SPD-Grüne-Regierung nach stürmischem Protest der Unternehmer- und Bankenlobby den von Lafontaine vorgelegten Plan der ersten Stufe der Steuerreform für die Jahre 1999, 2000, 2002. »Damit ist sichergestellt, daß auch die weiteren Entlastungen wie geplant in Kraft treten können«, erklärte Lafontaine.

Darüber hinaus wurde die sogenannte Ökosteuer eingeführt, die natürlich nicht zur Finanzierung von ökologischen Aufgaben – die dieses System zur Genüge hinterläßt – verwendet wird, sondern einzig und allein zur Haushaltssanierung dient. Sie wurde im Vorfeld bereits nach Unternehmensprotesten mehrfach nachgebessert.

Die Einnahmen der Ökosteuer von insgesamt 11,3 Mrd. DM sollen in die Rentenkasse fließen und dadurch die »Lohnnebenkosten« um 0,8 Prozent senken. Durch weitere Erhöhungen in den nächsten Jahren sollen pro Jahr 12 Mrd. DM mehr in die Staatskassen fließen und damit die »Lohnnebenkosten« insgesamt um 2,4 Prozent sinken. Viele befürchten jedoch neben der eigentlichen Belastung der privaten Haushalte auch noch eine Erhöhung der Tarife des öffentlichen Nahverkehrs um drei Prozent.

Strucks Sommertheater: der Drei-Stufen-Spitzensteuersatz

Der Nachbesserungen noch nicht genug, entfachte der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck eine Grundsatzdiskussion über die Spitzensteuersätze. Er forderte die Einführung von drei Stufen – jeweils 15, 25 und 35 Prozent. Nicht genug, daß er damit wieder die »kleinen Leute« zur Kasse bittet und die Besserverdienenden entlastet, sondern er führt damit gleichzeitig eine Kampagne gegen die noch »sozialen« Auffassungen in der SPD. Er fordert ein Ende der sozialdemokratischen Umverteilungspolitik.

Die alte Position einer Arbeiterpartei »Von den Reichen nehmen, um den Armen zu geben« könne nicht die Politik in einer modernen Gesellschaft sein, sagte er. Trotz heftiger innerparteilicher Kritik forderte Struck erneut eine radikale Steuerreform. SPD-Finanzexperte Poß warnte dagegen, kein neues Faß aufzumachen. Das würde rund 100 Mrd. DM kosten.

Im August kündigte Eichel zum 1.1.2000 Steuern auf Kapitallebensversicherungen an. Nur noch direkte Formen der Rentenvorsorge sollen steuerfrei bleiben. Die Versicherungskonzerne laufen erneut Sturm.

Und dann noch wieder ein Bonbon für Besserverdienende: Ab 1.1.2000 wird ein Betreuungsfreibetrag für Kinder eingeführt in Höhe von 3024 DM, den aber nur Einkommen über 100.000 DM voll ausschöpfen können.

Die Unternehmer werden geschont

Klaus Schäfer, Ökonom beim Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institut bescheinigt den Unternehmen, daß sie »sehr gut weggekommen« sind. »Die Regierung hat sich von konjunkturellen Motiven leiten lassen«, sagte er. »Sonst hätte sie bei den niedrigen Einkommen viel stärker entlastet und die Unternehmen mehr zur Kasse gebeten.« (taz, 4.3.99)

Dennoch wollen die Unternehmer immer noch mehr Entlastung.

Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, sagte zur Senkung der Unternehmenssteuern: »Allein, mir fehlt der Glaube. Das Bundesverfassungsgericht hat ihnen doch gerade 22 Milliarden Mark entsorgt. Sie haben kein Geld und müssen den Stabilitätspakt für den Euro einhalten. Wenn aber die Erwartungen erst mal enttäuscht sind, werden dringend notwendige Investitionen ausbleiben.« Und »Wenn ich mir die aktuellen Lohnabschlüsse ansehe, dann befürchte ich, daß die Beschäftigung nicht zunehmen wird. Die Hoffnung der Bundesregierung, durch mehr Beschäftigung auch die Sozialsysteme entlasten zu können, ist ein Luftschloß. Das Kopplungsgeschäft Ökosteuer und niedrigere Lohnnebenkosten könnte schon bald in Gefahr geraten. Ich glaube nicht daran, daß mit der SPD in absehbarer Zeit die Sozialversicherungen durch weniger Sozialausgaben strukturell solider werden.« (taz, 3.3.99)

Die Unternehmer führen häufig auch die Konkurrenzsituation mit den ausländischen Firmen an. Aber auch das dient nur zur Panikmache und zum Druck auf die Regierung, denn der Steueranteil aller Unternehmen am gesamten Steueraufkommen in Deutschland ist seit dem Jahre 1980 von 5,5 auf 3,8 Prozent geschrumpft. Der Durchschnitt in Europa liegt bei 7,5 Prozent, der in den OECD-Staaten insgesamt sogar bei 8,2 Prozent. Während die großen Unternehmen in Deutschland nach der OECD-Statistik durchschnittlich mit acht Prozent ihres Umsatzes besteuert werden, fällt die Bela-

stung der Konzerne in Großbritannien und Japan mit 48 Prozent oder in den USA mit 24 Prozent viel größer aus.

Darüber hinaus hat »die Wirtschaft in Deutschland in hohem Maße die Möglichkeit, ihre Erträge in den Bilanzen zu verstecken«, sagte SPD-Finanzexperte Poß (FR, 19.3.99).

Die deutschen Unternehmen könnten im Unterschied zu ihren ausländischen Konkurrenten hohe stille Reserven bilden und doppelt so viel abschreiben wie z.B. US-amerikanische Unternehmen.

Die Entlastung der Wirtschaft liegt bei 57 Mrd. DM, wobei 44 Mrd. DM durch Streichung von Vergünstigungen wieder eingenommen werden sollten.

Zahlreiche Schlupflöcher, die ursprünglich gestopft werden sollten, bleiben nun vorerst erhalten. So wird die Teilwertabschreibung, bei der Unternehmen, Händler und Versicherer Wertverluste bei Lagerbeständen oder Forderungen steuerlich absetzen können, weiterhin möglich sein.

Für die Auflösung steuerfreier Rückstellungen (Elektrizitätskonzerne) werden die Unternehmen noch zehn Jahre Zeit haben. Stark eingeschränkt werden aber die sogenannten Steuersparmodelle, bei denen sich Unternehmer wie Privatleute an Projekten beteiligen, die in der Anfangsphase Verluste machen, und diese dann mit positiven Einkünften verrechnen.

Nach neueren Schätzungen und nach Aufweichungen der Bestimmungen durch die Unternehmerproteste sollen jetzt nur noch rund 30 Mrd. DM zurückfließen.

Die Unternehmer werden zwar erst einmal zur Kasse gebeten, aber mittelfristig profitieren sie insgesamt durch Steuererleichterungen und durch die Senkung der »Lohnnebenkosten«, auch wenn sich das auf die einzelnen Unternehmen unterschiedlich auswirken kann (die mittelständischen Firmen haben am besten dabei abgeschnitten). Erklärtes Ziel der Koalition für diese Wahlperiode war ja, die Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent zu senken. Den ohnehin schon Benachteiligten wird die größte Last aufgebürdet.

Insgesamt soll diese Steuerreform eine Nettoentlastung der Bürger ab 2002 um rund 15,3 Mrd. DM bringen, nachdem bereits im März eine Entlastung von 19,8 Mrd. DM (andere

Einschätzungen gehen von 20,5 Mrd. DM aus) geschätzt wurde. Danach soll eine Familie mit 2 Kindern ab 2002 Einsparungen bis zu 2700 DM (für die Besserverdienenden) erhalten.

Die Regierung zieht vor allem Rentner, Zivildienstleistende, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose heran, um das milliardentief Defizit im Bundesetat auszugleichen. Das sind die eigentlichen Verlierer dieser Steuerreform.

Hier lassen jetzt auch die Grünen die letzten Hüllen fallen: Das Versprechen der Partei an Studenten und Sozialhilfeempfänger, ihnen einen Sozialausgleich zu gewähren, da sie im Unterschied zu Beschäftigten nicht von den mit der sogenannten ökologischen Steuerreform verbundenen sinkenden Sozialbeiträgen profitieren, war offenbar wieder einmal ein typischer Fall von Wählerverlängerung. Inzwischen meint man in der Bundestagsfraktion der Partei, einen solchen Ausgleich nicht einmal mehr einfordern zu können, »da er angesichts des Sparprogramms nicht zu vermitteln und mit der SPD nicht durchsetzbar wäre.« (Junge Welt, 24.8.99)

Insgesamt sind die mit der zweiten Stufe der Reform entstehenden Belastungen nach Auffassung der Grünen auch für Sozialhilfeempfänger und Studenten verkräftbar, da für diese Gruppen der Benzinpreis ja »nicht so das Thema« sei. Hier spricht die Arroganz der Macht und der Besserverdienenden.

Viefach wurde dann auch von Verbesserungen geredet, so z.B. die Erhöhung des Wohngeldes. Aber die geringen Wohngelderhöhungen überhaupt mit in diese Debatte einzubringen, hält Grüger von den »Studenten in der GEW« geradezu für absurd. Sie stelle in keiner Weise einen nennenswerten Gegenposten zu den durch die Ökosteuer entstehenden Belastungen dar. Einerseits erhielten weder BAföG- noch Sozialhilfeempfänger Wohngeld, andererseits werde die Zuteilung von Wohngeld so restriktiv gehandhabt, daß ohnehin nur noch ganz wenige Studenten Wohngeld erhalten.

So werden die Lasten wieder einmal den ohnehin schon Benachteiligten dieser Gesellschaft aufgebürdet, während die Kernwählerschaft der SPD-Grünen (Facharbeiter und Besserverdienende) erst einmal verschont bleibt. 20.10.99 ■

■ ÜBER WALSERS FRIEDENSPreis-REDE UND AUSSENMINISTER FISCHERS VERSTÄNDNIS VON »NIE WIEDER AUSCHWITZ«

Die Endsorgung der deutschen Vergangenheit

»Vor der Wende war die Mauer und mit ihr die Erinnerung an Auschwitz mitten in Deutschland präsent. Man mußte sie gar nicht sehen, um zu wissen, daß da ein Preis zu bezahlen war für den Zivilisationsbruch, den Hitler-Krieg und die industrielle Judenvernichtung in Europa. Seit die Mauer gefallen ist, wird auch im Umgang mit der Geschichte abgetan, was einmal präsent war.« (Moshe Zuckermann, israelischer Historiker in der Weltwoche 50/98)

Martin Walsers Rede anlässlich der Überreichung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1998 wie auch Außenminister Fischers Begründung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien mit dem Argument »Nie wieder Auschwitz« sind – man muß es so deutlich sagen – Meilensteine der »Vergangenheitsbewältigung« des wiedervereinigten Deutschlands:

Ein kurzer Rückblick: Martin Walser bekannte in seiner Friedenspreis-Rede: »Wenn mir aber jeden Tag in den

Medien diese Vergangenheit (gemeint ist Auschwitz) vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsenz unserer Schande wehrt. Anstatt dankbar zu sein ... fange ich an wegzuschauen. Wenn ich merke, daß sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuklopfen und bin fast froh, wenn ich glaube entdecken zu können, daß öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessen dürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken.« Die anwesenden Repräsentanten von Staat und Gesellschaft applaudierten ihm stehend. Zwei Zuhörer erhoben sich demonstrativ nicht von ihren Plätzen: Ignaz Bubis, der Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland, sowie dessen Frau.

Walsers Aussage, Auschwitz werde als »Moralkeule« verwendet, und seine Warnung vor einer »Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken« folgte ein

wochenlanger Schlagabtausch, der weitgehend auf der Ebene persönlicher Vorwürfe bzw. Rechtfertigungen geführt wurde: (Bubis gegen Walser: »latenter Antisemitismus«, »geistige Brandstiftung!«) ./ (Walsers Entgegnung: In der Rede sei ausgesprochen worden, »was jeder bisher immer gedacht oder gefühlt hat«). Die Riege der Politiker, die sich üblicherweise bei Gedenkreten zum Thema Faschismus in ihren Betroffenheitsgesten gegenseitig überbieten, und auch die Politiker der 68er-Generation, die für sich in Anspruch nehmen, diese Gesellschaft gründlich zivilisiert zu haben, hielten sich auffällig zurück. Diejenigen, die für Walser Position bezogen, taten dies mit eindeutigen Worten: Klaus von Dohnanyi bescheinigte Ignaz Bubis »ein hohes Maß an Intoleranz« und stellte in den Raum: »Allerdings müßten sich auch die jüdischen Bürger in Deutschland fragen, ob sie sich so sehr viel tapferer als die meisten anderen Deutschen verhalten hätten, wenn nach 1933« nur »die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären«.

Dazu noch einmal Moshe Zuckermann: »Die Diskussion darüber fand auf der Ebene von Alt-Herrengesprächen statt, der Generation der Täter und Opfer, die hinter dem Rücken ihrer Söhne und Töchter noch ein letztes Mal Signale aussenden wollen, um den zukünftigen Diskurs, von dem sie dann ausgeschlossen sein werden, zu beeinflussen.« (Freitag 32/99)

Die Umdeutung des Symbols Auschwitz

Keine sechs Monate nach der Walser-Rede diente der Holocaust der »Generation der Söhne und Töchter« als zentraler Rechtfertigungsgrund für den ersten Kampfeinsatz deutscher Truppen seit dem Zweiten Weltkrieg. Verteidigungsminister Scharping rechtfertigte die NATO-Bomben mit dem Verweis, es bestünden Hinweise auf Konzentrationslager, die von serbischer Seite eingerichtet würden. Außenminister Fischer erklärte am 7. April in der Bundespressekonferenz: »Ich habe nicht nur »nie wieder Krieg« gelernt, sondern auch »nie wieder Auschwitz«. Ich gehöre zu der Generation, die die Eltern gefragt hat, warum. Warum habt ihr es zugelassen? Ich bin kein Pazifist geworden, weil ich mit vielleicht 16 den Bericht eines Überlebenden der zionistischen Jugend aus dem Warschauer Ghetto gelesen habe. Die haben gekämpft, obwohl sie keine Chance hatten gegen die Nazis. Aber sie haben gekämpft. Sie haben für Werte gekämpft – und um diese Werte geht es heute wieder.«

Fischers Argumentation knüpft keineswegs nahtlos an Walser an. Niemand könnte dies besser beurteilen als der Walser-Preisredner und »FAZ«-Mitherausgeber Frank Schirrmacher, der in der »FAZ« schrieb: »Es wäre einem sehr viel wohler zumute, wenn Deutschland aus moralischen Gründen an einem Einsatz teilnähme, ohne mit ihm zugleich auch wieder Hitler besiegen zu wollen. Milosevic ist nicht Hitler. Und der Kosovo ist nicht Auschwitz.« Unwohl wird dem »FAZ«-Herausgeber nicht wegen Fischers dreisten und zugleich beschämenden Auschwitz-Vergleichs, sondern aufgrund der Überlegung, daß ein souveräner Staat – was Deutschland ja sein wolle – seine Außenpolitik aus freien Stücken betreibt, somit nicht mit Auschwitz rechtfertigen müsse.

Auschwitz als Ort der Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung ganz Europas ist ein Kernelement des deutschen Faschismus, für den die Nazis die Umschreibung verwendeten: »Endlösung der Judenfrage«. Auschwitz ist heute

aber auch das zentrale Symbol der deutschen Vergangenheitsbewältigung und wird es sicherlich noch lange bleiben. Wieweit sich der historische Ort Auschwitz von dem Symbol Auschwitz entfernt hat, wird schon daran deutlich, daß der Begriff »Auschwitz« meist mit Scham oder Schande in Verbindung gebracht wird, selten mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, in die Auschwitz eingebettet war: Dem deutschen Faschismus. Daß sich die Frage der Instrumentalisierung des Symbols Auschwitz in der Tat stellt – aber anders als Walser dies tut – beweist schon die Umdeutung dieses Symbols zur Begründung eines Angriffskrieges. Dies gilt umso mehr, als das Setzen auf die »Auschwitz-Karte« nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung – allen voran den Überlebenden der KZs – auf Protest stieß. Umgekehrt aber gelang es Joseph Fischer, etliche zweifelnde Sozialdemokraten und Grünen mit seiner Argumentation von der Notwendigkeit und Sittlichkeit des Kosovo-Krieges zu überzeugen. Ist diese Umdeutung einmal erfolgreich vollzogen worden – und davon muß man wohl ausgehen – kann die deutsche Außenpolitik bei ihrem nächsten Angriffskrieg auf den Bezug zu Auschwitz verzichten.

Verglichen mit Fischers »Auschwitz-Lüge«, die in der Öffentlichkeit kaum kontrovers diskutiert wurde, von der aber viel in den Köpfen der Bevölkerung hängen blieb, wurde über Walsers Rede in den Feuilletons hitzig gestritten. Aber selbst aufmerksame Beobachter taten sich schwer, sich ein Urteil zu bilden. Die Frage, was richtig oder falsch an Walsers Rede ist, ist zunächst einmal von untergeordneter Bedeutung. Wichtiger ist, daß in dieser Debatte deutlich wurde, wie die Rituale der bundesdeutschen »Vergangenheitsbewältigung« aussehen.

Walsers Hinweis, gesagt zu haben, »was jeder bisher immer gedacht oder gefühlt hat«, ist sicherlich ein sehr zweifelhaftes Qualitätsurteil. Immerhin spricht er aber einen Punkt an, der gern unter den Teppich gekehrt wird, der aber jedem Antifaschisten zu denken geben muß: Die ritualisierte Rhetorik des Erinnerns an Auschwitz, die gebetsmühlentartige Wiederholung des immergleichen Jargons während der verordneten Gedenktage und Feierstunden stößt breite Teile der Bevölkerung – quer durch alle Altersschichten – ab. Je feierlicher an Auschwitz erinnert wird, desto weiter entrückt damit der Holocaust dem Alltag. Schlimmer noch, je weiter sich das Ritual des Gedenkens von einer Klärung der gesellschaftlichen Hintergründe des Faschismus entfernt, desto mehr wird einer Stimmung in der Bevölkerung Vorschub geleistet, die Ignaz Bubis in die Worte faßt: »Die Juden machen aus allem Geld, sogar aus dem schlechten Gewissen der Deutschen.«

Der Jargon der deutschen Vergangenheitsbewältigung gleicht einer Wanderung auf einem schmalen Grat. Die Gefahr mit selbst gewählten Worten etwas »Unpassendes« zu sagen und gleichsam politisch abzustürzen, ist groß. Dies mag einer der Gründe dafür sein, daß in Gedenkstunden die immer gleichen Worte gewählt werden. Diejenigen, die von diesem Jargon auch nur einen Jota abweichen, gehen das Risiko ein, einen »Tabubruch« zu begehen. So erging es z.B. dem ehemaligen Bundestagsvizepräsident Philip Jenninger, der von seinem Posten zurücktreten mußte, nachdem er 1988 in einer Festrede zum 50. Jahrestag der »Kristallnacht« darauf hinwies, daß der Faschismus von einem großen Teil der Bevölkerung als »Faszinosum« (d.h. als etwas Faszinierendes) empfunden worden sei. Walsers Rede wurde insbeson-

Auschwitz-Überlebende verurteilen Äußerungen der Bundesregierung zur Gleichsetzung von Auschwitz und Kosovo

Die Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano, Kurt Goldstein und der VVN-BdA-Bundessprecher Peter Gingold, der auch Mitglied des Auschwitz-Komitees ist, haben sich gemeinsam mit weiteren jüdischen Überlebenden und Hinterbliebenen des Holocaust gegen Stimmen gewandt, zugunsten des Auftrages »Nie wieder Auschwitz« dürfe auf das Postulat »Nie wieder Krieg« verzichtet werden. Die Unterzeichner, die zahlreiche Familienmitglieder in Auschwitz verloren, wiesen diesbezügliche Äußerungen von Außenminister Joseph Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping zurück. Sie schrieben folgenden Brief an die Minister:

Sehr geehrter Herr Außenminister!

Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister!

Der Verteidigungsminister hatte bereits vor der völkerrechtswidrigen Aggression der NATO gegen Jugoslawien, an der die Bundeswehr in verfassungswidriger Weise teilnimmt, bei einem Bundeswehrbesuch in Auschwitz gesagt: Um ein neues Auschwitz zu verhindern, ›ist die Bundeswehr in Bosnien‹, und daß sie darum ›wohl auch in das Kosovo gehen‹ wird. In Erklärungsnot geraten, berief sich auch der Außenminister auf die neue Art der Auschwitzlüge, um den verhängnisvollen Verstoß gegen die gerade auf Grund der Lehren von faschistischem Krieg und Holocaust geschaffene UNO-Charta zu begründen.

Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti

und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens.

Diese Ihre Vorgehensweise soll offenbar einen schwerwiegenden und nicht entschuldbaren Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen rechtfertigen. Die gegen Deutschland und Japan siegreichen Völker haben sich diese Charta 1945 gegeben, um ›künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat – das bekanntlich von deutschem Boden ausging. Sie beschlossen, die ›Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die Internationale Sicherheit zu wahren.‹

Weltfrieden und internationale Sicherheit werden jetzt gefährdet, indem gegen ein Gründungsmitglied der UNO Krieg geführt wird, Krieg von deutschem Boden aus, Krieg gegen ein Land, das größte Opfer im Kampf gegen Hitler erbrachte und Unschätzbare zur Befreiung Europas vom Faschismus leistete. Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen ist infam. Das Vorgehen der jugoslawischen Führung gegen albanische Minderheiten verstößt gegen die Menschenrechte. Wir verurteilen es. Wir verurteilen es, wie wir das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Kurden verurteilen und das Vorgehen der israelischen Führung gegen die Palästinenser verurteilt haben. Stets haben wir gefordert – und wir tun es auch jetzt –, daß dagegen mit den Mitteln vorgegangen wird, die der UNO zu Gebote stehen. Wer die antifaschistische, den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO nicht nutzt, sondern die UNO ausschaltet und schwächt, der hat jedes Recht verloren,

dere von den Politikern in Regierungsverantwortung als gemäßiger Tabubruch begrüßt. Gerhard Schröders Stellungnahme zur Walser-Rede lautete denn auch: »Es gab in seiner Rede überspitzte Formulierungen. Ein Dichter darf so etwas. Ich dürfte das nicht.«

Kollektivschuld und Betroffenheitsrituale

Schon seit Jahrzehnten führt die Diskussion über den Holocaust immer weiter weg von einer Diskussion über die Ursachen des Faschismus und in welcher Form im Nachkriegsdeutschland Vergangenheitsbewältigung stattfand. Die Erklärung des Genozids als Einbruch des Irrationalen in den eigentlich normalen Entwicklungsgang der bürgerlichen Gesellschaft macht es möglich, den Holocaust auf den feierlichen Sockel von Festreden zu heben – und zugleich aus dem Alltagsleben auszugrenzen. Auch die Formulierung, Auschwitz sei ein »Zivilisationsbruch« gewesen, verkommt – hundertfach wiederholt – zur Leerformel, unter der jeder das verstehen kann, was er verstehen will. Auschwitz steht mittlerweile als zentrale Metapher für »das Böse« in unserer Zeit. Der Begriff wird bis zur Unkenntlichkeit umgedeutet: Die Stasi-Bespitzelung richtete nach Einschätzung des Literaten Jürgen Fuchs in den Köpfen der DDR-Bevölkerung ein »Auschwitz in den Seelen« an. Abtreibung ist laut Kardinal Dyba ein Holocaust usw.

Die existierenden Rituale der Vergangenheitsbewältigung sind untrennbar mit der Art und Weise der Niederlage des deutschen Faschismus verknüpft: Anders als nach der Niederlage des Ersten Weltkrieges trauten die Westalliierten es der herrschenden Klasse in Deutschland nicht zu, aus eigener Kraft die bürgerliche Ordnung wiederherzustellen. Und anders als im Ersten Weltkrieg blieb das politische Herrschaftssystem bis zur vollständigen militärischen Niederlage weitgehend stabil. Es gab im Lande keine Arbeiter und Soldaten, die den Herrschenden in den Rücken fielen und sie zum Frieden zwangen. Den Nazis war es gelungen, die Organisationen der Arbeiterbewegung durch den Einsatz von Terror handlungsunfähig zu machen und jegliche politische Organisation der Arbeiterschaft außerhalb von NS-Organisationen zu unterbinden. Daß die Naziparole »Siegen oder Untergehen« einen für den heutigen Betrachter erstaunlichen Rückhalt in der Bevölkerung fand und vielerorts von der Roten Armee Haus um Haus erobert werden mußte, erklärt sich auch damit, daß es ein breites Wissen (zumindest aber eine »fundierte Ahnung«) gab über die Greuelthaten der Einsatztruppen an der Ostfront sowie die Behandlung der Fremdarbeiter, bei vielen auch eine Ahnung über die Hintergründe der Deportation der jüdischen Bevölkerung. Folglich hatten insbesondere die Bewohner in den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches eine ungeheure Angst vor der Rache der Sieger.

sich auf antifaschistische Postulate wie »Nie wieder Auschwitz« zu beziehen, zumal er damit zugleich das Recht zum Krieg begründet. Die Folgen eines solchen Handelns werden ein Wiedererwachen der Kräfte sein, die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schienen.

Sehr geehrte Herren Minister!

Wir fragen Sie angesichts Ihrer Verlautbarungen und politischen Praxis: Soll vergessen sein, daß in diesem Jahrhundert zweimal über Serbien von deutschem Boden aus Vernichtung und Verwüstung hinweggingen? Soll vergessen sein das Massaker an einer Million Serben, begangen von deutschen Nazis im Zweiten Weltkrieg und ihren in- und ausländischen willigen Vollstreckern?

Nach den Juden hatten die Slawen in Serbien – gemessen an ihrer Gesamtbevölkerung – die meisten Opfer zu beklagen. Soll vergessen sein, daß die Zerschlagung Serbiens von 1914 bis 1918 jenem Heeresgruppenbefehlshaber und Totenkopfhäuptling August von Mackensen übertragen war, der 1915 und dann immer wieder das »rücksichtslose Vorgehen« gegen die serbische Bevölkerung befahl und der dann Hitler bis zuletzt als Propagandist half – bis zum Aufruf zum Opfertod der Jugendlichen als Volkssturm – und nach dem die Bundeswehr noch immer eine Kaserne in Hildesheim benennt?

Soll vergessen sein, daß nicht nur kaiserliches Heer, Reichswehr und Wehrmacht erprobte Serbenschlächter in ihren Reihen hatten, sondern auch die Bundeswehr? Wir verweisen auf Wehrmachtsoberst Karl-Wilhelm Thilo, der in der Bundeswehr Generalmajor und Kommandeur der 1. Gebirgsdivision – jener Division, die nun wieder auf dem Balkan die deutsche Fahne vertritt – sowie stellvertretender Heeresinspekteur wurde. Er unterzeichnete Massenmordbefehle gegen Jugoslawen, und er schrieb mit an Büchern, die in der Bundeswehr kursierten, um den Völkermord zu preisen, so

H. Lanz (Hg.), *Gebirgsjäger – Die 1. Gebirgsjäger-Division 1935/1945.*

Soll vergessen sein, daß der Krieg der Bundeswehr gegen Serbien eindeutig gegen das Völkerrecht verstößt, nicht nur gegen die UNO-Charta, sondern auch den NATO-Vertrag, die Schlußakte von Helsinki, gegen das Grundgesetz und den Zwei-Plus-Vier-Vertrag? Deutschland hat sich immer wieder zur Einhaltung der UN-Charta verpflichtet und sie nun mit dem Angriff auf Jugoslawien mit Füßen getreten. Die Bundeswehr verstieß gegen die Befehle aus dem politischen Raum. »Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Verbot der Führung eines Angriffskrieges bekräftigt« (Aus dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990. Zitiert nach »Weißbuch 1994« der Bundeswehr.)

Soll vergessen sein, daß Jugoslawien mit dem Krieg zur Unterzeichnung eines Vertrages gezwungen werden soll, der nur mit dem Münchner Diktat von 1938 verglichen werden kann, mit dem die CSR zerstört wurde, wie heute Jugoslawien zerstört werden soll? »Ein Vertrag ist wichtig, wenn sein Abschluß durch Androhung oder Anwendung von Gewalt unter Verletzung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze des Völkerrechts herbeigeführt wurde.« So heißt es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, Artikel 52.

Wir fordern entschieden: Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien und als Sofortmaßnahme: Einstellung der Bombardements. Verhandeln statt schießen. Wir fordern die Wiederherstellung der UNO-Charta und Stärkung der UNO. Dies als Beitrag zur Verwirklichung und Verteidigung der antifaschistischen Errungenschaften der Völker.

*Hochachtungsvoll Esther Bejarano, Hamburg;
Peter Gingold, Frankfurt/M; Kurt Goldstein, Berlin;
Walter Bloch, Düsseldorf; Henny Dreifuß, Düsseldorf;
Günter Hänsel, Neuss; Werner Stertzenbach, Düsseldorf*

Die Formel von der »Kollektivschuld des deutschen Volkes« ist historisch betrachtet der erste Versuch, einen Schlußstrich unter den Faschismus zu ziehen. Sie ersparte es den Siegern wie Besiegten gleichermaßen, die Frage nach den Ursachen des Faschismus zu stellen. Sie ersparte es den Westalliierten, in Erinnerung zu rufen, daß das amerikanische, englische und französische Kapital den Faschismus lange Zeit als Bollwerk gegen die Sowjetunion betrachtete. Sie ermöglichte es der Sowjetunion, Reparationen von einem neutralen und entmilitarisiertem Deutschland zu fordern, und die Formel eignete sich dazu, jeden sozialen Widerstand gegen eine Neuordnung – sollte es ihn denn geben – im Keim zu ersticken.

Im Nachkriegsdeutschland der 40er Jahre wurde die Restauration der Besitzverhältnisse eingebettet in und begünstigt durch den aufbrechenden Ost-West-Gegensatz. Der westliche Block stand von nun an unter der unbestrittenen Vorherrschaft der USA, und die westdeutschen Politiker wußten um die Möglichkeit, mit dem Pfund zu wuchern, daß die Blockgrenze mitten durch das Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches verlief. Deutschland wurde langfristig als Bündnispartner gebraucht. Der Ost-West-Konflikt überlagerte von nun an auch die »Aufarbeitung der Vergangenheit«. Während der restaurativen Adenauer-Ära wurde Westdeutschland als demokratische Bastion gegen den Kom-

munismus in die Völkergemeinschaft (Westblock) integriert. Um einen funktionierenden bürgerlichen Staat möglichst schnell wieder herzustellen, griff man in allen Bereichen auf die bewährten alten NS-Eliten zurück, in der Wirtschaft ebenso wie in der Justiz, der Medizin, der Verwaltung, der Polizei, dem Militär und in der Politik. Die Kollektivschuldthese mit ihrer Konsequenz; »Wenn alle schuldig sind, ist es letztlich keiner«, begünstigte somit auch den Rückgriff auf die NS-Eliten.

Die Kollektivschuldthese ersparte es vor allen Dingen, den Faschismus als Antwort auf die Verwertungskrise des deutschen Kapitals und als Ergebnis von Klassenauseinandersetzungen am Ende der Weimarer Republik zu begreifen. So konnte auch unterschlagen werden, daß keineswegs alle Deutschen mit fliegenden Fahnen zu den Nazis überliefen, sondern Zehntausende SA-Leute aufgeboden werden mußten, um die Arbeiterviertel der Industriestädte Haus für Haus zu »säubern« und diejenigen Menschen, die zu politischen Kernen eines Widerstandes zählten oder hätten werden können, in Konzentrationslager einzusperren, sofern sie nicht rechtzeitig emigrierten.

Erst nachdem die Restauration Westdeutschlands abgeschlossen war, war auch die Kollektivschuldthese hinfällig. Der Begriff »Kollektivschuld« widersprach zunehmend dem wiedererstarkenden deutschen Selbstbewußtsein, wurde

deshalb von der Mehrheit der Politiker abgelehnt, und statt dessen durch den Begriff »Kollektivscham« ersetzt. Dieser Schritt ist untrennbar verbunden mit der »Wiedergutmachung« gegenüber dem Staat Israel. Für die internationale Reputation der deutschen Politik und Wirtschaft hatte und hat das Leumundszeugnis israelischer Politiker besondere Bedeutung. Im Kern wurde die Aussöhnung mit dem Staat Israel in gleicher Weise ritualisiert wie die »Bewältigung der deutschen Vergangenheit«.

In welchem Zusammenhang stehen Faschismus und Holocaust?

Die ökonomischen, sozialen und politischen Ursachen des Faschismus zu benennen, sind eine notwendige, aber nicht hinreichende Erklärung des Holocaust. Notwendig, weil der Holocaust ohne Faschismus nicht möglich gewesen wäre. Nicht hinreichend, weil sich die Vernichtung der Juden aus ökonomischen oder politischen Zwängen des Faschismus nicht geradlinig ableiten läßt. Der Holocaust bleibt im Kern irrational, er ist nicht unmittelbar aus einer Logik oder ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen ableitbar.

Die Suche nach einer rationalen (im Sinne einer logisch schlüssigen) Begründungskette für den Holocaust führt in die Irre. In kapitalistischen Gesellschaften werden politische Entscheidungen eben nicht rational (»vernünftig«) getroffen, sondern sind Ergebnis eines Vermittlungsprozesses, in dessen Mittelpunkt die gegenwärtige und zukünftige Stabilität der Gesellschaft liegt. Die Frage lautet also, inwieweit das faschistische Herrschaftssystem politisch stabilisiert wurde, indem man zunächst die Juden zu Feinden erklärte, ihnen dann in der Vorkriegszeit ihre Würde und ihr Eigentum raubte und sie schließlich nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion im industriellen Maßstab ermordete. Nur so betrachtet läßt sich die Dynamik erahnen, die von der Parole »*Deutsche kauft nicht bei Juden*«, zum Holocaust führte – und zu dem Schweigen von Millionen Mitwissern. In der Nazi-Ideologie bildete die jüdische Bevölkerung den »Sündenbock«, der den Klassenauseinandersetzungen am Ende der Weimarer Republik eine andere Stoßrichtung bot als die Auseinandersetzung mit dem Kapital. Görings Äußerung: »*Wer Jude ist, bestimme ich*«, belegt im übrigen, daß sich die Nazi-Führung dieser ideologischen Bedeutung des Antisemitismus durchaus bewußt war. An der sogenannten »Arisierung der deutschen Wirtschaft«, die nach der Machtergreifung folgte, bereicherten sich nicht nur die Banken und Bonzen, sondern Hunderttausende, wenn nicht Millionen Parteigänger der NSDAP. Auch dies stabilisierte wiederum die NS-Gesellschaft und verdeutlicht, wie sehr sich der Antisemitismus bereits in der Vorkriegszeit radikalisierte. Der Holocaust schließlich ist nicht trennbar von dem Verlauf des Zweiten Weltkrieges. In der zugespitzten Situation des Krieges im Osten (vermutlich auch die militärische Niederlage des Faschismus ahnend) radikalisierte sich die antisemitische Ideologie in den Köpfen der NS-Führung bis hin zu der Einschätzung: »*Die Juden sind keine Menschen.*« Der Holocaust war eingebunden in den Krieg gegen die SU, dessen Brutalität mit den Kampfhandlungen an anderen Frontabschnitten nicht vergleichbar ist. Sowenig der Verlauf dieses Krieges planbar war, sowenig war es die Durchführung des Holocaust. Wenn es überhaupt einen Ansatz eines »Verstehens« der Tatsache gibt, daß der deutsche Faschismus den Holocaust hervorbrachte, dann besteht er in dem Verständnis

der Radikalisierung der antisemitischen Ideologie im Verlauf des Faschismus. Vieles spricht dafür, daß eben diese Radikalisierung die deutsche Gesellschaft angesichts einer absehbaren militärischen Niederlage stabilisierte.

Auch wenn die Vernichtungslager Orte waren, in dem jegliches gesellschaftliche Handeln ausgeschaltet war, Orte, die sich allen Worten und Begriffen entziehen, und wenn der Holocaust letztlich unfassbar bleibt, die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen der Holocaust möglich war, haben einen Namen. Dieser Name lautet: Der deutsche Faschismus. Daß heute über diesen Zusammenhang kaum mehr öffentlich gesprochen wird und statt dessen die Diskussion über den Holocaust ins Metaphysische abgeleitet, hat mindestens zwei Ursachen. Die erste wurde bereits benannt: Nach dem aufbrechenden Ost-West-Konflikt wurden die alten Eliten wieder gebraucht. Die zweite Ursache ist jedoch wichtiger: Es gab im Nachkriegsdeutschland keine politische Kraft, die nach dem Faschismus die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen hätte. Dann hätte nämlich schon die Befreiung vom Faschismus anders ausgesehen. Es gab nicht einmal eine politische Bewegung, die hätte einfordern können, den Faschismus als Ergebnis einer Klassenauseinandersetzung zu begreifen.

Walters Hinweis, jede Bezugnahme auf Auschwitz in den öffentlichen Gedenkreden sei instrumentell, ist im Kern richtig. Mit dieser Art des öffentlichen Gedenkens an den Holocaust haben die Repräsentanten Nachkriegsdeutschlands eine Form gefunden, in der Dinge nicht beim Namen genannt werden können, die nicht beim Namen genannt werden sollen/dürfen. Damit läßt sich – um es noch einmal zu wiederholen – trefflich unterschlagen, daß der Holocaust in einen geographischen Ort sowie in bestimmte Klassenverhältnisse einer Epoche eingebettet war. Walters Schlußfolgerung, aus der Erkenntnis der Instrumentalisierung von Auschwitz (an der er sich, nebenbei erwähnt, jahrzehntelang beteiligte) nämlich wegzuschauen, entspricht offensichtlich exakt der Stimmungslage der Repräsentanten von Staat und Gesellschaft, die ihm nach seiner Rede stehend applaudierten.

Der Fall der Mauer wischt endgültig die Spuren, die der deutsche Faschismus auf der weltpolitischen Landkarte hinterließ, aus. Der Verlierer des Zweiten Weltkrieges wechselte auf die Siegerseite. Unsere Herrschenden wissen, daß Deutschland erst dann ein »normaler Staat« ist, wenn über Normalität nicht mehr gesprochen zu werden braucht. Sie wissen auch, daß nationale Souveränität bedeutet, Außenpolitik ohne den ständigen Rückgriff auf »Lehren aus der Geschichte« zu betreiben. Walser und Fischer leisteten für diese Entwicklung entscheidende Beiträge.

Nachsatz:

Zugleich ermöglichte es der Fall der Mauer den heute noch lebenden Opfern des Faschismus, sich insbesondere in den USA in einem Maße Gehör zu verschaffen, wie es zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes undenkbar war. Gerade weil Deutschland den Frontstaat-Bonus verlor, gerade weil für deutsche Unternehmen der Weltmarkt wichtiger ist denn je, gerade weil Deutschland ein »normaler Staat« werden will, ist die jahrzehntelange Linie vieler Industriekonzerne, Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiter strikt abzulehnen, langfristig nicht mehr durchzuhalten. Wann es jedoch eine endgültige Regelung geben wird und wie beschämend diese Regelung dann aussieht, bleibt abzuwarten.

Zu den Hintergründen dieser Auseinandersetzung siehe ARPO 2/99 ■

Überlebenskampf im Zastava-Werk, Kragujevac

**Dialog von unten
statt Bomben von oben!**
Gewerkschafterinnen und
Gewerkschafter gegen den Krieg

Zwei Kollegen aus der Initiative »Dialog von unten – statt Bomben von oben. GewerkschafterInnen gegen den Krieg« sind Ende September ein zweites Mal nach Kragujevac gefahren, um im zerstörten Zastava-Automobilwerk einen weiteren Spendenbetrag aus der Sammlung der Initiative zu übergeben. Den folgenden gab ein Kollege danach vor Kolleginnen und Kollegen der IG Medien:

Die größte Angst der Menschen, so hörten wir immer wieder, ist die Angst vor dem Winter, der hier in Kragujevac drei Monate dauert bei Temperaturen bis zu 20 Minusgrad. Durch das Kraftwerk des Zastava-Betriebes wurden 15.000 Wohnungen, alle Schulen und Krankenhäuser beheizt. Es besteht wenig Hoffnung, bis zum Winter das zerstörte Heizkraftwerk wieder herzustellen. Deshalb legen die Kollegen auf dem Werksgelände Holz- und Kohlevorräte an. Sie sagten uns, sie hätten aus Bosnien gelernt, wie sie Wohnungen, die bisher ferngeheizt wurden, mit Öfen versehen könnten. Aus diesem Grund haben sie unsere erste Spende von 10.000 DM noch nicht ausgegeben und sie wollen sie mit den 20.000 DM, die wir ihnen jetzt überbracht haben, für diese Herausforderung aufbewahren. Von der Regierung ist ihnen Hilfe zugesagt worden. Bis jetzt haben sie aber noch nichts bekommen. Um die Regierung zum Einlösen ihrer Versprechungen zu veranlassen, haben sie mit einer Demonstration gedroht.

Die Arbeitslosigkeit in Kragujevac beträgt 60 Prozent, das Durchschnittsalter bei Zastava betrug 43 Jahre, das bedeutet 25 Jahre Betriebszugehörigkeit, es wurde noch kein Kollege entlassen, obwohl die Unterstützung, die das Werk ihnen zahlen kann, kaum zum Leben reicht. Das jährliche Durchschnittseinkommen in Jugoslawien ist von von 3500 \$ auf 1000 \$ gesunken. Am schlimmsten ist die Situation für Jugendliche, denen zur Zeit keine Perspektive geboten werden kann, steigende Kriminalität und Drogenkonsum sind auch hier die Folgen. Der Betrieb würde gern alte Kollegen in den vorgezogenen Ruhestand versetzen, aber der Staat hat kein Geld, um die Renten zu bezahlen. Es wird diskutiert, andere Produkte herzustellen, aber generell ist der Betrieb zu sehr auf Autoproduktion spezialisiert, als daß das eine Perspektive sein könnte.

Als wir jetzt das Werk wiedersahen, waren erstaunliche Veränderungen vorgegangen. Obwohl es in Strömen goß, waren an die 2000 Menschen im Werk, die meisten räumten Trümmerschutt beiseite, 100 Lastwagen-Ladungen waren bereits fortgeschafft. Alle Teile, die noch brauchbar waren, wurden herausortiert. In einer Halle, die nicht vollständig zerstört und die notdürftig abgedeckt war, liefen bereits Drehbänke, die man aus den Trümmern geborgen hatte und wieder instand setzen konnte. Unter anderem werden hier Werkzeuge für Skoda hergestellt, aber auch Teile für die eigene Autoproduktion. Aus den Trümmern haben die Kollegen brauchbare Teile geborgen, aus denen sie etwa 1200 Autos komplettieren können, u.a. auch aus Restbeständen. In einem Durchgang, von Plastikbahnen vor Regen geschützt, saßen Kollegen an primitiven Holztischen vor ihren Computern: die »Verwaltung«. Sie stellen die Verbindung her zu den 40 Zweigstellen von Zastava, um herauszufinden, was wo noch übriggeblieben ist, um daraus etwas Brauchbares zu machen, z.B: Reifen in Krusevac, Motoren in Rakovic bei Belgrad, das Werk hat für Fiat gearbeitet. Das »Kapital« von

Zastava sind 4500 hochspezialisierte Facharbeiter, die dazu beitrugen, daß die Produkte von Zastava von guter Qualität waren und Ansehen genossen. Die zur Zeit 2000 Beschäftigten werden alle vier Wochen ausgewechselt, damit auch die anderen Kollegen in die Lage versetzt werden, etwas zu verdienen.

Im Augenblick arbeitet man fieberhaft daran, die Dächer der Hallen soweit wie möglich notdürftig zu decken, damit Maschinen, die eventuell noch zu gebrauchen sind, nicht vom Regen zerstört werden. Man hofft, aus je vier zerstörten Maschinen eine funktionsfähige zusammen zu bauen. Bei dem Dauerregen kann in den meisten Hallen kein Strom eingeschaltet werden, weil es Kurzschlüsse geben würde. Die Lastwagenfabrik, in der Kapital der italienischen Firma IVECO steckt, ist nur zum Teil zerstört und am schnellsten wieder einzurichten. An der Bombardierung nahmen auch italienische Flugzeuge teil, 200 Maschinen wurden zerstört, die Halle bekommt gerade ein neues Dach. Vor der Bombardierung arbeiteten in diesem Bereich 2500 Beschäftigte, die 10.000 Lkw pro Jahr herstellten, zwei Typen von 3t und 5,5 t. Zusätzlich produzierten sie 30.000 Chassis, die nach Italien geliefert wurden. Die meisten Maschinen bei Zastava stammen aus Deutschland, schon aus diesem Grund ist man ganz dringend darauf angewiesen, die alten Kontakte wieder herzustellen, um Konstruktionspläne zu bekommen, die für die Reparatur von Maschinen notwendig sind. Eine Maschine von Gildemeister, die bestellt und bereits bezahlt war, ist wegen des Embargos an Fiat nach Italien ausgeliefert worden. Solch ein Betrieb wie Zastava ist vom Embargo besonders hart betroffen. Ein Zweigwerk in Pec, Kosovo, das Teile für Lastwagen herstellte, ist nur zum Teil zerstört. Im Werk arbeiteten 70 Prozent Albaner und 30 Prozent Serben. Zastava muß befürchten, sein Eigentum zu verlieren. Zastava braucht dringend Motoren von Fiat aus Italien – aber Brüssel verhindert die Auslieferung. Mit Rußland ist im Augenblick keine Zusammenarbeit möglich, ein Projekt in Sibirien hat sich zerschlagen. Materielle Hilfe aus dem Ausland war nur über Griechenland möglich, dabei hat Mazedonien als Transferland kräftige Zollgebühren kassiert.

Von italienischen Gewerkschaften ist eine Einladung an hundert notleidende Kinder von Zastava-Beschäftigten gegangen, Ferien in Italien zu verbringen. Die Gewerkschaftsleitung bei Zastava hat 100 Kinder nach Bedürftigkeit ausgesucht. Vertreter der oppositionellen Gewerkschaften haben denunziert und den italienischen Gewerkschaften mitgeteilt, bei der Auswahl sei manipuliert worden – sie seien nicht berücksichtigt worden. (Zum Verständnis: Die offizielle Gewerkschaft hat 92 Prozent der Mitglieder – von zuletzt 13.800 Beschäftigten sind lediglich ca. 600 in zwei oppositionellen Gewerkschaften organisiert.) Um das Projekt nicht zu gefährden, hat die Gewerkschaft der Opposition zugestanden, 20 Kinder aus den Familien ihrer Mitglieder zu benennen. Die Gewerkschaftszentrale in Belgrad hat in einem Brief an den DGB-Vorsitzenden Schulte mitgeteilt, daß wir im Mai, während der Nato-Angriffe, zu zehnt da waren und den Kontakt zu den jugoslawischen Gewerkschaftern aufgenommen haben. Sie haben ihn eingeladen, ebenfalls zu kommen und sich ein eigenes Bild zu machen, bisher aber noch keine Antwort erhalten. ■

Zum Krieg in Tschetschenien – einige Hintergründe

Vorbemerkung:

Wir drucken die folgende Übersetzung aus der schwedischen Tageszeitung »Dagens Nyheter« ab, weil der Artikel die Hintergründe des Tschetschenien-Dagestan-Konfliktes in einer seriösen Weise aufhellt. Der in den hiesigen Medien dargestellte Krieg zwischen Islamisten und Moskau ist nur die Oberfläche, unter der sich das Ringen um die kaspische Erdölregion abspielt. Dabei spielt der Westen, und hier insbesondere die USA, eine wesentliche Rolle, indem er versucht, Rußland aus diesem Gebiet herauszudrängen und es letztlich von der Ölversorgung abzuschneiden.

Schon deutet sich an, daß aus dem Kosovo-Krieg Lehren gezogen werden sollen nach dem Motto: Menschenrechte sind unteilbar und, wenn der Westen die Kosovo-Albaner geschützt hat vor dem »Schlächter« Milosevic, dann hat er auch die Pflicht, die Tschetschenen vor den Russen zu schützen. So schreibt in der »taz« vom 15.10. die Pariser ARD-Korrespondentin Sonja Mikich unter der Überschrift »Putin ist Milosevic«: »Die NATO, jüngst noch bewaffneter Arm von amnesty international, läßt nichts von sich hören, um ein Volk zu verteidigen, das zum zweiten Mal innerhalb von fünf Jahren vertrieben und bombardiert wird.« Und sie fordert ziemlich unverblümt dazu auf, Fischers Parole von der »ethischen Außenpolitik« jetzt auch im Kaukasus anzuwenden.

Natürlich ist es noch nicht soweit, Rußland ist nicht Jugoslawien, die NATO muß sich da doch noch vorsehen, aber die propagandistische Vorbereitung ist im Gange. Dazu wird auch der Konflikt um Ost-Timor benutzt. Jahrzehntelang unterstützte der Westen Indonesien bei der Terrorisierung und Ausplünderung Ost-Timors, wobei es nur eines Winkes bedurft hätte, die indonesische Regierung und deren Militär zu stoppen angesichts der real existierenden Abhängigkeit von den USA und dem IWF. Aber die Politik der Clinton-Regierung beruhte auf der Überlegung, »daß die Vereinigten Staaten ihre Beziehungen zu Indonesien, einer rohstoffreichen Nation von über 200 Millionen Einwohnern, höher bewerten müssen als die Sorge um das politische Schicksal Ost-Timors, eines winzigen, verarmten, nach Unabhängigkeit strebenden Territoriums von 800.000 Einwohnern«, wie Noam Comsky die »New York Times« zitiert (Le monde diplomatique/taz, Oktober 1999). Jetzt aber nach den Massakern nach der Abstimmung für die Unabhängigkeit, die, wie Chomsky ausführt, natürlich im voraus bekannt waren, greift auf einmal eine von Australien geführte UN-Truppe ein und Bundeswehr-Soldaten begeben sich auf »humanitäre Mission«, zwanzigtausend Kilometer von Deutschland entfernt. Hier wird unter dem Vorwand von Menschenrechtsverletzungen, deren Unterbindung ein Leichtes gewesen wäre und die praktisch in Sichtweite amerikanischer Flugzeugträger passierten, ein neues Protektorat errichtet, nach Bosnien und dem Kosovo das dritte innerhalb weniger Jahre. Unter der Hand etabliert sich dabei ein neuer Kolonialismus, der unter der Fahne des Schutzes von Menschenrechten in sogenannten Krisengebieten eingreift und vom Westen kontrollierte Schutzgebiete errichtet. Am auffälligsten ist das zur Zeit in Portugal, wo ein wahrer Ost-Timor-Rausch ausgebrochen ist: Unternehmerverbände, Gewerkschaften, alle Medien des Landes, alle politischen Parteien

von links bis rechts überbieten sich in Ost-Timor-Solidarität und in Forderungen nach einem Eingreifen des Westens in dieser ehemaligen portugiesischen Kolonie. Um so wichtiger ist es für uns, uns von dieser Emotionalisierung frei zu machen und auf die realen Triebkräfte der Ereignisse zu blicken.

»Dagens Nyheter«, 14.8.99 (Auszüge)

»(...) Aus Moskaus Sicht spielt die Furcht vor einer Islamisierung der südlichen Teile der russischen Föderation eine große Rolle. Aber die Anziehungskraft kommt auch zum großen Teil von der enormen Menge Öl und Gas, die es um und unter dem Kaspischen Meer gibt, wo ein Zehntel der Weltvorkommen insgesamt vorhanden ist.

Das hat die internationalen Ölgesellschaften angezogen, und ein Teil des Öles wird bereits abgepumpt und weiter transportiert über Dagestan und Tschetschenien. Aber die große Streitfrage, die immer noch nicht entschieden ist, ist, welchen Weg das Öl zum Weltmarkt nehmen wird, wenn die Produktion im großen Stile in Gang kommt. Welche von den vier Alternativen (siehe Schaubild) die hauptsächliche Pipeline bilden wird, das entscheidet, wer die Finger am Ölhahn hat.

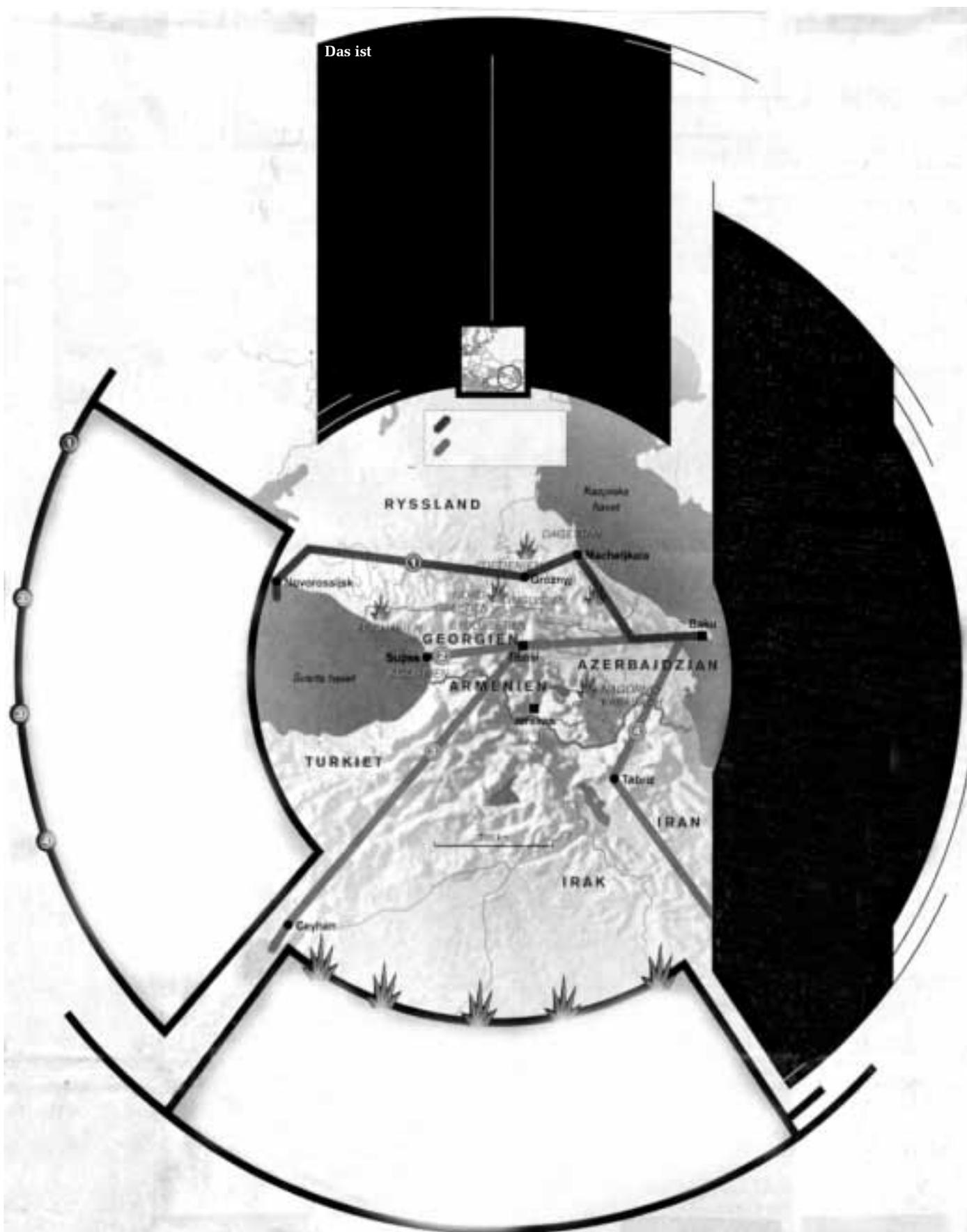
Der Wettlauf um das Kaspische Meer ...

und dessen Öl wurde mitunter als das neue »great game« (großes Spiel) bezeichnet in Anlehnung an den Kampf des russischen und britischen Imperiums um den Einfluß in Zentralasien um 1800. Jetzt geht ein entsprechender Kampf um den Kaukasus vor sich, weil das Öl dort durchgeleitet werden muß. Unter den Akteuren sind auch der Iran und die Türkei, die Hauptkämpfer aber sind die USA und Rußland.

Die USA wollen so viel wie möglich der russischen Kontrolle entziehen und sind deshalb dafür, daß die Leitung durch Georgien und die Türkei gebaut wird. Rußland tut sein Bestes, um nicht an die Seite gedrängt zu werden, und dieses geschieht dadurch, daß sich russische Ölgesellschaften in das kaspische Ölkonsortium eingekauft haben. Unter anderem hat das dazu geführt, daß einige der Akteure die Alliierten gewechselt haben. Zu Beginn der 90er Jahre noch war Armenien der Favorit Washingtons in der Region, teilweise aufgrund der starken armenischen Lobby im amerikanischen Kongreß. Aber die günstigen wirtschaftlichen Aussichten im Zusammenhang mit dem Ölboom in Aserbeidschan brachten die USA dazu, sich mit Bakus starkem Mann zu verbünden, dem früheren Kommunistenführer und KGB-Chef Heydar Alijew.

Umgekehrt hat das christliche Armenien, wo es früher eine starke Bewegung für Unabhängigkeit von der Sowjetunion gab, in den letzten Jahren immer stärkere Verbindungen zu Rußland geknüpft. Im Konflikt mit Aserbeidschan – formell besteht Kriegszustand zwischen den beiden Ländern – hat die armenische Führung keine andere Möglichkeit als Unterstützung von Rußland zu suchen. Moskau hat Waffen und schwere militärische Ausrüstung im Wert von einer Milliarde Dollar an Armenien geschenkt. Aber die Aserbeidschaner warten, bis die Ölgelder richtig fließen werden, um dann eine Armee auszurüsten, mit deren Hilfe man Nagorny-

Das ist



Karabach und die übrigen besetzten Gebiete zurückerobern kann.

Über die letzten zehn Jahre gesehen hat Moskau Schritt für Schritt immer mehr von seinem Einfluß in der Region verloren. Im letzten Jahr hat die politische Elite Rußlands alle Hände voll zu tun gehabt mit dem internen Machtkampf mit der Folge, daß man es versäumte, die Entwicklung in Da-

gestan und Kaukasus im Blick zu behalten Aber das bedeutet nicht, daß Rußland schon draußen wäre: Im ganzen Kaukasus ist nur Aserbeidschan (und Tschetschenien) frei von russischer Militärpräsenz. Moskau hat mehrere Militärstützpunkte sowohl in Armenien als auch in Georgien, und russische Soldaten bewachen die Grenzen beider Länder gegen den Iran und das NATO-Mitglied Türkei.

In entsprechend hohem Grad haben die USA und der Westen ihren Einfluß in einer früher ausschließlich russischen Einflußzone erhöht. Die Brückenköpfe sind heute das westfreundliche Georgien und Aserbeidschan. Aus russischer Sicht ist diese mögliche »antirussische Achse«, die von den USA gestützt wird, bedrohlich. Eine solche informelle Achse, die die Ukraine und Moldawien einschließt, wurde vor zwei Jahren unter der Bezeichnung GUAM gebildet (Georgien, Ukraine, Aserbeidschan, Moldawien).

Russische Anstrengungen ...

den Einfluss auf den Kaukasus zu bewahren, werden dadurch erleichtert, dass das Gebiet ein kompliziertes Puzzle ist oder, besser gesagt, ein Flickenteppich von Staaten, halb-autonomen Republiken, Nationalitäten und ethnischen Gruppen. Alle diese sind gegenseitig abhängig, militärisch oder wirtschaftlich von mindestens einem Nachbarn und Verbindungen sind oft in die unterschiedlichsten Richtungen geknüpft. Nicht selten werden Allianzen nach dem Prinzip

geschmiedet: »Der Feind meines Feindes ist mein Freund.« Ein Beispiel ist Georgiens skeptischer Blick auf die Tschetschenen und die Unabhängigkeitsbewegungen der übrigen kaukasischen Völker. Georgien ist zwar formell ein selbstständiger Staat, aber es fehlt ihm vollkommen die Kontrolle über große Teile seines Territoriums. Abchasien wurde 1993 losgelöst mit Unterstützung von tschetschenischen Verbänden unter Führung von Sjamil Basajew in unheiliger Allianz mit russischem Militär. Russische Unterstützung ermöglichte auch, daß Südossetien in der Praxis von Georgien unabhängig ist. Der georgische Präsident Schewardnadse gab dem russischen Krieg in Tschetschenien (1994 – 1996) seine stille Unterstützung. Sein Argument war, daß Moskau begreifen müsse, wenn es seine Unversehrtheit verteidigen wolle, daß auch Georgien seine territoriale Integrität wieder herstellen wolle. Das ist aber nicht geschehen, im Gegenteil: Rußland hat seine Militärstützpunkte in Georgien behalten und die Konflikte um Abchasien sind von einer Lösung so weit entfernt wie vorher.(...)« ■

n SIE SEHEN KEINEN SERBISCHEN VÖLKERMORD IM KOSOVO:

Spanische Experten widersprechen der NATO

El Pais *23. September 1999 – von Pablo Ordaz in Madrid

Spanische Polizei und Forensik-Experten haben im Norden des Kosovo keinen Beweis für Völkermord gefunden

Kriegsverbrechen – ja, Völkermord – nein. Das wurde gestern definitiv bewiesen von der Gruppe spanischer Experten – zusammengesetzt aus Beamten der Wissenschaftlichen Polizei sowie zivilen Forensik-Experten – die gerade aus Istok, der unter Kontrolle der (spanischen?) Legion stehenden Zone im Norden des Kosovo zurückgekehrt ist. 187 in neun Dörfern gefundene und analysierte Leichen waren in Einzelgräbern beerdigt, die aus Rücksicht auf den religiösen Glauben der Kosovo-Albaner zum großen Teil gen Mekka ausgerichtet waren und keinerlei Zeichen von Folter aufwiesen. »Es gab keine Massengräber. Zum größten Teil sind die Serben nicht so schlecht wie das Bild, das man von ihnen zeichnet, äußerte sich der Forensik-Beamte Emilio Perez Pujol.

Das war nicht die einzige Ironie. Auch wurde die Reihe von Zahlen bezweifelt, die von den »Alliierten« über die Tragödie im Kosovo vorgebracht worden sind. »Ich habe die Daten von der UN gelesen«, sagt Perez Pujol, Leiter des Forensischen Anatomischen Instituts von Cartagena. »Und sie begannen mit 44.000 Toten. Dann sanken sie auf 22.000. Und jetzt gehen sie auf 11.000 zu. Ich bin gespannt, wie hoch die endgültige Zahl am Ende wirklich sein wird.« Die spanische Mission, die jetzt dem Internationalen Kriegstribunal von Den Haag einen Bericht vorlegen soll, verließ Madrid Anfang August mit dem Gefühl, sie sei auf dem Weg zur Hölle. »Sie sagten uns, daß wir in die schlimmste Gegend des Kosovo gingen. Daß wir uns darauf vorbereiten sollten, mehr als 2000 Autopsien durchzuführen. Daß wir bis Ende November würden arbeiten müssen. Das Ergebnis ist ganz anders. Wir fanden nur 187 Leichen, und jetzt werden wir zurückkommen«, erklärte der Hauptinspektor Juan Lopez Palafox, verantwortlich für das Ministerium Anthropologie und Wissenschaftliche Polizei.

Die Forensik-Experten ebenso wie die Polizei bedienten sich ihrer Erfahrung aus Rwanda, um zu bestimmen, was im Kosovo, zumindest in dem der spanischen Abteilung zugewiesenen Teil, passiert ist, und sie konnten keinen Beweis für Völkermord finden.

»Im ehemaligen Jugoslawien«, sagte Lopez Palafox, »wurden Verbrechen begangen, einige zweifellos schrecklicher Art, aber sie waren durch den Krieg bedingt. In Rwanda sahen wir 450 Leichen von Frauen und Kindern, z eine über der anderen liegend, alle mit aufgebrochenen Schädeln.« Der Chefinspektor fügte hinzu, daß sie im Kosovo dagegen viele einzelne Leichname gefunden haben. »Es macht den Eindruck, daß die Serben den Familien die Gelegenheit gegeben haben, ihre Häuser zu verlassen. Wenn einige Familienmitglieder, aus welchen Gründen auch immer, sich entschieden haben zu bleiben, wurden sie später tot aufgefunden – umgekommen durch einen Schuß oder durch irgendeine andere Methode.«

Ein Mitglied der spanischen Mission brachte Ereignisse im Gefängnis von Istok ans Licht, das Ende Mai von NATO-Flugzeugen bombardiert wurde. Die von Lopez Palafox und Oerez Pujol geleitete Arbeit hatte zum Ziel, folgendes Geheimnis zu klären: Wer tötete die mehr als 100 Gefangenen – die Bomben der NATO oder die Handfeuerwaffen der serbischen Soldaten? Gemäß der vorläufigen Untersuchungen ist die Antwort klar. Einige der untersuchten Leichen hatten Splitterwunden und schienen daher eindeutig durch das Bombardement getötet worden zu sein. Aber andere starben durch eindeutige saubere Schußwunden, vielleicht durch Maschinengewehrkugeln.

Die wahrscheinlichste These ist, daß die Gefängnisinsassen nach dem Bombardement zu fliehen versuchten und von serbischen Aufsehern erschossen wurden.

Kommentar von Jared Israel

Ich habe fast einen ganzen Tag lang in der »New York Times« Geschichten über Massengräber gelesen. Ich hoffe, bald eine detaillierte Analyse zu machen. Im Folgenden zunächst

einige Beobachtungen: Man sollte erwarten, daß diese Geschichten entsetzlich sind. Das Überraschende ist, daß sie sich derart wiederholen – sie verwenden immer dieselben Ausdrücke – daß das Lesen ermüdend ist. Die Artikel sind oft in einem halb-fiktionalen Stil geschrieben, wie z.B. in »Eine Mütze lag am Boden, hellrot befleckt. ›Wer hätte geglaubt, daß die Serben so etwas machen würden?‹ fragte der hagere Albaner. Eine Träne läuft dem alten Mann über die Wange.« Diese Art des Schreibens ermutigt den Leser, Zweifel zu unterdrücken, so wie man es macht, wenn man eine Kurzgeschichte liest, und emotional belastete Darstellungen als wahr anzunehmen.

Beweismaterial, wenn überhaupt vorhanden, ist anekdotisch; Quellen sind vage. Die Entdeckung oder sogar das Gerücht von einem Grab wird (oft in einer Pressekonferenz durch irgendeine Autoritätsperson) als Beweis für serbische Greuelaten angegeben. Diese »Greuelaten« werden dann, obwohl sie völlig spekulativ sind, ausführlich diskutiert. Versuch durch die Medien. Es reicht, um einen einzulullen, besonders wenn man solche »Nachrichten« zeitweise stundenlang liest. Das mentale Äquivalent zu Smog.

Die Argumente drehen sich im Kreis. Ein vermeintliches Massengrab wird entdeckt. Mutmaßungen werden (laut und öffentlich) über das ungeöffnete Grab angestellt: Die toten Körper werden Albaner sein; es werden Zivilisten sein; sie werden letztlich von Serben getötet worden sein; die Serben werden Soldaten oder Polizisten gewesen sein. Es gibt keine systematische Nachverfolgung, keine Überprüfung dieser Prophezeiungen anhand von Fakten. Vielmehr werden diese einmal geäußerten Spekulationen Teil von Aufzeichnungen, die dann in späteren Artikeln als bewiesen zitiert werden.

Den spanischen Experten wurde gesagt, sie würden 2000 Leichen finden. Sie fanden 187. Das sind ungefähr zehn Prozent. Viele von den 187 starben, als die NATO ein Gefängnis bombardiert hat oder offensichtlich hinterher bei dem Versuch zu fliehen. Das hierin enthaltene Kriegsverbrechen ist auf Seiten der NATO: Es ist ein Kriegsverbrechen, irgendein nichtmilitärisches Ziel zu bombardieren, geschweige denn ein Gefängnis die perfekte leichte Beute.

Verweilen wir einen Moment bei diesem Punkt. Natürlich wußte die NATO, daß die US-Luftwaffe das Gefängnis in Istok bombardiert hatte; es wurde derzeit öffentlich darüber berichtet, und im übrigen hat die US-Luftwaffe die Führung über die NATO, also wie ein amerikanischer Teenager sagen würde »like, du-uh«. Es war weiterhin kein Geheimnis, daß diese Bomben Menschen töteten, Gefangene und Aufseher – das ist das, was Bomben gemeinhin machen. Wenn der Begriff »Kriegsverbrechen« irgendeine Bedeutung hat, dann offensichtlich diejenige, daß das Bombardieren eines Gefängnisses ein Kriegsverbrechen ist.

Warum, erlaube ich mir zu fragen, wurde den spanischen Forensik-Wissenschaftlern gesagt, nach Beweismaterial für serbische Kriegsverbrechen in Istok zu suchen? Wenn man als gegeben ansieht, daß es öffentlich bekannt war, daß ein massives Kriegsverbrechen (das Bombardieren eines Gefängnisses) durch die US-Luftwaffe begangen worden war, warum wurden die Forensik-Spezialisten nicht dazu angehalten, nach einem US-Kriegsverbrechen zu suchen? Warum ist es jetzt für sie notwendig, eine Pressekonferenz zu geben, um die erschreckende Neuigkeit zu offenbaren, daß, wenn die US-Luftwaffe ein Gefängnis in Trümmer bombt, es sich dabei nicht um einen Akt serbischen Völkermordes handelt?

Die spanischen Wissenschaftler und Polizisten werden zurecht als Helden wahrgenommen, wenn sie aufstehen und sagen: Das Bombardieren eines Gefängnisses durch die US-Luftwaffe ist kein serbisches Kriegsverbrechen. Sagt nicht die Tatsache, daß dies in der Tat ein heroischer Akt ist, einiges über das gegenwärtige internationale Klima aus?

Die spanischen Forensik-Wissenschaftler denken darüber nach, ob die verbliebenen Leichen albanische Zivilisten waren, die von serbischen Truppen oder Polizei getötet wurden. Wenn diese Spekulationen richtig sind, könnten diese Menschen Opfer serbischer Kriegsverbrechen sein. Das sind ungefähr 100 Menschen, fünf Prozent der versprochenen 2000.

Wenn wir von diesen fünf Prozent ausgehen, nehme ich an, daß es sich dabei um eine annähernd realistische Zahl handelt.

»Eindrücke«

Jeder Amtsträger in einem NATO-Land steht unter dem Druck, die NATO-Linie nachplappern zu müssen. Trotzdem haben diese spanischen Wissenschaftler ihre Bedenken an die Öffentlichkeit gebracht. Man beachte, daß, als sie die bei einzelnen Leichen gefundenen Schußwunden diskutierten, sie deutlich machten, daß sie Spekulationen äußerten:

»Es macht den **Eindruck**, daß die Serben den Familien die Gelegenheit gaben, ihre Häuser zu verlassen. Wenn einige Familienmitglieder aus welchen Gründen auch immer sich entschieden zu bleiben, wurden sie später tot aufgefunden.«

Sicherlich kann man den »Eindruck« gewinnen, daß diese Leute von »den Serben« erschossen wurden, weil sie sich weigerten, ihre Häuser zu verlassen, wenn man annimmt, daß sie Mitglieder von Familien waren, denen »die Serben« befohlen hatten zu gehen. Aber wie konnten die Wissenschaftler das wissen? Sie konnten es nur »wissen« aufgrund von Zeugenaussagen.

Der »El-Pais«-Artikel berichtet nichts über Zeugenaussagen, also müssen wir spekulieren; glücklicherweise wissen wir ein paar Dinge. Erstens befindet sich das Kosovo mit dem Segen der NATO unter einer Terrorherrschaft der Kosovo-Befreiungsarmee. Am Ende dieses Kommentars listen wir einige Artikel auf, die diese Terrorherrschaft belegen, einschließlich Erzählungen aus erster Hand.

Zweitens haben sowohl die NATO als auch die UCK ein starkes Interesse daran zu beweisen, daß die serbische Regierung eine Politik des Völkermordes gegenüber den Albanern betrieben hat. Die NATO muß das beweisen, weil der Tatbestand des Völkermordes durch die Serben der NATO als Rechtfertigung diente, Jugoslawien 78 Tage lang zu bombardieren. Die UCK muß das beweisen, weil serbischer Völkermord der UCK als Rechtfertigung dient, Serben und »Gypsies« aus dem Kosovo zu vertreiben. Wie der Clinton-Berater Sandy Berger es ausdrückte, als er vor der NATO und der UCK sprach: »Überall im Kosovo sehen wir Erinnerungen daran, daß Amerika und unsere Verbündeten das Richtige taten, als sie einen klaren Standpunkt gegen ethnische Säuberungen einnahmen.« Die für diese Gewalt verantwortlichen serbischen Kräfte sind weg. Aber es gibt auch eine furchtbare Trauer – bedingt durch den Schmerz der Erinnerung und die Verwüstung, die Milosevic's Haßkampagne zurückgelassen hat. Und in vielen Opfern steckt Wut, der Wunsch nach Gerechtigkeit und manchmal auch Rache.

(Außenpolitischer Berater Sandy Berger, »Bemerkungen zum ›Council on Foreign Relations‹«, 26. Juli 1999).

In dieser bemerkenswerten Rede macht Herr Berger Folgendes: a) gibt er der UCK grünes Licht für den Angriff auf Serben, weil das alles sehr verständlich ist angesichts der »furchtbaren Trauer« und der von Wut verzehrten »Opfer« und b) verdeutlicht er auf perfekte Art und Weise den Zweck der Nachforschungen hinsichtlich von Kriegsverbrechen. Dieser Zweck besteht *nicht* darin, die Wahrheit zu entdecken. Entdeckung ist unnötig; Herr Berger hat die Wahrheit bereits im Voraus entdeckt. Vielmehr besteht der Zweck der Nachforschung darin, »Erinnerungen dafür zu liefern, daß Amerika und unsere Verbündeten das Richtige getan haben.«

Somit werden die Nachforschungen von zwei stark beteiligten Parteien kontrolliert, der NATO und der UCK. Ihre Kontrolle umfaßt nicht nur den Umgang mit Beweismaterial, sondern auch die Rekrutierung und Vorbereitung von Zeugenaussagen. Offensichtlich können solche Zeugen entweder Agenten der UCK sein oder unter der Herrschaft der UCK stehen. Jeder Zeuge, der Beweise liefert, die der UCK mißfallen, würde sein Leben riskieren. Und wie kürzlich ein Bericht in einem der gängigen Medien andeutet, betrachtet die UCK Lügen als völlig legitime Waffe, um internationale Unterstützung zu bekommen. Soviel zu den Zeugenaussagen.

Blinde Anhänger mit Herz

Und dann ist da noch das Problem mit den Gräbern. Die spanischen Experten sagen, die Leichen seien in Einzelgräbern, nicht in Massengräbern gefunden worden. Das ist rücksichtsvoll von den Serben. Und sogar umso rücksichtsvoller, als die Gräber »zum größten Teil aus Respekt vor dem religiösen Glauben der Kosovo-Albaner gen Mekka ausgerichtet waren.« Das ist merkwürdig. Ich habe viele Zeitungsartikel gelesen, die ausführen, daß Serben Albanern feindlich gesinnt sind, weil die (meisten) Albaner Moslems sind. Diese angenommene Feindseligkeit war vermutlich das Motiv für angebliche anti-albanische Greuelthaten. Die Serben sagen, daß sie niemanden hassen, daß sie gekämpft haben, um eine multi-ethnische Gesellschaft zu schützen gegen einen terroristischen Angriff durch eine rassistische Partei innerhalb der Albaner – eine Partei, die Rückendeckung bekommt von den USA und Deutschland. Nehmen wir an, die Zeitungen haben Recht, und die Serben irren sich.

Dann ermordeten serbische Truppen zuerst diese 100 Albaner aufgrund von religiösem Haß – und dann beerdigten sie die Albaner aus religiösem Respekt heraus gen Mekka. Ist das nicht ein eigenartiges Verhalten? Vielleicht wurden die spanischen Experten auch belogen. Vielleicht wurden ihnen die Leichen von UCK-Truppen gezeigt, die die jugoslawische Armee bekämpften; daher die (im Kampf zugefügten) Geschößwunden und das (durch die UCK-Armee durchgeführte) rücksichtsvolle Begräbnis. Das würde wenigstens Sinn machen.

Es gibt viele Gräber im Kosovo, zu viele. Anderthalb Jahre lang wütete ein erbitterter Krieg zwischen UCK-Terroristen und der jugoslawischen Polizei und Armee. Neben denjenigen, die in diesen Kämpfen starben, haben wir glaubhafte Beweise, daß die UCK sowohl viele pro-jugoslawische Albaner hinrichtete als auch Nicht-Albaner (die sich in ihrem Aussehen nicht unbedingt von Albanern unterscheiden), ganz zu schweigen von jugoslawischen Soldaten und Polizisten.

Somit starben Tausende von Menschen und wurden begraben. Die UCK hatte seit Anfang Juni freie Hand im

Kosovo, jede Menge Zeit, um Leichen von einem Ort zum anderen zu bewegen, um tote Soldaten als Zivilisten anzu ziehen und um »trauernde Verwandte« soweit zu unterrichten, bis ihre Geschichten glaubwürdig klangen. Und trotz allem kamen die in die Gegend der schlimmsten serbischen Greuelthaten geschickten spanischen Wissenschaftler mit im Grunde genommen leeren Händen zurück.

Untersuchung oder Inquisition?

Manche Leute fragen: Wollen sie sagen, daß Serben unfähig sind, Greuelthaten zu begehen? Nein, wie in allen Bevölkerungen sind wahrscheinlich einige Serben imstande, Greuelthaten zu begehen. Aber von dieser allgemeinen Möglichkeit bis zu der Beschuldigung, daß die serbischen bewaffneten Kräfte systematisch albanische Zivilisten getötet haben (während sie öffentlich für eine multi-ethnische Einheit eingetreten sind und tatsächlich viele Albaner gegen die UCK bewaffnet haben), ist es ein weiter Weg. Ihn zurückzulegen erfordert einiges, nämlich Beweise. Die amerikanische Rechtsprechung besagt, daß jemand bis zum Beweis seiner Schuld unschuldig ist. Diese Herangehensweise beinhaltet implizit die Vorstellung, daß Verbrechensforschung von unabhängigen Parteien durchgeführt werden sollte mit dem Ziel, die Wahrheit zu ergründen und herauszufinden, ob ein Verbrechen vorliegt, nicht aber eine Sache zu beweisen, um irgendeinen Gegner damit zu zerstören.

Unabhängig davon, ob dieser Maßstab derzeit in der amerikanischen Rechtsprechung angewandt wird (ein *höchst* umstrittener Punkt), sollten wir ihn nicht geltend machen, wenn es sich um angebliche Massenverbrechen handelt, in die möglicherweise eine Regierung und ein ganzes Volk verwickelt sind? Oder sollten solche Untersuchungen nur dann in Gang gebracht werden, wenn sie dazu dienen, die NATO-Politik zu rechtfertigen? Sollte weiterhin über Schuldhaftigkeit entschieden werden von einer feindseligen US-Presse mit Hilfe von Regierungsbeamten, die vorurteilsbelastete Aussagen machen statt Fakten zu nennen? Soll das Beweismaterial aus Aussagen von »Zeugen« bestehen, die von der amerikanischen Seite in einem böartigen Krieg beigebracht werden, »Zeugen«, die insgeheim aussagen, »Zeugen«, die nie einem Kreuzfeuer mit den Angeklagten unterworfen werden?

Der Gebrauch dieser inquisitorischen Beweismethoden fällt auf sie selbst zurück und beweist, daß die NATO (d. h. die US-Regierung) und die Medien versuchen, das serbische Volk zu überfahren.

Immer, wenn eine Anklage erhoben wird, gehen zwei Parteien vor Gericht: der Angeklagte und der Kläger. Für den Fall, daß sich eine Anklage als falsch erweist, muß die Frage gestellt werden: Was macht man mit böser Absicht? Was wurde vielleicht hochgekocht, um die Aufmerksamkeit von einem anderen Verbrechen abzulenken oder ein solches zu rechtfertigen, irgendein größeres Verbrechen, ein vom Kläger begangenes Verbrechen?

Die in »El Pais« zitierten spanischen Forensik-Wissenschaftler und Polizisten haben uns allen einen Dienst erwiesen. Indem sie die Beschuldigungen der NATO leugnen, haben sie die NATO angeklagt. Damit haben sie – um die Wahrheit zu berichten – den Zorn der NATO und ihre eigene Karriere riskiert. Ihr Anstand gibt uns Hoffnung. 27.9.99 ■

■ BERLIN: ANTI-KRIEGSVERSAMMLUNG

»Für uns hat der Kollege Schulte nicht gesprochen«

Mit dieser Aussage wandten sich in Berlin GewerkschafterInnen bereits drei Tage nach Bekanntwerden der zustimmenden Stellungnahme des DGB-Vorsitzenden zum Bombardement Jugoslawiens an die Öffentlichkeit, um zu dokumentieren, dass sie mit dem eigenmächtigen Vorgehen Schultes nicht einverstanden seien. Sie fuhren fort: *»Wir unterstützen diesen Angriffskrieg nicht. Wir sind der Meinung, dass konsequente GewerkschafterInnen diesen Nato-Militärschlag mit deutscher Beteiligung verurteilen müssen ... Als erstes gilt es, den Krieg sofort zu beenden. Wir fordern von der SPD/Grünen-Regierung den sofortigen Stopp des Krieges und die Rückkehr zu Verhandlungen.«*

Doch allein mit der Veröffentlichung einer Erklärung wollten sie es nicht bewenden lassen. Sie beschlossen, unter den Funktionsträgern der Berliner Gewerkschaften eine Unterschriftensammlung zu beginnen. Die Beschränkung auf den örtlichen Organisationsbereich erfolgte, weil man nicht in Kollision zu der von Hensche und anderen Spitzenfunktionären initiierten überregionalen Kampagne gegen die Haltung Schultes kommen wollte. Auch bot die Konzentration auf den lokalen Bereich den Vorteil, dass man einen besseren Anknüpfungspunkt für die Einleitung von praktischen Schritten besaß.

Als erste gemeinsame Aktivität beschloß die Initiative Anfang April, sich am Ostermarsch zu beteiligen. Ihr zentrales Anliegen sah sie darin, den Kreis bekanntzumachen. Zum 1. Mai konnte schon auf breiterer Grundlage ein Flugblatt verteilt werden, das auf der einen Seite mit einer Collage eine Beziehung zwischen dem zentralen Motto des DGB für den 1. Mai (*»Neues Handeln. Für unser Land«*) und dem Krieg gegen Jugoslawien herstellte, auf der anderen Seite Stellung zur aktuellen Entwicklung des Krieges bezog. Mehrere Organisationen legten das Flugblatt an ihrem Stand aus.

Gelang es der Initiative am 1. Mai nur in Ansätzen, einen Antikriegsblock zu organisieren, da die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder mit ihren KollegInnen marschieren wollte, so war ihren Bemühungen, einen Gewerkschaftsblock zustandezubringen am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, größerer Erfolg beschieden. Ca. 1000 Teilnehmer der Demonstration kamen aus dem gewerkschaftlichen Spektrum. Durch das vereinte Auftreten unterschiedlicher Initiativen konnten mehrere Gewerkschafter eingegliedert werden, die allein zu der Demonstration erschienen waren. Einige entschlossen sich, im Bündnis mitzuarbeiten.

Mit der Intensivierung der Bombardements durch die NATO verstärkte sich die Empörung gegen die Kriegspolitik der NATO nicht. Nahmen am Ostermarsch Ende April noch etwa 25.000 Menschen teil, so konnten am 8. Mai nur etwa 10.000 gezählt werden. Die Teilnehmerzahl am 1. Mai schien von den Kriegereignissen unberührt zu sein. Sie wich von den Vorjahren kaum ab. Weitere Großdemonstrationen fanden in Berlin nicht statt.

Die mangelnde Bereitschaft öffentlich gegen den Krieg der NATO Stellung zu nehmen, spiegelte sich auch in den



Gewerkschaftsgremien wider. Zwar wurden in vielen lokalen und regionalen Organisationseinheiten insbesondere der IG Metall, der IG Medien, der ÖTV und der Postgewerkschaft Resolutionen gegen den Krieg verabschiedet, doch weitergehende Aktivitäten blieben aus. Viele Funktionäre gaben sich damit zufrieden, einer Resolution zugestimmt zu haben. Sie hatten sich gegen den Krieg positioniert, waren jedoch nicht gezwungen, ihre Spitzenfunktionäre zur Rede zu stellen und sich mehr als unbedingt notwendig gegen die »eigene« Regierung zu wenden.

Den Höhepunkt des Engagements des Antikriegsbündnisses bildete eine Veranstaltung mit zwei Mitgliedern der Delegation der überregionalen gewerkschaftlichen Initiative *»Dialog von unten – statt Bomben von oben«*. Sie berichteten über ihre Reise nach Jugoslawien. Ihre Schilderungen über die zerstörten Fabriken sowie die zerboimte Infrastruktur hinterließen in dem mit 200 Personen übervollen Großen Versammlungsraum der IG Medien Nachdenklichkeit. Die Erlebnisse dürften auch trotz des Umstandes großen Eindruck hinterlassen haben, dass mehrere trotzkistische Gruppen die Veranstaltung zum Anlass nahmen, ihre Haltung zur innenpolitischen Situation und zum Krieg gegen Jugoslawien langatmig vorzustellen. Für die Erste-Hilfe- und Sozial-Station der Zastava-Automobilfabrik in Kragujevac wurden auf der Versammlung über 1.000 DM gesammelt.

Die Veranstaltungsteilnehmer verabschiedeten mit großer Mehrheit eine Resolution (s. Kasten), in der der Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg aufgefordert wurde,

den Protest der Berliner KollegInnen im Bezirks- wie im Bundesvorstand zur Geltung zu bringen. Die Entschließung sowie die gesammelten Unterschriften der Initiative sollten nach einer Kundgebung vor dem DGB-Haus übergeben werden.

An dieser Manifestation nahmen etwa 40 GewerkschafterInnen teil. Eine Delegation der Anwesenden übergab dem Kollegen Scholz die Erklärung und die Unterschriftenlisten. Dieser betonte, dass er das Anliegen der Gruppe in den Gremien vertreten werde, aber natürlich zu respektieren habe, wenn die jeweiligen Beschlußorgane zu anderen Auffassungen kämen. Auch versprach er, sich für den von der Versammlung geforderten Gesprächsbesuch von jugoslawischen Gewerkschaftern einzusetzen.

Mit dem Ende des Bombardements verringerten sich die Aktivitäten des Bündnisses. Der kanadische Wissenschaftler Chossudovsky, der zu den ökonomischen Hintergründen des Krieges mehrere Artikel geschrieben und dabei die Politik des IWF und der Weltbank untersucht hat, wurde eingeladen. Weil diese Veranstaltung kurzfristig zustande kam, konnte nicht breit für sie geworben werden. In einer kleineren Runde fand eine interessante Diskussion statt.

Weiterhin wollen sich die Aktiven an der Sammlung von Geldern für das Zastava-Automobilwerk in Kragujevac beteiligen. Sollte es gelingen, jugoslawische Gewerkschafter in die Bundesrepublik einzuladen, wird das Bündnis die Veranstaltung in Berlin organisieren¹⁾. Da bis jetzt vom Kollegen Scholz noch keine Antwort gekommen ist, versuchen sie, einen anderen Trägerkreis zusammenzubekommen.

Die Aktivitäten der Berliner GewerkschafterInnen haben sicherlich nicht den Verlauf des Krieges beeinflusst. Auch konnten sie nicht den Anstoß zu einer breiten Protestbewegung geben. Aber es ist ihnen gelungen, den Kontakt unter den in den Gewerkschaften aktiven KollegInnen zu verbessern und unterschiedliche Initiativen zu einer Kooperation zu bringen. Damit ist eine gute Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit geschaffen worden.

Wichtig ist noch zu erwähnen, dass die GewerkschafterInnen mit Hilfe von Rundbriefen interessierte KollegInnen ständig über ihre Aktivitäten informierten. Sie mussten diesen Weg einschlagen, weil die bürgerlichen Medien nicht über ihr Engagement berichteten und die Gewerkschafts-

■ BERLIN NEUKÖLLN

Alcatel-Kabelwerk-Besetzung endete mit einem Kompromiß

36 Tage lang hatte die Belegschaft des Alcatel-Kabelwerkes den Betrieb besetzt. Um es vorwegzunehmen: Die Forderung nach dem Erhalt der Produktion und der Arbeitsplätze konnte nicht durchgesetzt werden. Das ist nicht die Schuld oder das Versagen der Belegschaft. Sie hatte mit einer unerwarteten Konsequenz und Geschlossenheit den Kampf aufgenommen und durchgestanden. Es ist ihr Verdienst, daß der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen in Berlin wieder zu einem Gesprächsthema in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit wurde. Um einen so starken Gegner zu weitergehenden Zugeständnissen zu zwingen, dazu hätten die Gewerkschaften, zuallererst die IG Metall, ihr ganzes

Resolution

Wir fordern den Bundesvorstand des DGB auf, wieder zu der gewerkschaftlichen Position: »Konflikt auf zivilem Wege ohne militärische Gewalt zu lösen« (DGB-Grundsatzprogramm), zurückzukehren und die militärische Aggression der NATO gegen Jugoslawien zu verurteilen. Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte hat diese Grundposition nach außen zu vertreten. Ist er dazu nicht willens oder in der Lage, soll er zurücktreten oder seines Amtes entbunden werden.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften sollen umgehend die eingefrorenen Kontakte zu den Gewerkschaften in Jugoslawien wieder aufnehmen und Vertreter, vor allem aus den Bereichen der Metall- und Chemieindustrie, des Gesundheitswesens, sowie aus den Medien und dem Bildungssektor der BRD einladen, damit wir uns aus erster Hand über die Situation dort informieren können. Das sind wir den in der BRD arbeitenden, jugoslawischen Kolleginnen und Kollegen schuldig und den Unterzeichnerinnen der unzähligen gewerkschaftlichen Protestresolutionen gegen die deutsche Beteiligung am NATO-Krieg. Wir erwarten von den Vorständen des DGB Berlin und seiner Einzelgewerkschaften, dass sie sich in diesem Sinne beim Bundesvorstand einsetzen und auch ihre Möglichkeiten wahrnehmen, um jugoslawische GewerkschaftsvertreterInnen nach Deutschland einzuladen.

Beschlossen auf einer Versammlung der GewerkschafterInnen gegen den Krieg, 2. 7. 99 Berlin ■

presse weitgehend über die Initiative schwieg. Allein mit der Zeitung »Junge Welt« und eingeschränkt dem »Neuen Deutschland« ließ sich kooperieren. Ein wichtiges Medium für die Verbreitung von wichtigen Texten zum Thema sowie Terminen stellte das Internet dar. Von den Gremien der örtlichen Gewerkschaften kam zwar wenig Unterstützung, sie behinderten das Engagement aber auch nicht. Räumlichkeiten wurden anstandslos zur Verfügung gestellt. Für die Berliner Gewerkschaften ist dies etwas Neues. 14. 7. 1999 ■

1) Diese Einladung ist inzwischen erfolgt. Eine Versammlung mit 5 Gästen aus Jugoslawien wird in Berlin am **Donnerstag, 25. November, um 19.00 Uhr stattfinden. Ort: IG Medien-Haus, Dudenstraße**

Gewicht in die Auseinandersetzung werfen müssen. Das haben sie nicht getan, sie sind vor diesem Schritt zurückgeschreckt.

Alcatel – ein international operierender Konzern

Alcatel SA, mit Sitz in Paris, beschäftigt weltweit 120.000 Kolleginnen und Kollegen. 1998 erzielte der Konzernverbund rund 42 Milliarden DM Umsatz und 4,5 Milliarden DM Gewinn. Ca. zwei Drittel des Umsatzes erzielt Alcatel im Bereich der Telekommunikation und ist in diesem Segment Weltmarktführer. Halb so groß ist der Bereich Kabel und Komponenten, wobei 50 Prozent davon auf Telekommunikationskabel entfallen. Auch hier ist Alcatel Marktführer. Der Konzern bedient die Märkte in aller Welt.

Absatzschwerpunkt ist zu fast zwei Dritteln der europäische Markt. Aber immerhin knapp 20 Prozent werden in



Solidaritätskundgebung am 21. September auf dem Werksgelände

Nordamerika und jeweils knapp 10 Prozent in Asien und dem Rest der Welt abgesetzt.

Das Kabelwerk in Berlin-Neukölln

169 Beschäftigte hat das Kabelwerk in Berlin, zum größten Teil hochspezialisierte angelernte KollegInnen. Der Betrieb verfügt über einen modernen Maschinenpark und eine »schlanke« Ablauforganisation. Der Umsatz betrug 1998 ca. 64 Millionen DM bei einem Gewinn von ca. 2,5 Millionen DM. 60 Prozent der Produktion entfallen auf die Herstellung von Kabeln für firmenbezogene EDV-Netzwerke, sogenannte local area networks (LAN). In diesem Bereich sind die Wachstumserwartungen groß. 30 Prozent des Umsatzes macht die Herstellung von Sicherheitskabeln zur Verwendung in öffentlichen Gebäuden aus und nur 10 Prozent die von herkömmlichen Telefonkabeln.

In den vergangenen Jahren ist die Belegschaft, in der Hoffnung ihre Arbeitsplätze dadurch sicherer zu machen, den Vorgaben der Geschäftsleitung gefolgt. Der Ausschuß und damit der Verbrauch des teuren Kabelmaterials konnte erheblich gesenkt werden, der flexible Arbeitseinsatz sowie häufige Überstunden wurden von den KollegInnen akzeptiert.

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Alcatel

Seit 1995 hat der Konzern weltweit bereits 30.000 Stellen abgebaut, 12.000 (das sind 10 Prozent der Beschäftigten) sollen in der nächsten Zeit folgen.

Neben dem Berliner Werk will Alcatel-Kabel auch die Werke in Hamburg und Stadthagen zum Ende des Jahres schließen. 800 Arbeitsplätze fallen dem Plan zum Opfer, davon 140 in Berlin. Die Kabelfertigung aus Berlin soll komplett ins französische Werk verlagert werden. Der Profit in Berlin hat sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 1998 bisher verdoppelt. Das Werk ist ausgelastet und arbeitet produktiv.

Die Betriebsbesetzung

Am 13. September 1999 hat die Belegschaft das Werk besetzt. In den zwei Monaten zuvor haben die gewerkschaftlich organisierten KollegInnen – damals noch 31 Prozent, inzwischen 89 Prozent – zusammen mit der IG Metall Berlin in einem

intensiven Diskussions- und Mobilisierungsprozeß alle Beschäftigten darauf vorbereitet, u.a. durch mehrere IGM-Mitgliederversammlungen, Betriebsversammlungen und durch eine eintägige »Probebesetzung« im August. Das mickrige Angebot der Konzernführung für einen Sozialplan in Höhe von insgesamt 3 Millionen DM – 21.000 DM pro Beschäftigten – hatte die Belegschaft abgelehnt.

Das besetzte Alcatelwerk wurde zu einem Ort kultureller und politischer Veranstaltungen. Delegationen aus vielen Betrieben sowie auch Einzelpersonen kamen, um sich über diesen vorbildlichen Kampf zu informieren, Spenden und ermutigende Grußbotschaften zu übergeben oder einfach nur mit ihrer Anwesenheit den Alcatelern zu zeigen, daß sie nicht allein sind.

Im Werk fanden soviel Veranstaltungen statt, daß ein Kollege schon scherzhaft meinte, daß man offensichtlich erst ein Werk besetzen müsse, um so viel Kultur geboten zu bekommen und kennenlernen zu können. Besonders die Kolleginnen und Kollegen der Industriegewerkschaft Medien leisteten im Zusammenhang mit den kulturellen Darbietungen eine unschätzbare Unterstützungsarbeit.

Auf Initiative eines spanischen Beschäftigten und seiner Familie wurde ein »spanischer Abend« mit Paella und Sangria organisiert. Die riesige Zahl »türkischer Abende« mit Essen und Musik, die von türkischen und kurdischen KollegInnen organisiert wurden, kann hier gar nicht aufgezählt werden. Und daß die deutschen KollegInnen genauso Tag und Nacht im Werk aktiv sind und das Rückgrat der Besetzung stellen, widerlegt all diejenigen, die zur Rechtfertigung ihrer eigenen Bequemlichkeit und Anpassung ständig vom »Ende der Gewerkschaftsbewegung« reden.

Und tatsächlich war der Sprung im Bewußtsein der Belegschaft spektakulär, die bis vor kurzem noch wie in vielen anderen Betrieben auf die Sozialpartnerschaft vertraute, Überstunden und Stellenabbau akzeptierte und so auf die »Standortsicherung« hoffte. Vor drei Monaten war es kaum möglich, auch nur halbstündige Protestkundgebungen gegen den Stellenabbau zu organisieren. Dieser unerwartete Widerstand führte auch in der Konzernspitze zu einer enormen, kaum zu verheimlichenden Krise über den weiter einzuschlagenden Weg, nicht nur wegen der entgangenen Ver-



Während sich die Belegschaft im besetzten Werk häuslich einrichtete, zog sich die Geschäftsleitung in das gegenüberliegende Hotel Estrel zurück.

kaufserlöse von 600.000 DM täglich. So wechselten auch mindestens zwei KollegInnen das Lager, die bisher im gegenüberliegenden Hotel Estrel mit Vertretern der Konzernspitze und einigen unternehmertreuen Angestellten den Arbeitskampf zu sabotieren versuchten und bei denen die Nerven blank lagen.

Die Belegschaft hat nicht nur 24 Stunden am Tag gemeinsam den Tagesablauf einer Werksbesetzung organisiert – Wachdienst, Einkaufen, Kochen, Pressearbeit, Betriebsbesichtigungen etc. – sondern auch mit zahlreichen Aktionen versucht Öffentlichkeit herzustellen, u.a. mit mehreren Demonstrationen in Berlin und einer Kundgebung in Paris vor dem Sitz der Konzernzentrale. Der Betriebsrat trat auf zahlreichen Gewerkschaftsversammlungen auf und konnte auch auf der HBV-Kundgebung gegen die Aufhebung des Ladenschlußgesetzes reden.

In der zweiten Woche der Besetzung fand am 21. September auf Initiative der IG Medien Berlin und einzelner KollegInnen aus anderen Gewerkschaften eine Solidaritäts-Kundgebung auf dem Werksgelände statt. Kurzfristig organisiert hielt sich die Mobilisierung in engen Grenzen. Es sprachen die Vorsitzenden der GEW, der HBV, der IG Medien und ein Vertreter der IG BAU sowie Betriebsräte aus anderen Metallbetrieben. Diese Kundgebung bildete einen Höhepunkt der gewerkschaftlichen Solidarität.

Das Ende der Betriebsbesetzung

In den folgenden Wochen ist es nicht gelungen, über Besuche von Delegationen und Solidaritätserklärungen hinaus eine breitere praktische Unterstützung zu organisieren. So war es nicht möglich, vor allem die Beschäftigten anderer Alcatel-Werke in die Auseinandersetzung einzubeziehen. Die Gewerkschaften in Berlin haben sich zwar in zahlreichen Erklärungen an die Seite der BesetzerInnen gestellt, deren Kampf aber letztlich nicht zu ihrer Sache gemacht. Eine politische Mobilisierung der eigenen Mitglieder, die ja oft vor ähnlichen Problemen stehen, blieb aus. Die zersplitterte und isolierte Gewerkschaftslinker hatte nicht die Kraft und den

... Daß die Arbeitskosten über denen in Frankreich liegen, ist nur die halbe Wahrheit. Schließlich sind seit drei Jahren steigende Gewinne zu verzeichnen. Und nicht zu vergessen – nach Bekanntgabe des Beschlusses, die Kabelwerke zu schließen, hat der Alcatel-Aufsichtsrat der Erhöhung der Manager-Gehälter zugestimmt. Auch der Berliner Senat hat seine Hilfe bei der Senkung der allgemeinen Kosten angeboten. Dies wurde vom Vorstand der Alcatel-Kabel abgelehnt.

... Die wahren Gründe scheinen woanders zu liegen. Es ist bereits das vierte in Berlin gekaufte Kabelwerk, das Alcatel dicht macht – und dies, obwohl in den vergangenen Jahren Millionenbeträge investiert wurden und es zu den beiden Standorten in Deutschland gehört, die schwarze Zahlen schreiben.

Noch im Januar des Jahres hatte der deutsche Vorstand die öffentlich geäußerten Befürchtungen des Betriebsrates und der IG Metall, daß das Berliner Werk zur Disposition steht, als »Panikmache« und völlig unbegründet zurückgewiesen. Leider haben wir Recht behalten. Wir werden nicht zulassen, daß ein gesunder Betrieb aus rein konzernpolitischen Gründen geschlossen wird. ... Wir werden mit allen Mitteln für den Erhalt des Produktionsstandortes Berlin kämpfen.

(aus einem Flugblatt an die Neuköllner Bevölkerung)

Einfluß diese politische Aufgabe auszufüllen. 160 BesetzerInnen allein konnten den Konzern nicht zu weitergehenden Zugeständnissen zwingen. Nachdem die Geschäftsleitung am 17. Oktober ihr Angebot für einen Sozialplan und zur Finanzierung einer Auffanggesellschaft auf insgesamt 18 Millionen DM erhöht hatte, war das Ende abzusehen. Die Belegschaft hat das Angebot mit einer Mehrheit von 90 Prozent gebilligt und die Produktion wieder aufgenommen.

Gemessen an dem ursprünglichen Angebot der Geschäftsleitung ist das für die Belegschaft sicherlich ein Erfolg. Sie kann erhobenen Hauptes den Kampf beenden, und die politischen Erfahrungen des gemeinsamen Handelns möchte von den Beteiligten niemand missen. Innerhalb der Gewerkschaften müssen Konsequenzen gezogen werden. Denn wieder einmal ging der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen verloren, weil die Alcateler letztlich isoliert blieben. Jeder kämpft für sich allein, obwohl viele dieselben Sorgen und Existenzängste haben. Berlin ist de facto zum sechsten neuen Bundesland geworden. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt mit 17 Prozent (fast 300.000) um 7,4 Prozent über dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Berlin-Neukölln wird mit ca. 24 Prozent regionaler Arbeitslosigkeit nur noch vom Nachbarbezirk Kreuzberg (30 Prozent) übertroffen. Und der Abbau der Arbeitsplätze schreitet weiter voran. So hat Flohr-Otis die Verlagerung der Produktion nach Polen angekündigt und auch der Aufzügehersteller Schindler will seine Berliner Filiale schließen, während der Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und in den privatisierten, ehemals städtischen, Eigenbetrieben weiter voranschreitet. Unsere Aufgabe bleibt es, dort, wo Widerstand sich regt, für seine Unterstützung und Verbreiterung zu sorgen und die entsprechenden Diskussionen und Initiativen innerhalb der Gewerkschaften voranzutreiben. 20.10.99 ■

»Wir schützen unsere Arbeitsplätze!«

Der Thyssen-Krupp-Konzern richtet sich neu aus. Deshalb soll auch der Betrieb Hoesch Spundwand und Profile GmbH (HSP) verkauft werden. Vorstandschef Schulz: »Wir werden uns weiter fokussieren, Randbereiche abgeben und dadurch die eine oder andere Mark Erlös vor Steuern erzielen.« Doch dagegen wehrt sich die Belegschaft mit aller Macht – in diesen Zeiten fast schon eine Ausnahme.

Erst gerade wurde vom Betriebsrat ein Sozialplan ausgehandelt, der den Abbau von 50 bis 70 der insgesamt noch 670 Arbeitsplätze vorsieht. Das Werk (ehemals Hoesch Union) stellt Spundwände für den Kanalbau und Grubenausbau für den Bergbau her. Der Absatz der Bergbauprodukte ist in der letzten Zeit rückläufig, weil der Bergbau auch massiv Arbeitsplätze abbaut und die Kohleförderung drosselt. Dennoch wurden von der Belegschaft in den letzten 10 Jahren rund 200 Mio. DM Gewinn erwirtschaftet, ohne daß größere Beträge für Investitionen zurückgefließen wären. 1995 wurde eine Traumrendite von 48 Prozent erzielt (Crommes Forderung war damals 15 Prozent). In den Folgejahren lag sie immer über 40 Prozent.

Unter den fehlenden Investitionen hat natürlich der Zustand der Anlagen erheblich gelitten. Deshalb fordert der Betriebsrat, daß mindestens 50 Mio. DM des erwirtschafteten Gewinns für notwendige Modernisierungsmaßnahmen zurückfließen. Es wird befürchtet, daß sich ein Käufer nur für die Produkte mit ihren Marktanteilen interessiert und die Belegschaft über kurz oder lang loswerden will und den Betrieb dann schließt.

Deshalb hat die HSP-Belegschaft auch ein riesiges Transparent von den Vertrauensleuten der Dortmunder Firma Kettler (die selbst gegen den Konkurs kämpfen) geschenkt bekommen, auf dem zu lesen steht: »zu verkaufen: Profilwalzwerk – nachteilig: 670 Mitarbeiter!« Dieses Transparent war bislang immer auf den Belegschaftsversammlungen zu sehen und prangt nun weit sichtbar an dem Werksgebäude. »Damit die Käufer wissen, was sie erwartet« – so ein Betriebsrat.

Vorstandschef Schulz betont: »Wir verhandeln mit jedem.« Zu dem Kreis der Interessenten zählen die Salzgitter

AG, ARBED, die Ispat-Gruppe, British Steel und jüngst auch die Georgsmarienhütte in Osnabrück. Sollte kein Käufer gefunden werden, so der Vorstand, steht auch eine Stilllegung auf der Tagesordnung.

Es fehlen Ersatzarbeitsplätze

Es war abzusehen, daß nach der Fusion von Thyssen und Krupp-Hoesch 1997 der zukünftige Produktionsschwerpunkt in Duisburg sein wird. So soll dann auch in Dortmund die »warme Seite« auslaufen. Es bestehen die Befürchtungen, dass die Stilllegung der Warmbreitbandstraße bereits auf den Oktober 2000 vorgezogen wird.

Dann werden auch nicht mehr der letzte Hochofen 7, die Sinteranlage und das Stahlwerk auf der Westfalenhütte benötigt. Damit ist das Ende des Stahlstandortes Dortmund eingeläutet. Für eine Übergangszeit wird es noch einige Arbeitsplätze in der Weiterverarbeitung geben. Nach dem Protest der Stahlbelegschaft hatte der Thyssen-Krupp-Vorstand versichert, 1900 Ersatzarbeitsplätze in Dortmund zu schaffen. Doch dieses Versprechen wurde bis heute nicht eingelöst. Als erstes wurde sich von der Möglichkeit des Neubaus eines Elektrostahlwerks verabschiedet. Die neue Fügetechnik für 70 Mio. DM und für rund 100 Beschäftigte wurde direkt am VW-Werk in Wolfsburg gebaut. Der Beschluß über den Bau einer Feuerverzinkungsanlage mit 112 Beschäftigten wurde ersteinmal vertagt. Neben den rund 2000 zur Disposition stehenden Arbeitsplätzen am Stahlstandort Dortmund sollen zusätzlich noch rund 200 Arbeitsplätze in der Weißblechfertigung bei Hoesch-Rasselstein (ebenso wie HSP ausgegliedert) vernichtet werden.

Thyssen-Krupp-Arbeitsdirektor Henning: »Daß zeitgleich mit dem Wegfall neue Arbeitsplätze entstehen, realisieren wir nicht.« Deshalb bezeichnete auch der Betriebsratsvorsitzende des Stahlstandorts Dortmund, Jürgen Hafner, die versprochenen Ersatzarbeitsplätze als »Luftnummern«.

Dabei gab es auch noch eine Planung, daß 80 bis 100 Beschäftigte aus dem Stahlbereich zu HSP wechseln sollten.

Aufgrund dieser zugespitzten Situation auf dem Beschäftigungsmarkt (Arbeitslosigkeit in Dortmund bei 16 Prozent) und der fehlenden Möglichkeit, noch irgendwie bei der »Mutter« unterzukommen, sah der Betriebsrat zusammen mit der Belegschaft nur die eine Möglichkeit: Sie mußten selbst in die Offensive gehen, um die Voraussetzungen für ihre Zukunft ein Stück weit zu verbessern.



Die Belegschaft leistet Widerstand

Mit der Bekanntgabe der Verkaufsabsicht hat der Betriebsrat seit dem 10. Juni 1999 von seinem Recht der permanenten Betriebsversammlung, d.h. diese wird immer nur unterbrochen, Gebrauch gemacht.

Die erste Belegschaftsversammlung dauerte mehrere Stunden. Die Belegschaft machte ihren Unmut gegen die Haltung des Vorstandes deutlich. Betriebsratsvorsitzender Norbert Bömer: »Wir akzeptieren nicht die Rolle des Opfers und des Verlierers.« Schließlich sei Thyssen-Krupp dafür verantwortlich, »daß dieses Unternehmen technisch ausgeblutet ist, und jetzt wollen sich die Manager aus der Verantwortung stellen.« Der Standort solle mit »Ausdauer und Phantasie« gerettet werden. »Wir werden ihnen das Geschäft kaputt machen und eine Welle gegen den Verkauf lostreten,« sagte Norbert Bömer.

Von der Belegschaftsversammlung wurde eine Demonstration durch die Dortmunder Innenstadt zur Westfalenhalle organisiert, wo gerade die Belegschaft von Thyssen-Krupp-Stahl Dortmund eine Versammlung durchführte.

Zwei Tage später gab es eine Protestversammlung in der Dortmunder Innenstadt. Unterstützung gab es dabei von der IG Metall und der ÖTV sowie dem Personalrat der Stadt Dortmund.

Zwischenzeitlich wurde eine Resolution vom Rat der Stadt zur Unterstützung verabschiedet. Auch Gespräche mit den Betriebsräten von möglichen Käufern, wie Salzgitter und ARBED, wurden aufgenommen, um sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Die Betriebsräte der anderen Stahlstandorte wurden informiert und eingeladen.

Der PDS-Abgeordnete Jüttemann berichtete von den Erfahrungen des Kampfes der Belegschaft Bischofferode gegen die Stilllegung.

Am 21. Juni gab es dann einen Autokorso durch die Dortmunder Innenstadt hin zum Stahlwerk Westfalenhütte, wo eine öffentliche Belegschaftsversammlung stattfand, die wieder mehrere Stunden dauerte. Neben Vertretern aus der örtlichen Politik, die aber nur einen geringen Redezeitraum bekamen, sprachen vor allem Vertreter aus den verschiedenen Stahl- oder Metallbetrieben, die ebenfalls schon Erfahrungen mit Verkauf und Stilllegungen hatten. So z.B. Vertreter der Belegschaft der Stahlwerke Bremen, von Salzgitter, Thyssen-Krupp Duisburg, Eisenbahn & Häfen Duisburg, Gutehoffnungshütte Oberhausen, von der Ruhrkohle und anderen Betrieben. Auffällig war allerdings, daß von der RAG-Kokerei Kaiserstuhl, die ebenfalls auf dem Gelände der Westfalenhütte steht und mit dem Schicksal der Arbeitsplätze der Hütte eng verknüpft ist (der RAG-Vorstand wird im November die Stilllegung einer weiteren Kokerei bekanntgeben), kein Vertreter anwesend war.

Die Belegschaft nahm die Reden und guten Ratschläge mit der politischen Bandbreite von: »Wir werden uns in Bonn / NRW / dem Stadtrat für Euch einsetzen«, bis hin zu: »Generalstreik, Bildung einer eigenen Streikleitung und der Kapitalismus kann uns keine Zukunft geben«, interessiert und kritisch auf, während sich die Redner aus dem Betrieb mehr mit der Haltung des Unternehmens und ihren Erfahrungen während der bisherigen Auseinandersetzungen befaßten.

So wurde die Parole: »Wir schützen unsere Arbeitsplätze«, geboren und: »helfen kann uns nur ein Bündnis von unten gegen die Arbeitsplatzvernichter von oben«. Aufgrund dieses Widerstands bot Thyssen-Krupp-Chef Schulz – wohl



mehr aus taktischen Gründen – der Belegschaft in einem Gespräch mit dem Betriebsrat das Werk zum Kauf an. »Bei den Stahlkonzernen wären wir nur eine Mücke inmitten von Elefanten«, lehnte der Betriebsratsvorsitzende Bömer dieses Angebot ab. Die Belegschaft wurde sofort in einer Versammlung darüber informiert.

Es gab »Betriebsausflüge« zur Konzernzentrale von Thyssen-Krupp (»Hier werden Entscheidungen getroffen«) und zur Börse und Banken in Düsseldorf. Zur Rheinisch-Westfälischen Börse (»Hier steigen die Aktienkurse, wenn wir verkauft werden«) über die Deutsche Bank zur Dresdner Bank (»Hier wurden die Fusionsfäden von den Männern im Nadelstreifenanzug gezogen«) zum Industriecenter e.V. (»hier finanzierten die Stahlbosse Hitler und hier verkündete Thyssen-Krupp-Chef Schulz seine neue Konzernstrategie«)

Kommt ein interessierter Käufer und will sich die Anlage vor Ort ansehen, wird er von der Belegschaft begleitet.

Ausblick

Die Verhandlungen über einen Verkauf an Salzgitter sollen nach Aussage der Geschäftsleitung ziemlich weit fortgeschritten sein, aber auch ARBED sei noch im Gespräch.

Bereits im September sollte eine Entscheidung fallen. Doch die steht immer noch aus. Am 14. 10. gibt es noch einmal mit ARBED Verhandlungen, am 24.10. tagt der Aufsichtsrat, wobei dann ein Beschluß gefaßt werden könnte. Hintergrund der Verzögerungen kann allerdings auch noch eine mögliche bevorstehende Fusion von Thyssen-Krupp mit ARBED sein. Denn der Konzentrationsprozeß bei Stahl ist noch lange nicht beendet. Dann werden alle Karten neu gemischt. Dann würden 10 bis 12 Flachstahlanlagen im Konzern vorhanden sein und ganze Standorte wären gefährdet.

Welche Rolle die HSP-Belegschaft mit ihrem Widerstandswillen dabei letztendlich spielen wird, ist nicht abzusehen. Ebenso nicht, ob sie erfolgreich sein wird.

Aber schon jetzt wird deutlich, daß sie sich nicht der Unternehmenslogik und den Kapitalinteressen unterordnen will. Allein das ist in einer Zeit, in der sich Betriebsräte all zu schnell dem Unternehmen unterordnen und zu Opfern bereit sind, schon etwas Besonderes. Deshalb auch die Botschaft dieser Belegschaft an andere:

»Mit unseren Aktionen machen wir allen von Arbeitsplatzvernichtung Betroffenen Mut, sich uns anzuschließen und sich gemeinsam zur Wehr zu setzen !«

2.10.99 ■

Nachsatz: Der Streik wurde nach fünf Tagen unterbrochen.

Auch in der Krise gibt es widerständiges Bewußtsein in der Belegschaft

Der Verfasser hat an der letzten der drei Betriebsversammlungen im Juni dieses Jahres teilgenommen. Insofern beziehen sich die folgenden Ausführungen insbesondere auf diesen Termin. Aber auch von den anderen Versammlungen war über Kollegen zu hören, daß eine ähnliche Grundstimmung vorhanden war und es ebenso Übereinstimmungen in wesentlichen Punkten des Ablaufs gab.

Der Betriebsrat verfolgt ein konfliktorientiertes Konzept

Die Betriebsversammlungen im davor liegenden Jahr waren vor allem dadurch gekennzeichnet, daß Widersprüche zwischen Betriebsrat und Vorstand nicht so richtig erkennbar waren, wenngleich in Einzelfällen dies in Ansätzen überwunden wurde. Sie waren weiterhin geprägt von einer Versammlungsführung, die der Belegschaft eher Statistencharakter zuwies. Schon rein zeitlich ließen die zahllosen Vorträge von seiten des Vorstands und des Betriebsrats kaum mehr Spielraum als für kurze Anmerkungen aus den Reihen der Kollegen.

Besonders galt dies für die Versammlungen am Ende des Jahres '98: Die westeuropäische Stahlindustrie geriet in die größte Absatzkrise der Nachkriegszeit mit einem entsprechend dramatischen Preisverfall. Es wurde in die EU mehr Stahl ein- als ausgeführt. Das hat im übrigen die ARBED-Gruppe, zu der die Stahlwerke Bremen gehören, nicht daran gehindert, das beste Geschäftsergebnis ihrer Geschichte zu erwirtschaften. In dieser Zeit bedrängte der Vorstand den Betriebsrat massiv, für das erste Halbjahr 1999 vom sog. Arbeitsplatzsicherungstarifvertrag Gebrauch zu machen. Dieser beinhaltet die Möglichkeit, die Arbeitszeit bis auf 30 Std./Woche abzusenken mit den entsprechenden Lohn- und Gehaltskürzungen. Überdies wollte er das noch mit Kurzarbeit koppeln. Der Betriebsrat hat sich auf dem Parkett der Kabinettpolitik erfolgreich insofern gegen dieses Ansinnen gewehrt, als er schließlich den Vorstand auf 3 Tage Kurzarbeit für jeden im 1. Halbjahr '98 »runterverhandelte«. Aber auf den Betriebsversammlungen war von all dem nichts mitzukriegen. Vorstand und Betriebsrat versuchten die Massivität der Krise herunterzuspielen und vermittelten der Belegschaft ein weihnachtlich-harmonisches Bild von ein bißchen harmloser Kurzarbeit. Im übrigen hatte der ganze Vorgang noch einen anderen Hintergrund: Das derzeit auf der Hütte aufgelegte Investitionsprogramm mit einem Gesamtumfang von 1,3 Mrd. Mark ließ es der Unternehmensleitung geboten erscheinen, einen Einsparungsbeitrag von 40 Mio. Mark von der Belegschaft zu erwarten.

Es hat diesbezüglich sowohl aus dem Vertrauenskörper als auch aus der Belegschaft durchaus herbe Kritik gegeben. Auf die schien nun der Betriebsrat insoweit reagiert zu haben, als er

es diesmal dem Vorstand überließ, die betriebswirtschaftlich durchaus problematische Situation der Hütte zu schildern,

demgegenüber die Punkte deutlich machte, an denen der Vorstand die Folgen davon auf die Belegschaft überzuwälzen versuchte,

einen breiten Raum für Beiträge aus der Belegschaft ließ, die einigen Fällen vorbereitet waren, teilweise wohl auch unter Einschaltung des Vertrauenskörpers.

Der Aktionsspielraum wird auch genutzt

Die Sprecher aus der Belegschaft haben den Vorstand massiv kritisiert. Durchgängig unterstützte der Betriebsrat diese Kritik.

Dabei standen unterschiedliche Aspekte im Vordergrund: Angegriffen wurde der Umstand, daß das gesamte Kurzarbeitskonzept des Vorstands nach teilweise chaotischen Zuständen im Januar schließlich im Februar sang- und klanglos fallen gelassen wurde. Es wurde der Eindruck geäußert, man habe es halt mal mit einem »Notopfer« der Belegschaft versucht, um zu sehen, ob man mit ein bißchen »Rumgespare« aus der Klemme kommen könnte. Dem entgegnete der Vorstand, man habe das Unterfangen abbrechen müssen, weil man aufgrund der hohen Fixkosten gezwungen gewesen sei, auch Aufträge zu schlechten Preisen anzunehmen. Damit wurde explizit eingestanden, daß in der hochgradig kapitalintensiven Stahlindustrie Löhne und Gehälter eben kein extrem gravierender Kostenfaktor sind. Es wurde aber auch damit zugegeben, daß natürlich die großen Stahlunternehmen in Europa mitnichten irgendein Interesse daran hatten, der Empfehlung des beratenden Ausschusses der EGKS (Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl) zu folgen: Nämlich die produzierten Mengen gemeinsam zurückzufahren, um den Preisverfall aufzuhalten. Vielmehr sehen sie ihre Chance im Verdrängungswettbewerb, in den sie ihre integrierten Hüttenwerke wie Schlachtschiffe in einen Krieg schicken – und wie im Krieg hinnehmen, daß das eine oder andere der guten Stücke dabei versenkt wird. Wer da wieder mal das Risiko tragen darf, muß nicht weiter ausgeführt werden.

Kritisiert wurde aber auch von einzelnen, engagierten Kollegen, daß die Krise offensichtlich ein willkommener Vorwand ist, alle möglichen Kürzungen zu versuchen, die in einigen Fällen geradezu grotesk wirken. Zum Teil hatten die betroffenen Kollegen richtige kleine Kampagnen organisiert: Sie waren mit ihrer Kritik und ihren Forderungen auf allen Betriebsversammlungen aufgetreten, was übrigens auch schon früher hin und wieder vorgekommen ist.

Z.B. die Situation an der Warmbreitbandstraße: Ein Vertrauensmann schilderte, wie an den technologisch hochgerüsteten Anlagen auftretende Mängel prinzipiell den Produktionsmannschaften angelastet werden, wobei es in einigen Fällen schon zu Abmahnungsversuchen infolge von »Bedienfehlern« gekommen war.

Z.B. die betrieblichen Ausbilder im Bereich TD (technische Dienstleistungen): Dies sind besonders qualifizierte Facharbeiter und Meister, die den betrieblichen Teil der Erstausbildung gestalten und verantworten (zusätzlich zu ihrer sonstigen Arbeit). Dafür erhalten sie eine Zulage. Die sollte nun weg. Das bedeutet für die betroffenen Kollegen 400 bis 600 DM brutto weniger im Monat! Und das in einem Unternehmen, das gerade, der Mode entsprechend, Unternehmensleitlinien verabschiedet hat, denen zufolge die Mitarbeiter selbstredend das wertvollste Gut überhaupt darstellen.

Z.B. die Kollegen mit Rufbereitschaft: Durch erhebliche Umorganisation, vor allem in den Instandhaltungsbereichen, hat der Umfang von Rufbereitschaft immer mehr zugenommen. Dies zum einen, weil die Instandhaltungsschichten

inzwischen zu klein sind, um größere Störungen überhaupt zu bewältigen. Zum anderen aber auch, weil dort nun die Erfahrung und das Know-how fehlt. Die besonders gut qualifizierten und damit besser bezahlten Kollegen hat man häufig in Tagschichten zusammengefaßt, um Zulagen zu sparen. Nun hatte das Management die gute Idee, daß man die Rufbereitschaftsvergütung nicht mehr in die Durchschnittsverdienstberechnung einbezieht (z.B. für Urlaub oder Krankheit), sie also nicht mehr als Bestandteil des Einkommens bewertet. Der Betriebsrat hat dagegen geklagt, erst- und zweitinstanzlich inzwischen gewonnen. Die Stahlwerke wollen in die letzte Instanz gehen – wegen 295 hochqualifizierter Kollegen in einer Belegschaft von fast 5000 Leuten! Das hat natürlich auch wunderbar zum oben erwähnten »wertvollsten Gut« gepaßt.

Auch die Schmelzer und Wasserschlosser haben sich zu diesem Thema zu Wort gemeldet: Sie sind auf dieser Hütte Angelernte, genießen also keinen Berufsschutz. Nun gibt es aus ihren Reihen, was der Betriebsrat unterstützte, seit einiger Zeit die Forderung, die Hütte solle sie bei der Möglichkeit unterstützen, einen Facharbeiterabschluß als »Verfahrensmechaniker Hüttentechnik« erwerben zu können. Ein Konzept dafür besteht, von der Qualifizierungsabteilung des Unternehmens erstellt und abgeklärt, verbunden mit minimalen Kosten. Aber offensichtlich ist es für das leitende Management nicht so wichtig, ob ein Oberschmelzer nach 20 Jahren Maloche etwa nach einem Unfall oder infolge körperlichen Verschleißes dann eben versicherungsrechtlich als Hilfsarbeiter gilt, demnach keinen Anspruch auf eine Berufsunfähigkeitsrente hat!

Kamen die vorgenannten Positionen aus dem Arbeiterbereich, so meldeten sich auch noch Angestellte zu Wort und kritisierten u.a. den Widerspruch zwischen der Selbstdarstellung des Unternehmens in den bereits erwähnten Leitlinien oder in Stellenanzeigen und internen Stellenbesetzungsverfahren, die hinter den Kulissen und auf der Grundlage von »Nasenpolitik« erfolgen.

Von Arbeiter- und Angestellten Seite wurde heftig kritisiert, daß die Unternehmensführung auf die Krise und verschärfte interne Probleme mit zunehmenden Mißtrauen gegenüber der Belegschaft reagiert, mit zahlreichen Gängelungsversuchen, einer Flut von Betriebsanweisungen und häufigen Schuldzuweisungen nach unten in Verbindung mit einer blindwütigen Einsparpolitik im Personalbereich.

Schlechte Zeiten für das VERDI-Projekt

Alle kritischen Beiträge wurden durchgehend mit großem Beifall bedacht. Die Entgegnungen von Vorstandsseite fielen durch die Bank seicht aus – oder entfielen aufgrund offenkundiger Ratlosigkeit ganz. Keine guten Voraussetzungen für den Auftritt des Arbeitsdirektors:

Der kündigte nun groß das Projekt VERDI (»Verbesserung von Dienstleistung«) an: Die Beschäftigten in den Dienstleistungsabteilungen der Hütte (Technische und Verwaltungsdienste) sollen, wie könnte es anders sein, in einen großen und offenen Dialog einbezogen werden, um herauszufinden, »wie wir in diesen Bereichen noch effektiver arbeiten können«. Weil solche hehren Unterfangen ohne externe Fachkompetenz gar nicht so recht bewältigbar seien, wolle man sich die »Unterstützung« kompetenter Beratungsunternehmen einholen – z.B. McKinsey, vermutlich weil die ja weltweit einen erstklassigen Ruf haben bei der offenen Herum-

diskutiererei mit Belegschaften. Die Süßholzraspelei ging ins Aus. Sowohl der Betriebsrat als auch Kollegen aus der Belegschaft wiesen daraufhin, daß doch offensichtlich sei, worauf dies hinauslaufen solle, und ob das Management schon gar nicht mehr ohne Unternehmensberater in der Lage sei, die Beschäftigten nach ihrer fachkundigen Meinung zu fragen.

Der IG Metall-Vertreter schimpft lieber auf die Regierung

Man hat ja gehört, der Betriebsrat habe dem Kollegen Muster von der IG Metall auferlegt, sich nicht mit den thematisierten betrieblichen Konflikten zu befassen. Wie auch immer: Er hat dies auch nicht getan, sondern sich darüber aufgeregt, daß die Regierung gar keine »arbeitnehmerfreundliche Politik« mache. Man kann ja nun nicht sagen, dies sei kein spannendes Thema. Unter den geschilderten Umständen aber wurde dies mehrheitlich von den Kollegen als »Abschweifen vom Thema« und ziemlich »daneben« empfunden.

Gerüchte vom Nachspiel

In den nachfolgenden Verhandlungen zeigte sich der Vorstand, so hört man, sehr unzufrieden mit dem Betriebsrat. So hat ihm zum Beispiel gar nicht gefallen, daß gerade die Versammlung, die auch der Verfasser erlebt hat, zu mehr als 40 Prozent von Arbeitern besucht war – wo das doch traditionell die Angestelltenversammlung ist. Da sollen die Arbeiter nicht die Leute aufhetzen! Der Vorstand möchte mit »seinen« Angestellten in Ruhe gelassen werden. Dann kann man auch besser mit denen reden – z.B. über VERDI!

Den genannten Mißständen wird natürlich akribisch nachgegangen – und wo sich die Kritiken bewahrheiten, wird sofort entschieden nachgebessert! Schauen mer mal!

Der Betriebsrat hat jedenfalls nach der Versammlung schon mal eine »Abarbeitungsliste« veröffentlicht in Bezug auf die angesprochenen Mißstände, damit die Belegschaft auch verfolgen kann, wieviel große Taten denn den großen Worten folgen werden.

Einige Nachbemerkingen

Dies soll vor allem ein Bericht sein, soll versuchen, Stimmungen in der Belegschaft zu vermitteln. Anspruchsvolle Analysen sind nicht vorgesehen – auch weil sie dem Gegenstand nicht angemessen wären. Sonst bestünde leicht die Gefahr, Betriebsversammlungen überzubewerten und Entwicklungen in sie hineinzuzinterpretieren, die sich auf dieser Ebene keineswegs verlässlich erkennen lassen. Aber ein paar Nachbetrachtungen dürfen wohl sein:

Es mag ja banal sein, aber die verbreitete »Verkommenheit« des gewerkschaftlichen Handwerkszeugs ist doch Anlaß genug für den Hinweis: Legt der Betriebsrat in der Betriebsversammlung die Konfliktlinien offen, ermutigt er, auch durch entsprechende Vorbereitung, die Kollegen zur Stellungnahme, dann besteht auch in den häufig beschworenen »schwierigen Zeiten« durchaus die Möglichkeit, daß die Belegschaft ihre Themen zum Gegenstand macht anstatt sich die Probleme des Managements und vielleicht noch des Betriebsrats anzuhören. Schon das bricht Lethargien auf!

Natürlich sind auch in den kritischen Beiträgen der Kollegen viele Illusionen enthalten: Das Management macht seine Arbeit nicht richtig. Das Unternehmen wird nicht richtig geführt. Man muß denen sozusagen auch noch zeigen, wie so eine richtige Kapitalverwertung funktioniert. Aber diese

Betrachtung ist verkürzt. Auch hier steckt im Falschen etwas Richtiges. Das Kommando des Kapitals gerät in die Schußlinie. Das ist ein ausbaubarer Ansatz. Da steckt ja auch die Möglichkeit der Erkenntnis drin, daß im einen oder anderen Fall das Tun des Managements vielleicht doch nicht so falsch ist, wengleich nicht unbedingt der Herstellung von Flachstahlprodukten förderlich. Und da könnte die Einsicht aufscheinen, daß es auch gar nicht so sehr um Flachstahlprodukte geht. Und natürlich: Wozu das Management eigentlich da ist!

Viel wichtiger aber ist, daß dann, wenn die Kollegen nicht nur anprangern, sondern auch sich zusammenschließen, wie das eben auch der Fall war, wenn sie selbst Forderungen vertreten, wenn sie sich in Verhandlungen einmischen wollen, daß dann durch dieses Einmischen Erfahrungen gemacht werden können, die dem Bestand der Illusionen durchaus abträglich sind.

Aber auch ungelöste Fragen sollen angesprochen werden: Wie sieht der richtige Umgang mit einer Unternehmenssituation aus, die betriebswirtschaftlich herzerreißend schlecht ist, wie der Vorstand sagt? Das alles als unternehmerische Übertreibung abzutun, ist jedenfalls aus sozialistischer Sicht nicht angemessen. Angemessen ist, in einer solchen Situation deutlich zu machen, das es höchste Zeit ist, die Ärmel aufzukrempeln und dafür zu kämpfen, daß die Rechnung nicht die Belegschaft bezahlt. Und das angeführte VERDI-Projekt ist natürlich Vorbote für eine Salami-Taktik, die genau darauf aus ist. In diesen Zusammenhang muß auch das Investitionsprogramm von 1,3 Mrd. Mark (!) auf der Hütte gestellt werden, das den Kollegen von Vorstand und Betriebsrat immer noch als sicheres Zeichen dafür verkauft wird, daß es ja doch »weitergeht« – aber mit wem? Und wie?

Was aber bleibt? Wenn die betriebliche Herrschaft des Kapitals schon mit der von ihr selbst verbreiteten Ideologie nicht mehr zusammenpaßt und dies Bewegung von unten erzeugt, dann rückt Veränderung in den Fokus – auch wenn diese Möglichkeit leicht verspielt werden kann. ■

■ ZAPFENSTREICH: BINDING-BRAUEREI KASSEL

Die Hoffnung auf »Herkules«* trog

»Bier macht den Durst erst schön!« Diese Parole aus den sogenannten »Wirtschaftswunderzeiten« zieht heute nicht mehr so wie früher. Und das nicht nur, weil sie heute kaum mehr jemand kennt. Nach dem Spitzenwert von 151 Litern Bier pro Kopf im Jahre 1976 ging der Bierkonsum stetig zurück. Der Durst wurde nicht weniger, aber der Bierdurst blieb zu Anfang der neunziger Jahre bei 142 Liter und 1998 dann schon bei 127 Liter gelöscht. Erheblicher Werbeaufwand verteidigt bestenfalls erlangte Marktanteile. Im Preis eines 20er Kastens ist bei führenden Marken der Werbeetat anteilmäßig im Schnitt von einer Mark bereits enthalten. »Wohl bekommt's«, kann da die Werbewirtschaft sagen.

Als Folge sind die gesamten Braukapazitäten in Deutschland nur zu 65 Prozent ausgelastet. Wie die Zeiten, so wandeln sich die Konsumenten, aber auch die Produzenten. Wenige Brauimperien mit enorm gesteigerten Kapazitäten

und immer weniger Beschäftigten beherrschen fast flächendeckend den Getränkemarkt. Ob Autos, Kühlschränke oder ein frisch Gezapftes: Die Gesetze der Kapitalverwertung, der Drang zu konzentrierter und zentralisierter Produktion und Verteilung machten auch vor der ehrwürdigen Braukunst nicht halt. 1960 existierten in Westdeutschland 2218 Brauereien, in Gesamtdeutschland sind es heute noch 1280.

Da gilt es, Überkapazitäten zu beseitigen. Die größte deutsche Braugruppe, die Binding AG in Frankfurt/Main, im Geschäftsbereich Bier und alkoholfreie Getränke eine Untergruppe des Oetker-Konzerns, wird nun ihrem Zweigwerk in Kassel mit noch 100 Beschäftigten zum Jahresende »den Hahn abdrehen«. Dort endet am 30. November eine hundertjährige Brautradition.

Mit einem Ausstoß von 400.000 Hektolitern waren in Kassel die vorhandenen Braukapazitäten auch nur zu zwei Dritteln genutzt, ähnlich wie in der Frankfurter Zentrale. Dort ergossen sich im letzten Jahr über die Fließbänder 1,8 Mio. Hektoliter Bier ins Freie. Drei Mio. Hektoliter könnte allein diese Braustätte bei Vollaustlastung auf den Biermarkt drücken.

Nachdem noch vor Jahresfrist Binding-Chef Klaus Peter Ebrich umlaufende Branchengerüchte dementierte und der Kasseler Brauerei unter Berufung auf die expandierende Weizenbierproduktion (Schöffhofer) von inzwischen 260.000 Hektolitern pro Jahr weitere hundert Jahre Fortexistenz verhielt, überraschte der Beschluß des Vorstands zur Betriebsstilllegung zu Märzanfang die Belegschaft umso mehr. Diese setzte bei einer Erwerbslosenquote von 12,6 Prozent im nordhessischen Raum um Kassel nun auf die Fortführung der Brauerei in eigener Regie. Dazu ermunterte während einer Betriebsversammlung am 11. März der Betriebsratsvorsitzende der Bavaria Brauerei in Hamburg. Diese Brauerei blieb durch die Aktionen der Belegschaft erhalten und wechselte mit Hilfe des Hamburger Senats von »Brau und Brunnen« zum Holstenkonzern. Aber die unsichere Perspektive eines kleinen regionalen Anbieters der wiederbelebten Marke »Herkules« hätte nur für höchstens vierzig Beschäftigte den bisherigen Arbeitsplatz in Kassel belassen.

Vor allem aber: Warum sollte der Frankfurter Binding-Vorstand die faktische Neugründung einer Konkurrenzbrauerei zulassen? Ging es doch auch darum, Braukapazität an sich trocken zu legen. Der bisherigen Firmenpolitik würde das zuwiderlaufen: Denn seit 1951 legte die Binding AG zwanzig aufgekaufte Brauereien still. Binding/Kassel schreibt die Liste jetzt lediglich fort.

Die Interessenlage innerhalb der Belegschaft stellte sich keineswegs einheitlich dar. Denn 25 Beschäftigte können in die Zentrale nach Frankfurt wechseln. Eine gleichgroße Anzahl ist sozusagen Vorruchstandskandidat, und einigen Kollegen gelang bereits der Absprung auf eine andere Arbeitsstelle. Trotz aller Proteste und Sympathiebeweise aus der Stadt erzeugte das nicht die Konsequenz einer Kampfbereitschaft mit unabwägbaren Risiken. Eine Besetzung des Betriebs, die dem Anspruch auf Weiterführung des Betriebs in Arbeiterhand spektakulär Nachdruck verliehen hätte, lag in dieser Situation nahe. Doch dazu fehlte die einheitliche Kraft einer Belegschaft, der nichts anderes mehr übriggeblieben wäre.

Zudem willigte der Binding-Vorstand in unverbindliche Verhandlungen ein, die den Erwerb der Betriebsanlagen zum Gegenstand machten und die Hoffnung nährten, einer auf

* Herkules, Sohn des Zeus, löste in der griechischen Sage viele mühevollen Aufgaben, u.a. tötete er den Adler, der Prometheus die Leber aus dem Körper fraß.

höchstens vierzig Beschäftigte verkleinerten Belegschaft für 15 Mio. DM das Weitermachen zu ermöglichen. Die Produktion von Weizenbier und Biersorten für Handelsketten sollte wegfallen und nur der jährliche Ausstoß von 20.000 Hektolitern »Herkules«-Bier zulässig sein. Ob die Erlöse aus dieser noch nicht mal ein Zehntel der erreichten jährlichen Weizenbiermenge ausmachenden Quote hinreichen würden, irgendwann ein positives Betriebsergebnis zu erzielen, ist so oder so doch als sehr optimistisch aufzufassen. Just in dieser Lage trat dennoch ein türkischer Investor auf den Plan, der eine Brauquelle suchte, von der aus in diesem Fall »Herkules«-Bier für den Vertrieb in die Türkei fließen konnte.

Wenn auch seit April/Mai der Binding-Vorstand bereits arbeitsrechtliche Schritte im Hinblick auf den fälligen Interessenausgleich bei Schließung forcierte – Wegmarken, hinter die es rein juristisch eigentlich kein Zurück mehr gibt – erhöhte das Management Mitte September den Kaufpreis der Brauereianlagen. Nun sollten es 35 Mio. DM sein.

Vollends zum Spiel mit falschen Karten geriet die Partie für alle Beteiligten, als ein zu Septemberanfang datiertes Dankschreiben an den technischen Direktor auftauchte, in dem ein Geschäftsmann mit Anschrift in Lissabon Angaben dahin machte, die Braustrecke in Kassel abzubauen und nach Portugal zu transportieren. Der gemeinsame Markt der Europäischen Union ist auch ein gemeinsamer Biermarkt, in dem Binding als Untergruppe des Oetkerkonzerns mitmischte. Ist die Vermutung von der Hand zu weisen, daß über Portugal als EU-Land der Transfer der Anlage nach Brasilien weitergeht? Der Binding-Vorstand ließ durchblicken, die Anlage für 10 Mio. DM losgeschlagen zu haben.

Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten erklärte dazu öffentlich: »Fairneß und Seriosität lassen zu wünschen übrig.« Und der Betriebsrat konnte nur noch feststellen, »eigentlich nie eine faire Chance durch die Binding AG« bekommen zu haben. ■

■ SOMMERTREFF DES BERLINER DGB- ORTSKARTELLS TEMPELHOF-SCHÖNEBERG:

Die politischen Widersprüche in den Gewerkschaften wachsen

Das DGB-Ortskartell zählt in Berlin zu den aktivsten gewerkschaftlichen Gliederungen. Die im Ortskartell organisierten KollegInnen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die gewerkschaftlichen Positionen und politischen Vorstellungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Mit Info-Ständen haben sie sich in den vergangenen Jahren an Kampagnen der Gewerkschaften beteiligt sowie praktische Solidarität mit kämpfenden Belegschaften geübt. Im Frühjahr dieses Jahres standen die Aktivitäten gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung und deren Unterstützung durch den DGB-Vorstand im Mittelpunkt der praktischen Aktivität.

Das Sommertreff am 9. September stand ganz im Zeichen der Sozialpolitik der rot-grünen Regierung. Wie groß die Distanz zur SPD inzwischen für viele Betriebs- und Personalräte sowie für aktive GewerkschafterInnen geworden ist, machen die Redebeiträge deutlich. Besonders in den Bereichen des öffentlichen Dienstes, die gewerkschaftlich gut organisiert sind, hatte die Sozialdemokratie einen erheblichen Einfluß und Anhang – die Enttäuschung ist entspre-

chend groß. Die Widersprüche in den Gewerkschaften wachsen, die politischen Fragen liegen klarer auf dem Tisch. Ein Personalrat des Krankenhauses Neukölln führte u.a. aus:

»... Als Städtisches Krankenhaus sind wir, wie alle Krankenhäuser, den Auswirkungen des neuen Krankenhausplans ausgesetzt, und als Teil des öffentlichen Dienstes unterliegen wir dem gleichen Spardruck wie die Kolleginnen und Kollegen der BVG, der Stadtreinigung und aller anderen Dienststellen. Die Angst um den Arbeitsplatz, die Furcht vor dem sozialen Abstieg, die Sorge um die eigene Existenz und die der Familie prägen heute die Gefühle der Beschäftigten.

Seit 1996 hat das Krankenhaus Neukölln durch den Spardruck von Senat und Krankenkassen 944 Beschäftigte verloren. Das entspricht der Dimension eines Großbetriebes. Die Personalausstattung ist auf ein unverantwortlich tiefes Niveau abgesenkt. Die Versorgung der Patienten ist qualitativ auf einem Tiefpunkt angelangt. Selbst diese Form von rationierter Medizin und Pflege wird nicht mehr finanziert... Das Krankenhaus Neukölln macht ein jährlich geplantes Defizit von knapp 10 Mio. DM. Dazu rechnen muß man die derzeit dokumentierten Überstunden, die nicht ausgeglichen sind. Das sind alleine 50.000. Die nicht dokumentierten Überstunden, die insbesondere den Ärzten und Ärztinnen erpresserisch abverlangt werden, machen ein Volumen von ebenfalls mindestens 50.000 aus. Etwa 50.000 Überstunden kommen in der Verwaltung und im Versorgungsbereich zusammen. Zusätzlich werden von Fremdfirmen zum kurzfristigen Ausheilen in allen Bereichen nochmals 2,5 Mio. DM verbraucht. Alles in allem bräuchte das Krankenhaus Neukölln etwa 250 bezahlte zusätzliche Stellen, um seinem Auftrag einigermaßen gerecht zu werden. Und das ist dann eine kaum noch vertretbare medizinische und pflegerische Versorgung.

Wenn es aber nach Senat und Krankenkassen geht, so werden wir auch dieses Niveau nicht lange halten können. Über 4000 Betten sollen in Berlin abgebaut werden, 8700 Arbeitsplätze fallen weg, davon allein 5500 in den städtischen Krankenhäusern. Das Berliner Gesundheitswesen wird kollabieren und das in diesem Winter. Bereits im letzten Winter mußten viele Patienten im Krankenhaus Neukölln auf den Fluren liegen. Dieses Jahr, so befürchte ich, werden wir die große Eingangshalle des Krankenhauses in ein Lazarett umwandeln müssen. Von den 20.000 Beschäftigten der Städtischen Krankenhäuser werden 7000 den Arbeitsplatz verlieren, jeder 3. ist betroffen. Nicht nur die Betroffenen und ihre Familien, auch die Patienten werden unter den Auswirkungen dieses Krankenhausplans zu leiden haben. Mangel an Betten, Mangel an Pflege und Mangel an Medizin werden das Gesundheitswesen prägen.

So ist die Lage in den Krankenhäusern. Aber so ist sie auch in nahezu allen Bereichen der öffentlichen Versorgung. Ob Müllbeseitigung, Nahverkehr, Wasserversorgung, Elektrizität, Schulen, Kindergärten, Sozialämter und viele andere Bereiche – überall dasselbe Bild. Der Abbau aller staatlichen Leistungen hat nach meiner Auffassung bereits zur qualitativen Veränderung geführt. Diesen Staat kann ich beim besten Willen nicht mehr als Sozialstaat bezeichnen.

Warum gelingt es nicht, diese Rückkehr in den reinen, marktorientierten Kapitalismus aufzuhalten?

Meine Antwort ist, daß uns die klassischen Mittel genommen wurden. Die SPD, als Partei der Arbeitnehmer hat sich soweit modernisiert, daß sie sich flexibel in eine Partei der Marktgesetze umstrukturiert hat. Die Vernichtung von tarif-

lich abgesicherten Arbeitsplätzen zugunsten des Billiglohnmarktes ist weder mit sozialen noch mit demokratischen und schon gar nicht mit sozialdemokratischen Grundprinzipien vereinbar. Gleiches gilt für den Abbau öffentlicher Dienstleistungen, zugunsten profitorientierter Geschäfte an der Börse. Mit dieser bevölkerungsfeindlichen Politik können Bürger dieses Landes die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht mehr identifizieren. Folgerichtig wird es weiter Wahlrückgänge für die SPD geben. Der weitere Rückgang der Wahlbeteiligung zeigt einmal mehr, daß die Bürger dieses Landes sich mit diesem Staatssystem nicht mehr identifizieren können und wollen.

Die Gewerkschaften entwickeln sich fast parallel. Die Politik der Bundesregierung wird nahezu ohne Abstriche, notfalls auch gegen die Mitglieder, durchgesetzt. So ist zumindest meine Erfahrung mit meiner Gewerkschaft, der ÖTV. In Anerkennung der ökonomischen Rahmenbedingungen, so wörtlich in der Präambel einer derzeit in der Diskussion befindlichen Vereinbarung gegen betriebsbedingte Kündigungen, verpflichtet sich die ÖTV zur Umsetzung des Krankenhausplans – dieses Programms zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und gegen die Gesundheit der Bevölkerung. Diese Vereinbarung ist ein Hohn für jeden aufrechten Gewerkschafter, da sie die Beschäftigten rechtlos, wehrlos und müde macht und dann noch die Personalräte der Krankenhäuser zur Kooperation verpflichten will. Wenn die ÖTV diese Vereinbarung unterschreibt, macht sie sich zum Transmissionsriemen des politischen Programms der Bundesregierung.

Ich appelliere an den Bezirksvorstand der ÖTV-Berlin, diese Vereinbarung so nicht zu unterschreiben. Ich appelliere auch an alle Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, gegen diese Form des Mißbrauchs unserer Gewerkschaft eine Front aufzubauen, die sich wieder auf gewerkschaftliche Grundprinzipien besinnt. Kolleginnen und Kollegen, wacht auf, das neue Jahrtausend braucht soziale und demokratische und sozialdemokratische Prinzipien.«

Und der Vorsitzende des DGB-Ortskartell führte in seiner Begrüßung u.a. aus: »Wir wollen die Wiederherstellung der 100-prozentigen Lohnfortzahlung und die Wiederherstellung des von der Kohl-Regierung im Husarenstreich gekappten Kündigungsschutzes nicht gering schätzen. Wir Gewerkschafter haben mit unserer DGB-Kampagne »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« den Wahlversprechen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vertraut. Ich bekenne, wir haben uns geirrt. (...)

Der DGB hat nicht 8 Mio. DM an Werbung für einen Politikwechsel ausgegeben, und wir haben nicht Woche für Woche an Informationsständen einen Politikwechsel gefordert, damit die Reichen weiter reicher und wir alle weiter ärmer gemacht werden.

Die augenblickliche Lage zeichnet sich dadurch aus, daß in unserem Land die Aufforderung zum und der Gesetzesbruchs zum Kavaliärsdelikt verkommen. Steuerhinterziehung ist inzwischen zu einer Sportart der Reichen geworden. Repräsentanten der Arbeitgeberverbände fordern ihre Mitglieder offen zum Bruch von Tarifverträgen auf. Ein sogenanntes »Bündnis für Arbeit« soll die Gewerkschaften zur Kapitulation vor Forderungen des Maastricht/Amsterdamer Vertrages zwingen. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Unternehmervetreter die Tarifautonomie infrage stellen.

Der Finanzminister kündigte eine Nullrunde für Beamte an, obwohl noch keine Tarifverhandlungen stattgefunden haben. Die angeblichen Bündnispartner der Gewerkschaften, die Unternehmer, fordern öffentlich die Abschaffung der Flächentarifverträge und die Einführung von Tarifleitlinien und der kaschmirbeschalte Bundeskanzler eröffnet irgendwo eine McDonald-Filiale, obwohl er weiß, daß dort nicht tarifgemäß bezahlt und ungesetzliche Abzüge bei den 630-Mark Kräften erfolgen. Wir werden und dürfen uns keine unzuverlässigen Eingriffe in die Tarifautonomie gefallen lassen (...).

Uns allen bleibt nichts weiter übrig, als uns über die meisten (...) Massenmedien hinwegzusetzen und unsere Überzeugungen von einer sozialen oder sogar sozialistischen Gesellschaft von Mund zu Mund und mit Hilfe einzelner nicht vom Kapital beherrschter Medien und mutiger Journalisten weiterzugeben und zu hoffen, dafür offene Ohren und Aufnahmebereitschaft zu finden.

Uns helfen keine Politiker, keine Medien und kein Tribunal. Das Nötige müssen wir selbst erledigen und ab heute selber tun.« ■

Aktionswoche der »Internationalen Transportarbeiterföderation« gegen Billigflaggenschiffe

Vom 27.09. bis 01.10.99 hat die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) ihre diesjährige Kampagne gegen Billigflaggenschiffe durchgeführt. Schiffe unter Billigflagge sind solche, bei denen der »nutznießende Eigentümer« nicht Angehöriger des Flaggenstaates ist, sondern dort lediglich eine Briefkastenfirma unterhält. Er profitiert damit auf zweierlei Weise:

- Da auf Schiffen die Vorschriften des Flaggenstaates gelten, die typischen Billigflaggenstaaten (meist Drittweltländer) aber entweder nicht willens oder in der Lage sind, ihre Vorschriften effizient durchzusetzen, herrschen auf Schiffen unter billiger Flagge in der Regel haarsträubende Sicherheits- und Umweltstandards. Während der Anteil an Billigflaggenschiffen an der Weltflotte ca 20 Prozent beträgt, sind diese Schiffe an ca 60 Prozent der Seeunfälle beteiligt.

- Ebenfalls bedingt durch das Recht des Flaggenstaates lassen sich auf diesen Schiffen Arbeitsbedingungen durchsetzen, wie sie im Land des »nutznießenden Eigentümers« völlig undenkbar wären. Die Mannschaften entstammen meist Drittwelt- oder GUS-Staaten. Sie genießen typischerweise weder rechtlichen noch gewerkschaftlichen Schutz. Zumeist über Heueragenturen in ihren Heimatländern engagiert, riskieren sie im Falle von Gegenwehr Repressionen, zumindest aber ihre Registrierung in schwarzen Listen und damit den Verlust zukünftiger Arbeitsmöglichkeiten. Unter diesen Umständen wird geschätzt, dass das Heuerniveau zwischen 80 Prozent und 95 Prozent unter demjenigen in USA oder Westeuropa liegt. Wichtige Billigflaggen sind z.B. Honduras, Liberia, Panama und Zypern sowie die Zweitregister der Industriestaaten.

Die ITF ist ein internationaler Zusammenschluss von Transportarbeitergewerkschaften, der in Deutschland die ÖTV angehört. Sie fordert die Reeder seit langem auf, mit ihr Tarifverträge abzuschließen. Diese Verträge werden anders

als das in Deutschland übliche Prozedere nicht verhandelt. Stattdessen bietet die ITF alternativ zwei Verträge an. Schließt der Reeder freiwillig ohne Arbeitskampf ab, kann er die billigere Variante wählen. Wird er ohne Tarifvertrag in einem Hafen »erwischt«, und ist die Mitgliedsgewerkschaft des Landes in der Lage, einen Arbeitskampf zu führen, muß er den teureren Vertrag unterschreiben. In beiden Verträgen gibt es keinerlei Verhandlungsspielraum, es steht lediglich die Frage, ob er durchgesetzt werden kann.

In der Aktionswoche wurden europaweit in allen wichtigen Häfen von kleinen Trupps die Schiffe besucht, bei bestehenden Tarifverträgen deren Einhaltung kontrolliert, ansonsten die Reederei über den Kapitän aufgefordert, einen Vertrag der teureren Kategorie abzuschließen. Wo dies nicht geschah, wurde das Schiff boykottiert, d.h. die Gewerkschaften riefen Hafentarbeiter, Festmacher usw. dazu auf, sämtliche Arbeiten an dem Schiff zu verweigern. Da Schiffe (besonders im Hafen) hohe laufende Kosten verursachen und heutzutage meist in vernetzte Liniendienste eingebunden sind, führte ein erfolgreicher Boykott dann relativ schnell zu Abschlüssen.

Verlauf und Ergebnisse der diesjährigen Aktionswoche in Deutschland

Schon im Vorfeld der Aktionswoche wurden für ca. zwanzig Schiffe, die in dieser Zeit für sie »gefährliche« Häfen anlaufen mußten, Tarifverträge abgeschlossen. Schon hieran wird deutlich, daß es sich für die Reeder allemal eher lohnt einen (auch nicht eben üppigen) ITF-Tarif abzuschließen, als in einen Arbeitskampf zu geraten. Die Schwerpunkte der Aktionswoche lagen, ihrer Bedeutung entsprechend, in Hamburg und Bremerhaven.

Im Hamburger Häfen waren, wie schon in den Jahren zuvor, Boykottaktionen möglich. Während der Woche versuchten drei Schiffe, aus einem Boykott auszubrechen (d.h. sie kappten die Tauen, weil sie weder be- und entladen noch losgemacht wurden und versiegelten illegal, ohne auszuklarieren). Eines davon mußte allerdings, auf Druck des Charterers, der auf Erfüllung seiner Verträge bestand, schon am kommenden Tag zurückkehren. Schon in der Anfahrt auf den Hafen wurde ein Vertrag für das Schiff abgeschlossen, um erneutem Boykott zu entgehen.

Bremerhaven galt bisher als schwarzes Loch, was ITF-Aktionen betrifft. Die Reeder ließen denn auch ihre Schiffe bedenkenlos ohne Tarifvertrag dort einlaufen. Zwischenzeitlich hatte sich hier aber einiges geändert. Zum einen hatte im Betriebsrat des Gesamthafenbetriebs (eine Art Arbeitskräfteverleih für die Stauerien) ein Generationswechsel stattgefunden, wodurch ein junger engagierter Kollege zum BR-Vorsitzenden aufgestiegen war. Dieser informierte seine Kollegen ausführlich über Ziele und Hintergründe der Aktionswoche und beteiligte sich auch selbst an den Kontroll-Boykottrupps. Dadurch war ein bedeutender Teil der Hafenbelegschaften auf evtl. Aktionen gut vorbereitet. Zum anderen hatte die ÖTV auf ihren zuständigen Sekretär und den Betriebsrat von »Eurogate« (wichtigster Hafenbetrieb; Zusammenschluß der ehemaligen Bremer Lagerhausgesellschaft mit dem Hamburger Hafenbetrieb »Eurokai«) eingewirkt, daß Bremerhaven sich an der Aktionswoche beteiligen müsse. Dadurch wurde von dieser Seite, wenn schon kaum Unterstützung geleistet, so doch wenigstens auch nicht sabotiert (wie in den Vorjahren). Darüber hinaus hat die Ge-

schaftsführung von Eurogate keine sehr ernsthaften Versuche unternommen, Arbeitskämpfe gegen die Reedereien zu verhindern. Durch all diese Faktoren zusammen wurden Boykottaktionen auch in Bremerhaven möglich. Gleich zu Beginn der Woche liefen zwei ausgeflaggte Schiffe derselben Reederei ein. Sie weigerten sich, einen Tarif abzuschließen, und wurden sofort boykottiert. Nachdem der Boykott über drei Schichten durchgehalten wurde, unterschrieb der Reeder einen Vertrag über seine ganze Flotte von acht Schiffen. Daraufhin schlossen andere tariflose Schiffe schon in der Anfahrt auf den Hafen Tarifverträge ab.

Bisherige Entwicklung der ITF-Aktionswochen in Deutschland

Die ITF führt ihre Aktionswoche gegen Billigflaggen seit 1996 einmal jährlich welt- oder europaweit durch. In Deutschland wurde die ÖTV dadurch in ein gewisses Dilemma gestürzt. Zum einen wurde sie durch die Ausflagungswelle und das zweite deutsche Schiffsregister (GIS) fast ihrer gesamten seefahrenden Mitgliederbasis beraubt. Auch wurden ihre Mitglieder in anderen Transportgewerben direkt (z.B. durch Ausführung von Hafentarbeiten mit bordeigenem Geschirr durch Seeleute), indirekt (durch Konkurrenzvorteile gegenüber anderen Verkehrsträgern) oder in entsprechender Weise (LKW, Züge oder Flugverkehr mit anderen als deutschen/europäischen Rahmenbedingungen) gefährdet. Dies spätestens hätte die ÖTV veranlassen müssen, in Vertretung der Mitgliederinteressen die Aktionen mit Nachdruck zu unterstützen. Zum anderen widersprachen die Aktionswochen aber im Ziel und nach der Aktionsform dem im ÖTV-Hauptvorstand vorherrschenden Politikverständnis. Daß internationale Solidarität nicht zu den starken Seiten der ÖTV-Führung gehört, hat sie beim Transport von Streikbrecherkohle nach England während des dortigen großen Bergarbeiterstreiks und in ihrem Verhalten gegenüber den streikenden Liverpools Hafentararbeitern deutlich gezeigt. Die Ablehnung jeder Solidarität gipfelte dann aber darin, daß bei den ITF-Aktionen nicht einmal zur Kenntnis genommen wurde, daß die ITF-Tarife nicht nur den Seeleuten nützen, sondern auch den (ÖTV-organisierten) Hafentararbeitern, deren Arbeitsplätze auf deutschem Tarifniveau durch das (in den ITF-Verträgen festgelegte) Verbot von Hafentararbeit durch Seeleute geschützt werden. Von ÖTV-Offiziellen war aber anfangs davon geschwafelt worden, wie schwer es sein würde, den Hafentararbeitern klarzumachen, daß sie für »fremde« Interessen streiken sollten. Außerdem widersprach es der sozialpartnerschaftlichen Orientierung der ÖTV, die fast in Vergessenheit geratene Form des Boykotts zu wählen. Sie hatte wohl Angst, daß sich hier eine Reihe von Arbeitskonflikten anbahnen würde, die sich ihrer Kontrolle entziehen würden.

Die ÖTV versteckte sich dann auch im ersten Aktionsjahr hinter ihrer Rechtsauffassung, der arbeitsrechtliche Boykott sei in Deutschland nicht zulässig. Daß sie das für ein schlagendes Argument hielt, spricht auch schon Bände. Sie gab dann die Parole aus, Boykotts nicht unbefristet zu führen, sondern bei Androhung von Schadensersatzforderungen abzubrechen. Entsprechend mager war das Ergebnis der ersten Aktionswoche in Deutschland. Das schuf für sie allerdings ein neues Dilemma. Denn, weil sie innerhalb der ITF ein wichtiges Wort mitreden wollte, konnte sie auf Dauer nicht deren Aktionswochen torpedieren. Also wurde für das

Folgejahr ein Rechtsgutachten bestellt, in dem Zulässigkeit und Schadensersatzrisiken beurteilt werden sollten. Das (inzwischen durch Gerichtsurteile bestätigte) Ergebnis war, dass der Boykott in Deutschland ein grundsätzlich zulässiges Kampfmittel ist wie der Streik (d.h. mit den selben Beschränkungen). Damit war der ÖTV zwar die Sorge genommen, evtl. rechtswidrig zu handeln, gleichzeitig konnte sie sich aber auch nicht mehr hinter der Rechtslage verstecken. Damit lag jeder nicht erfolgte Boykott in ihrer Verantwortung. Die Folge war, daß ab sofort die ITF-Aktionswochen in Deutschland von der ÖTV tatsächlich unterstützt wurden. Zunächst gab es zwar noch inhaltlichen Widerstand kleinerer Funktionäre, die sich das gute Verhältnis zu den Geschäftsführern der meist halbstaatlichen oder gerade privatisierten Hafenerbetrieben nicht versauen wollten, dieser wurde aber tendenziell überwunden.

Die Einstellung der Hafenerbetreiberkollegen

Bei den Kollegen in den Hafenerbetrieben war das Echo auf die Aktionswoche sehr unterschiedlich. Vorwiegend gleichgültig bis negativ aufgenommen wurden die Aktionen dort, wo die Belegschaften nicht oder schlecht informiert waren. Hier wurde einmal mehr deutlich, daß viele Kollegen nach wie vor auf ihre gewählten Vertreter fixiert sind. Waren diese nicht im Vorfeld aktiv geworden und auch in der Aktion nur halbherzig oder gar nicht dabei, hing die Einstellung ganz vom politischen Niveau der Kollegen ab. Es reichte dann von Einsicht bis hin zu dummen chauvinistischen Sprüchen. Überzeugungsarbeit kurz vor oder während der Aktion war schwierig bis unmöglich. Dort, wo die Kollegen gut informiert waren, ist größtenteils begriffen oder zumindest gefühlt worden, daß es einen gemeinsamen Kampf der Hafenerbetreiber und Schiffsbesatzungen geben muß. Dies hängt vermutlich damit zusammen, daß teilweise Reeder direkt in die Hafenerbetriebsbedingungen eingreifen, daß die Hafenerbetreiber ihre Arbeit oftmals an Bord verrichten und die Zustände dort kennenlernen und daß nach dem Niedergang der Seeschifffahrt im ersten deutschen Register viele Kollegen Arbeit in den Häfen aufgenommen haben. Letztere werden sich noch eine gehörige Portion Wut gegen ihre ehemaligen Arbeitgeber aufbewahrt haben.

Insgesamt muß wohl konstatiert werden, daß die Kollegen in den Häfen noch lange nicht willens sind, praktische internationale Solidarität in selbstverständlichen und selbstständigen Aktionen zu üben. Es hat aber keine Schwierigkeiten gegeben, den Sinn von Solidarität zu vermitteln, wenn dies ernsthaft versucht wurde. Und es gab sogar besonders erfreuliche Situationen, als Betriebsräte Aktionen verhindern oder begrenzen wollten und dafür unangenehme Fragen und Bemerkungen ihrer Kollegen ausgesetzt waren. Auch hier hat es nicht zu selbstständigen Aktionen gereicht – aber immerhin. ■

■ EIN GEWERKSCHAFTER ERZÄHLT, WAS VON EINEM EUROPÄISCHEN KAMPF BLIEB

Es war einmal Vilvoorde

Zwei Jahre nach Schließung der belgischen Renault-Fabrik: Seit dem 27. Februar 1997, als Renault beschloß, das Werk in Vilvoorde, der Industriestadt im Brabant vor den Toren von Brüssel, zu schließen und damit 3300 Arbeitsplätze zu elimi-

nieren, sind zwei Jahre vergangen. Der außerordentliche Kampf seiner Arbeiter verwandelte sich in die erste multinationale gewerkschaftliche Auseinandersetzung. Es gab miteinander verbundene Demonstrationen der belgischen, französischen und spanischen Renault-Arbeiter in den wichtigsten europäischen Städten. Auch die EU wurde mit hineingezogen, aber ohne Erfolg – den Multinationalen können keine Regeln auferlegt werden und die Freiheit des Kapitals ist wichtiger als das Recht der Arbeiter.

Unterdessen hat Renault im vergangenen Jahr weltweit 16 Prozent mehr Autos verkauft. 34 Fachjournalisten haben den Renault-Präsidenten Louis Schweitzer zum »Auto-Mann« des Jahres benannt, womit er sich auch die spitzen Bemerkungen von Geert van Istendael, einem ehemaligen Journalisten, Schriftsteller und Kabarettisten verdiente. »Über Schweitzer weiß ich noch mehr«, sagt van Istendael. »Er ist ein Menschenfreund. Das mit den guten neuen Modellen bringt es nicht. Seine Leidenschaft ist es die europäischen Arbeiter rauszuschmeißen und die flämischen Politiker, diese Verteidiger des freien Marktes, zu verspotten.«

Im folgenden ein Interview von »Il Manifesto« mit **Hendrik Vermeersch** – Sekretär der ABVV (Allgemeine Föderation der belgischen Arbeiter):

Was lehrt die Erfahrung von Vilvoorde?

»Das Werk in Vilvoorde ist das erste gewesen, das von Renault, so um die 20er Jahre herum, außerhalb Frankreichs eröffnet wurde. Mit fast 4000 Arbeitsplätzen ist es immer eine der wichtigsten Fabriken in der Gegend gewesen. Vilvoorde war ein industrielles Zentrum, das Dutzende großer Fabriken zählte. Die sozialistische und kommunistische Präsenz war sehr stark. Während der Okkupation gab es in allen großen Fabriken ein von der kommunistischen Partei geführtes Widerstandskomitee. Eine KP, die in bestimmten Stadtteilen bis zu 30 Prozent der Stimmen erhielt.

In den letzten 30 Jahren hat Renault andere Werke in Spanien, Portugal und Slowenien aufgemacht, und die Bedeutung von Vilvoorde in der Unternehmensgruppe hat abgenommen. Hier produzierten sie die Modelle Clio und Megane. Als Gewerkschaft fürchteten wir seit langem die Schließung in erster Linie aus logistischen Gründen. Die neuen Automobilwerke werden außerhalb der Stadtzentren und nah an den Lieferanten und den Autobahnen gebaut. Das erlaubt es, die Werke ohne Probleme zu erweitern. Hier jedoch gab es keinen Platz dafür. Außerdem befanden sich die Lieferanten in Frankreich und die Ersatzteile mußten von dort importiert werden. Aber die größte Besorgnis rührte bei uns von den Überkapazitäten in diesem Sektor her. Und in der Tat ist das die offizielle Begründung der Schließung von Vilvoorde gewesen.

Das, was sicher ist, ist, daß in Rußland, Brasilien und Slowenien die Löhne niedriger sind. Hier waren sie niedriger als die französischen, aber der Lohn hat nur einen relativen Einfluß auf die Kosten. Beim Auto liegt der Lohnanteil bei 17 Prozent. Vilvoorde ist vom Gesichtspunkt der Produktivität und der Flexibilität her immer eine Modellfabrik gewesen. Die Arbeitszeit betrug in bestimmten Perioden 9 Stunden bei 5 Arbeitstagen die Woche, zu anderen Zeiten 9 Stunden bei 3 Arbeitstagen pro Woche. Aus Angst, daß die Fabrik ohne die neuen Modelle schließen würde, ist 1992 das entsprechende Abkommen unterschrieben worden. Aber das hat einen per-

versen Effekt gehabt: Diese Art von Abkommen – welches das erste seiner Art war – ist vom Unternehmen als Modell in allen anderen Werken in Frankreich und in Spanien benutzt worden, um eine größere Flexibilität zu erreichen.

Nach ein paar Jahren war der Vorteil von Vilvoorde verschwunden. Die Überkapazitäten (einer der Hauptgründe für die Schließung) existieren nicht nur bei Renault. In Europa können wir sie auf 3 Millionen Autos pro Jahr veranschlagen. Das bedeutet, daß man 10 Renault-Fabriken schließen müßte. So kommt es, daß die Produzenten alle auf dieselbe Weise reagieren: Sie wollen die Kosten reduzieren und, um das hinzukriegen, müssen sie die Produktionskapazität erhöhen und die Fabriken schließen.«

Ist die kontinuierliche Erhöhung der Produktivität der Innovation oder der Flexibilität geschuldet?

»Beiden Faktoren. In Belgien praktizieren alle Fabriken die Flexibilität. Die Produktionsrhythmen sind in den letzten 20 Jahren konstant erhöht worden und die Einführung der Roboter trug dazu bei, die Produktivität zu erhöhen.«

Wie denken Sie über die Reaktion der belgischen Regierung auf die Schließung von Renault-Vilvoorde?

»Die Proteste der Regierung haben keinerlei Auswirkung gehabt. Es ist nicht die erste Fabrik, die sie in dieser Gegend schließen. In diesen Fällen laden die Politiker die Gewerkschaften in den Regierungspalast ein und bringen, wie bei einem Begräbnis, ihr Bedauern zum Ausdruck, und damit ist alles vorbei. Die Entscheidungen eines multinationalen Konzerns zu diskutieren bedeutet, das kapitalistische System zur Diskussion zu stellen. Und die Regierung hat sicher nicht an Vergeltungsmaßnahmen gedacht, um Renault dazu zu bringen, in Vilvoorde zu bleiben.«

Was ist mit den 3300 Entlassenen geschehen ?

»Es gibt einen Sozialplan, der Hilfen für diejenigen vorsieht, die aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, und für diejenigen, die aktiv bleiben. Letzteren wird mittels Umschulungskursen und Unterstützung bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz geholfen, eine neue Anstellung zu finden. Eine dritte Maßnahme sieht die Fortsetzung der Tätigkeit von 400 Arbeitern vor. Mittlerweile sind davon noch 300 übriggeblieben. Es handelt sich bei ihrer Tätigkeit um die Montage von Reifen auf die Räder, um die Entladung von Containern etc. Die Produktion ist von hier nach Frankreich und nach Valladolid verlagert worden. Von den übrigen Entlassenen sind 500 frühverrentet worden. Viele Angestellte haben eine neue Arbeit gefunden, und viele Arbeiter befinden sich in einem Zustand 'technischer' Arbeitslosigkeit. Über die Arbeitslosenunterstützung hinaus erhalten sie, wenn sie arbeitslos bleiben, eine Extrazahlung von 10000 belgischen Francs (ca. 475 DM) im Monat.«

Wie sehen die psychologischen Reaktionen mit der Distanz von zwei Jahren seit der Ankündigung der Werksschließung aus?

»Diejenigen, die sofort Arbeit gefunden haben, sind zufrieden, aber sicher haben sie gemerkt, dass sie nun weniger verdienen als vorher. Im übrigen ist die Nachricht, dass Renault das Automobilunternehmen ist, das die höchsten Profite aufweist, von den Entlassenen und auch von der Bevölkerung in Vilvoorde mit Wut aufgenommen worden.«

Einige sagen, daß der Erfolg von Renault mehr den neuen Modellen als den Werksschließungen zuverdanken ist.

»Das zeigt, dass die Schließung von Vilvoorde hätte vermieden werden können. Nun hat Renault eine ungenügende

Kapazität. Die Profite hätte es so oder so gegeben - vielleicht ein bisschen weniger, aber das ist nicht meine Hauptsorge.«

Schweitzer als »Automann« des Jahres. Was sagen Sie ?

»Einer, der sich als Manager darauf beschränkt, die Profite zu erhöhen, indem er die Beschäftigung reduziert, ist für mich alles andere als ein Beispiel. Er erinnert mich eher an jemanden, der eine Postkutsche überfällt. Ich werde sogar noch mehr sagen: Schweitzer kommt aus dem sozialistischen Milieu. Als er nach Belgien kam, um mit der Regierung zu diskutieren, gab es eine Delegation von Arbeitern, die ihn erwartete und alle konnten sehen, daß er eine Anstecknadel mit der roten Fahne an der Jacke trug. Das bedeutete einmal etwas Gutes - mittlerweile ist es ein Mittel wie jedes andere, um Karriere zu machen. Und dann kommen sie und sagen, dass die Sozialdemokratie die Zukunft Europas und der Beschäftigung repräsentiert.«

Was ist angesichts der Ergebnisse die Bedeutung des Kampfes der Arbeiter von Renault-Vilvoorde gewesen ?

»Ich glaube, daß das Beispiel von Vilvoorde für den ganzen Sektor sehr nützlich gewesen ist. Ohne diesen Kampf wäre vielleicht auch das Opel-Werk in Anversa geschlossen worden. Die Reaktion in Vilvoorde hat die multinationalen Konzerne zu einer vorsichtigeren Haltung veranlaßt. Aber der Bereich der Automontage hat in Belgien dieselben Perspektiven, die in Italien oder in Frankreich existieren. Die Schließung der Werke kann später erfolgen, aber früher oder später wird sie sich bewahrheiten. Wir erleben jetzt das, was in Amerika in den vorangegangenen Jahrzehnten passiert ist, als sie Dutzende und Aberdutzende von Fabriken schlossen.«

Hat es noch Sinn, die Schließung von Werken ohne Zukunft zu verhindern ?

»Das ist ein Kampf, der wegen seiner – wie ich es nannte – Abschreckungskraft seinen Sinn behält. Nehmen wir das Beispiel des Stahlwerks in Clabecq: Ein Krisensektor, ein bankrotttes Unternehmen, und doch ist es gelungen, die Wiedereröffnung der Fabrik zu erzwingen. British Leyland hatte hier in Belgien ein Montagewerk, in dem der soziale Friede herrschte, ohne irgendeinen Streik. Das ist die erste Fabrik gewesen, die geschlossen wurde. Ich bin weiter davon überzeugt, dass die Großindustrie, nicht nur die im Automobilbereich, sondern auch diejenige anderer Sektoren (den Stahlsektor eingeschlossen) das Rückgrat des Landes ist. Die kleinen Unternehmen des Informatik- und Dienstleistungssektors leben dank der Großindustrie. Wenn die geschliffen wird, besteht die Gefahr, die Wirtschaft des Landes in den Grund zu bohren. Deshalb hat es Sinn zu kämpfen und zwar mit aller Kraft.«

Tatsache ist, daß Westeuropa für diese Art von Tätigkeit nicht mehr attraktiv ist.

»Nach der kapitalistischen Logik verlagert sich die Produktion dorthin, wo die Kosten am niedrigsten sind. Kann man etwas tun, um dieser Tendenz entgegenzuwirken? Wenn ja, glaube ich, daß es getan werden sollte. Wir müssen es versuchen. Tatsache ist, daß es den Anschein hat, daß man mittlerweile das kapitalistische System nicht einmal mehr in Frage stellen kann. Ob die Industrie verschwindet, hängt von der Entwicklung dieses Systems ab, aber es ist nicht gesagt, daß wir erhört werden und es eine positive Entwicklung sein wird. Vorläufig zeigt die Wirtschaft Zugkraft, aber das, was in Asien und in Rußland geschehen ist, könnte auch hier geschehen.«

Il manifesto 17. 3. 99